



Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Institute for Futures Studies and Technology Assessment

Generationengerechtes Wohnen und Leben – Strategien für Kommunen

Helga Jonuschat, Christine Henseling, Sie Liong Thio

Werkstattbericht Nr. 118

Im Auftrag der LBS



Berlin, Dezember 2012

ISBN 978-3-941374-18-8

© 2012 **IZT**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

(WerkstattBerichte / IZT, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung; Nr. 118)

ISBN 978-3-941374-18-8

© 2012 **IZT** by Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Inhalt

1	Vorwort.....	7
2	Kommunale Strategien zur Generationengerechtigkeit.....	8
2.1	Der Begriff der Generationengerechtigkeit	8
2.2	Kommunale Strategien zur Generationengerechtigkeit nach Gemeindegröße.....	9
2.3	Inhaltliche Schwerpunkte: Generationenübergreifendes Zusammenleben, Erhalt der Lebensqualität, Erhalt der Ressourcen und Dialog der Generationen.....	16
2.4	Empirische Analyse: Fokusgruppendifkussionen, Sammlung von Good Practices und Experten-Workshop.....	19
3	Generationenübergreifendes Zusammenleben: Integrierte Wohnkonzepte für Jung und Alt.....	21
3.1	Ansätze und Projekte zur Förderung des generationenübergreifenden Zusammenlebens	23
3.2	Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei Projekten zum generationenübergreifenden Zusammenleben.....	30
3.3	Hinweise und Empfehlungen zur Förderung des generationenübergreifenden Zusammenlebens	32
4	Erhalt der Lebensqualität: Auch in Zukunft für jedes Alter lebenswert.....	36
4.1	Ansätze und Projekte zum Erhalt der Lebensqualität.....	37
4.2	Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Projekten zum Erhalt der Lebensqualität	44
4.3	Hinweise und Empfehlungen zum Erhalt der Lebensqualität	45
5	Erhalt der Ressourcen: Keine Lasten für folgende Generationen	50
5.1	Ansätze und Projekte zum Erhalt der Ressourcen.....	50
5.2	Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Projekten zum Erhalt der Ressourcen.....	55
5.3	Hinweise und Empfehlungen zum Erhalt der Ressourcen	57
6	Dialog der Generationen	60
6.1	Einführung: Dialog zwischen den Generationen fördern.....	60
6.2	Ansätze und Projekte zur Förderung des Dialogs der Generationen.....	63
6.3	Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei Projekten zur Förderung des Generationendialogs	69
6.4	Hinweise und Empfehlungen zur Förderung des Generationendialogs	70
7	Zusammenfassung und Fazit	73

8	Anhang	77
8.1	Literaturquellen	77
8.2	Weiterführende Links und Literatur zum Thema Generationengerechtes Wohnen und Leben.....	80
8.3	Übersicht über Fokusgruppen und Interviews.....	83
8.4	Teilnehmer des Werkstattgesprächs.....	85
8.5	Kommunen-Typologisierung und Handlungsempfehlungen	86

1 Vorwort

Der hier vorliegende Werkstattbericht fasst die Ergebnisse des Projekts „Generationengerechtes Wohnen und Leben – Strategien für Kommunen und Regionen“ zusammen, das von Juli 2011 bis Mai 2012 vom IZT im Auftrag der LBS Gruppe durchgeführt wurde. In komprimierter Form wurden die Erkenntnisse zusätzlich für den LBS-Zukunftskompass „Kommunen gestalten“ aufbereitet, der über die LBS als kostenloser Download (www.lbs.de/ost/presse/publikationen/lbs-research) erhältlich ist.

Im Rahmen des Projekts wurden die Forschungsergebnisse in Gruppendiskussionen und Interviews mit einer Vielzahl von Experten diskutiert, die in Theorie und Praxis dazu beitragen, dass das Leitbild des generationengerechten Wohnens und Lebens Wirklichkeit wird. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich für Ihren Einsatz sowie die vielen Anregungen gedankt, denen ein großer Teil der Inhalte dieses Werkstattberichts zu verdanken ist. Ebenfalls bedanken wir uns für die vielen anregenden Diskussionen mit Herrn Dr. Krink als Vertreter der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass dieser Werkstattbericht sowie der LBS-Zukunftskompass „Kommunen gestalten“ entstanden sind. Frau Carolin Kahlisch sei herzlich gedankt für ihre aktive Unterstützung im Projekt.

2 Kommunale Strategien zur Generationengerechtigkeit

Bereits den Ansprüchen der gegenwärtigen Generationen gerecht zu werden, ist eine besondere Herausforderung, denn je nach Lebensphase stehen unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche im Vordergrund. So zu planen, dass sowohl die Bedürfnisse von heute lebenden Personen (von der Kindheit über Ausbildung und Berufstätigkeit bis ins Rentenalter) als auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen berücksichtigt werden, stellt daher eine große Herausforderung für die kommunale Politik und Verwaltung dar. Leitbilder können dabei ein wichtiges Mittel sein, Entwicklungsstrategien zu kommunizieren und relevante Stakeholder zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. Darüber hinaus bedarf es jedoch konkreter Projekte und damit der Mitwirkung lokaler Akteure, um diese Leitbilder vor Ort umzusetzen. Mit diesem Werkstattbericht möchten wir dazu anregen, sich mit Strategien, aber auch konkreten Beiträgen zur Generationengerechtigkeit zu beschäftigen, denn angesichts des demographischen Wandels wird es in Zukunft immer wichtiger werden, dass der Zusammenhalt von Alt und Jung gestärkt wird.

Der vorliegende Werkstattbericht fasst die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Generationengerechtes Wohnen und Leben“ zusammen. Zu Beginn des Projekts wurde zunächst der Begriff der Generationengerechtigkeit für den Projektzusammenhang definiert sowie eine Analyse bestehender kommunaler Leitbilder mit Bezug zur Generationengerechtigkeit vorgenommen. Dies diente dazu, je nach Gemeindegröße die Handlungsbereiche herauszuarbeiten, die von Kommunen schon heute in Bezug auf Generationengerechtigkeit thematisiert werden. Daran schloss sich die empirische Vertiefung dieser Themen über Fokusgruppendifkussionen und eine Analyse von Good Practice Beispielen an. Schließlich wurden die erarbeiteten Ergebnisse auf einem Experten-Workshop vorgestellt und diskutiert. Das Vorgehen und die Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

2.1 Der Begriff der Generationengerechtigkeit

Generationengerechte Kommunen setzen sich aktiv mit dem demographischen Wandel auseinander, der eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte für alle westlichen Gesellschaften darstellt. Der Begriff der Generationengerechtigkeit wird oft synonym für den Begriff der Nachhaltigkeit genutzt, betont aber stärker den Gedanken des generationenübergreifenden Miteinanders sowie des zukunftsgerichteten Denkens und Handelns. Matuschek und Hurrelbrink (2006) erklären, dass Generationengerechtigkeit erreicht ist, „wenn die Chancen der Angehörigen der nächsten Generation, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, mindestens so groß sind wie die der Angehörigen der heutigen Generation“ (Matuschek/Hurrelbrink 2006, S. 2). Um dies zu erreichen, müssen soziale, ökologische, kulturelle und soziale Ressourcen erhalten und Lasten vermieden werden.

Das Konzept der Generationengerechtigkeit wurde ursprünglich im Kontext renten- und finanzpolitischer Fragen diskutiert. Mit der Verbreitung des Leitbilds der Nachhaltigen Entwicklung in den 1990er Jahren wurde generationengerechtes Handeln vermehrt auch auf den Erhalt natürlicher Ressourcen für die nachfolgenden Generationen bezogen. In den letzten Jahren wurde die ökonomische und ökologische Perspektive zudem um die soziale Perspekti-

ve erweitert, die den Blick auf das Miteinander der Generationen beim Wohnen, der Arbeit und der Freizeit richtet. Damit wird verstärkt die Perspektive der Menschen bzw. der Individuen hervorgehoben.

Vor diesem Hintergrund definieren wir in der vorliegenden Studie „Generationengerechtes Wohnen und Leben“ als *Wohn- und Lebensformen, die sowohl die heutigen Erwartungen, Ansprüche und Wünsche der Menschen als auch diejenigen zukünftiger Generationen bei allen mit dem Wohnen und Leben verbundenen Handlungen berücksichtigen.*

Allerdings bleibt das Leitbild der Generationengerechtigkeit wirkungslos, wenn es nicht durch konkrete Projekte und Maßnahmen umgesetzt wird. Im Rahmen des Projekts haben wir daher nicht nur aktuelle Leitbilder und Strategien in diesem Themenbereich ausgewertet, sondern auch lokale Projekte und Initiativen untersucht, die dazu beitragen, dass generationengerechtes Wohnen und Leben für die Bewohnerinnen und Bewohner erlebbar wird und von ihnen mitgestaltet werden kann.

2.2 Kommunale Strategien zur Generationengerechtigkeit nach Gemeindegröße

Die Analyse von Leitbildern und Handlungsfeldern im Bereich des generationengerechten Wohnens und Lebens wurde in zwei Schritten erarbeitet. Zunächst wurden Leitbilder von Kommunen unterschiedlicher Größe mit Blick auf deren Ansätze zum generationengerechten Wohnen und Leben analysiert. Danach erfolgte eine inhaltliche Systematisierung der jeweiligen Maßnahmen und Strategien. Das BBSR (Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung) definiert auf seiner Homepage den Begriff „Leitbilder“ wie folgt: „Leitbilder als Instrument der räumlichen Planung stellen einen wünschenswerten Zustand der Raumentwicklung in der Zukunft dar. Sie befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen Vision und Realität, sind keine Pläne, sondern Orientierung für raumwirksames Handeln, basierend auf der Kenntnis und Bewertung der bisherigen Raumentwicklung und der Trends der absehbaren Zukunft. Um wirksam sein zu können, müssen sie allerdings auch mit Handlungsstrategien verbunden und diese in die Tat umgesetzt werden“ (BBSR o.J.). Rüdiger (2011) fasst in diesem Kontext zusammen, dass Leitbilder aus drei Elementen bestehen: Dem „Leitbildprozess, dem eigentlichen Leitbild als Produkt des Prozesses und der anschließenden Konkretisierung“ (Rüdiger 2011).

Leitbilder besitzen zwar eine informelle, aber zentrale Funktion für die Planung: Sie prägen Planungsinhalte, homogenisieren und integrieren unterschiedliche Ziele, abstrahieren Argumentationen und Zielaussagen und legitimieren Planungsaussagen (Spiekermann 1999, S. 4). Je nach der bestehenden sozialen, räumlichen und ökonomischen Struktur und den damit verbundenen Potenzialen, aber auch Problemen, werden in den einzelnen Kommunen unterschiedliche Leitbildziele verfolgt. Generell ist hierbei festzuhalten, dass viele Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen wie dem Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. der finanziellen Handlungsfähigkeit konfrontiert sind, so dass ein Großteil der Leitbilder Entwicklungsziele wie Tourismus- und Wirtschaftsförderung oder Stadtmarketing enthalten. Diese Handlungsfelder haben implizit zwar durchaus Bezüge zum generationengerechten Wohnen und Leben, indem beispielsweise Tourismusförderung auch den Erhalt von Landschaften oder die Wirtschaftsförderung den Erhalt von Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten unterstützen. Den-

noch steht bei vielen Leitbildzielen nicht die Langfristigkeit politischen Handelns sowie der Erhalt der sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen auch für die zukünftigen Bewohner im Vordergrund, die den Kern des generationengerechten Lebens und Wohnens darstellen. Entwicklungsziele im Bereich des generationengerechten Wohnens und Lebens dienen demnach in erster Linie dazu, ein langfristiges und auch andere Lebensalter berücksichtigendes Handeln und Denken bewusst zu machen und zu fördern. Ein zentraler Bestandteil hiervon ist es, sich die Folgen des eigenen Handelns und mögliche „Lasten“ für zukünftige Generationen vor Augen zu führen. Hierzu kann ein stärkeres Bewusstsein für die Bedürfnisse in unterschiedlichen Lebensphasen einen maßgeblichen Beitrag leisten. In der Analyse wird der Fokus auf die Leitbildziele gelegt, die einen expliziten Bezug zum generationengerechten Wohnen und Leben haben. Hierbei unterscheiden sich die Leitbildziele in erster Linie danach, ob sie für Metropolen, Großstädte, Mittel- und Kleinstädte oder für ländliche Räume gelten sollen.

Die Bertelsmann-Stiftung bereitet seit einigen Jahren das Thema „demografischer Wandel“ auf ihrem Portal „Wegweiser Kommune“ (www.wegweiser-kommune.de) auf und hat hierzu eine detaillierte Analyse nach Raumtypen vorgenommen. In Zusammenarbeit mit kommunalen Vertretern und Wissenschaftlern wurden hierfür Bevölkerungsprognosen und konkrete Handlungskonzepte für die kommunale Praxis erarbeitet. Im Ergebnis liefert der „Wegweiser Kommune“ eine Bandbreite an kommunalen Daten zu den Themen Demografischer Wandel, Wirtschaft & Arbeit, Wohnen, Bildung, Finanzen, soziale Lage und Integration. Außerdem werden Bevölkerungsprognosen bis 2025 auf Gemeinde- und Kreisebene sowie konkrete und differenzierte Handlungskonzepte für Kommunen auf Basis unterschiedlicher Demografietypen dargestellt. Der Wegweiser enthält weiterhin wissenschaftliche Studien und konkrete Handlungsansätze zu den genannten Schwerpunktthemen.

Für die Untersuchungen und die Erarbeitung der kommunalen Demografietypen wurden hierbei Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern berücksichtigt, um belastbare Analysen und Prognosen zu erstellen sowie Handlungskonzepte auf kleinräumlicher Ebene zu erarbeiten. Als Untersuchungseinheiten wurden ausschließlich rechtlich eigenständige Kommunen berücksichtigt. Die Typisierung der Gemeinden dient dazu, Transparenz über die demografische Entwicklung herzustellen sowie Betroffenheit, Perspektiven und Potenziale zu vermitteln und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Gemeinden wurden nach demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen typisiert. Insgesamt wurden so 82 Großstädte einerseits und 2877 Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern andererseits analysiert. In einem nächsten Schritt wurde eine hierarchische Clusteranalyse für jeden Teildatensatz durchgeführt, bei der die Unterschiede zwischen „Raumeinheiten“ hinsichtlich der Variablen paarweise gemessen und die Raumeinheiten, die sich am ähnlichsten sind, zu einem Cluster zusammengefasst werden (vgl. Behrendorf 2007, S. 7).

Insgesamt sind hierdurch sechs Cluster für Großstädte sowie neun Cluster für Städte und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern entstanden:

Typ	Titel	Anzahl
G1	Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil	21
G2	Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel	19
G3	Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte	5
G4	Prosperierende Wirtschaftszentren	19
G5	Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil	11
G6	Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzialen	7
1	Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil	514
2	Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen	90
3	Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen	361
4	Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung	352
5	Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil	740
6	Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik	579
7	Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum	165
8	Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität	71
9	Exklusive Standorte	5

Tabelle 1: Kommumentypen in Bezug auf den demografischen Wandel (Bertelsmann Stiftung 2006)

Dabei ist jedoch zu beachten, dass es unterschiedliche Klassifizierungen der Gemeindegrößen gibt. So unterscheidet das BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hinsichtlich der Größe die folgenden Gemeindekategorien (vgl. BBSR 2012):

- 80 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern
- 809 Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern
- 1212 Größere Kleinstädte 10.000-20.000 Einwohnern
- 5807 Kleine Kleinstädte mit 5.000-10.000 Einwohnern
- 4158 Ländliche Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern

Diese mehr als 12.000 einzelnen Gemeinden sind allerdings in Gemeindeverbänden organisiert, die generell für Raumbesichtigungen als Grundlage genommen werden. Hierbei werden neben der Einwohnerzahl auch siedlungsstrukturelle Faktoren berücksichtigt. Das heißt beispielsweise, dass nur die Gemeinden als (Klein-)Städte klassifiziert werden, die auch städtisch geprägt sind. Anhand dieser Kategorisierung setzen sich die 4537 Gemeinderegionen wie folgt zusammen (Datenbasis: Laufende Raumbesichtigung des BBSR¹):

¹ BBSR (2008): Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland 2008; siehe: www.bbsr.bund.de/nm_322000/BBSR/DE/RBAlt/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html

- 77 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern und einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 30,6%
- 611 Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern und einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 29,0 %
- 1.584 Kleinstädte mehr als 7.500 Einwohnern und einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 24,7 %
- 2265 Ländliche Gemeinden und einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15,7 %.

Die Typologisierung der Bertelsmann-Stiftung hat insgesamt 2959 Gemeindeverbände berücksichtigt, die mehr als 5000 Einwohner haben. Damit entsteht eine Überschneidung bei den Größenkategorien des BBSR im Hinblick auf die Kleinstädte und ländlichen Gemeinden, so dass die Typologisierung nicht exakt übertragbar ist. Dennoch sind die Typen vor allem in aggregierter Form durchaus geeignet, um Entwicklungsschwerpunkte für ein generationengerechtes Wohnen und Leben je nach Kommumentyp zu erkennen.

Die Handlungsempfehlungen für diese Cluster (vgl. Anhang, Kapitel 8.5) wurden für die vorliegende Studie vom IZT erneut inhaltlich ausgewertet. Dabei wird der Fokus auf die Aspekte gelegt, die für das Thema generationengerechtes Wohnen und Leben von besonderer Bedeutung sind. Hierzu werden die Inhalte des „Wegweisers Kommune“ für den Kontext der vorliegenden Studie zusammengefasst.² Auf Basis der Handlungsempfehlungen, die sich bei einigen Gemeindetypen überschneiden, können die Cluster zu den folgenden sieben Kommunen-Typen zusammengefasst werden (in Anlehnung an Bertelsmann Stiftung 2006):

1. **51 stabile westdeutsche Großstädte (Typ G1, G4 und G5):** Das Ziel ist hier, die Familienfreundlichkeit zu erhöhen, generell Engagement zu fördern und alle Stakeholder für den demografischen Wandel zu sensibilisieren.
2. **78 wirtschaftlich starke Städte (Typ G6 und 8):** Zu diesem Typus gehören sieben ostdeutsche und 71 westdeutsche aufstrebende bzw. wirtschaftlich starke und stabile bis wachsende Städte. Vorrangig sind hier regionale Wirtschaftsförderung, ein nachhaltiges Flächenmanagement zur Eindämmung von Zersiedlungstendenzen sowie Angebote für Familien (in den Bereichen Wohnen und Bildung) als Handlungsempfehlungen zu nennen.
3. **376 schrumpfende, alternde, v.a. ostdeutsche Städte (Typ G2, G3 und 4):** Hier stehen vielmehr die Themen soziale Integration, Aufwertung und Stadtumbau, sowie regionale Wirtschaftsförderung im Vordergrund. Bei den ostdeutschen Großstädten Gera, Cottbus, Chemnitz, Halle und Magdeburg wird zudem eine stärkere internationale Vernetzung empfohlen.
4. **451 suburbane Wohnorte (Typ 2 und 3):** Diese Kommunen wachsen tendenziell im Osten (z.B. rund um Berlin) während sich die Einwohnerzahlen der suburbanen Vororte im Westen eher stabilisieren. Für diese Orte gilt es, die Familien- und Seniorenfreundlichkeit sowie die Nutzungsflexibilität (bezogen auf Entwicklungsstrategien, aber auch Infrastrukturen) zu erhöhen.

² Die Handlungskonzepte sind zu finden unter:

www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/handlungskonzepte/Handlungskonzepte.action

5. **684 prosperierende und stabile Mittelstädte im Westen und Kleinstädte deutschlandweit (Typ 1, 7 und 9):** In diesen Kommunen stehen v.a. die Familienfreundlichkeit, Verdichtung sowie die explizite Integration von Senioren im Vordergrund. In den ländlichen prosperierenden Räumen wird zudem angestrebt, die lokale Wirtschaft enger zu vernetzen.
6. **740 junge, v.a. süddeutsche Gemeinden im ländlichen Raum (Typ 5):** Auch hier geht es darum, die Familienfreundlichkeit zu erhöhen und stärker zu verdichten, aber auch Bürger, Politik und Verwaltung für den demografischen Wandel zu sensibilisieren.
7. **579 ländliche, überalterte Kleinstädte und Dörfer (Typ 6):** Hier steht die Sicherung der Versorgung, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, die Integration von älteren Menschen und die Stärkung der räumlichen Identität im Vordergrund.

Diese sieben, nach Merkmalen und Auswirkungen des demografischen Wandels typologisierten Gemeindetypen werden im Folgenden näher beschrieben.

Stabile westdeutsche Großstädte

Sämtliche 51 Großstädte dieser Kategorie wie Hamburg, Kiel, Wiesbaden, Köln, Nürnberg, Reutlingen oder Braunschweig liegen in Westdeutschland. Die Bevölkerungszahl ist stabil bis steigend und es gibt Wanderungsgewinne v.a. bei den 18- bis 24- Jährigen. Der Familienanteil ist bei den kleineren Großstädten in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hoch, ansonsten vergleichsweise niedrig. Wirtschaftlich sind diese Städte ebenfalls von einer positiven Entwicklung gekennzeichnet.

Generationengerechtigkeit wird hier vor allem in zwei Bereichen behandelt: Bei der Kinder- und Familienförderung, insbesondere auch zur Integration benachteiligter Familien, sowie bei der Förderung von ehrenamtlichem Engagement, v.a. für Senioren. Vor allem in den größeren Großstädten (mit mehr als 200.000 Einwohnern) sind soziale Ungleichheit sowie die Spaltung in reiche und arme Quartiere ein wichtiges Thema. Die soziale Spaltung soll dabei durch verstärkte Maßnahmen z.B. im Bereich der Bildung zur Integration von ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsgruppen, mit besonderem Blick auf Bewohner mit Migrationshintergrund vermindert werden. Bei den kleineren Großstädten (100.000 – 200.000 Einwohner) in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird empfohlen, die Lebensqualität vor Ort sowie die Gemeinschaft in Nachbarschaften zu stärken. Bei den größeren Städten wird angeregt, eine gezielte Seniorenpolitik zu betreiben und vor allem hier das freiwillige Engagement sowie die Teilhabe zu erhöhen. Hier ist auch der Studentenanteil hoch und sollte ebenfalls für ehrenamtliche Dienste genutzt werden. Auf wirtschaftlicher Seite gilt es, die Stärken der westdeutschen Großstädte weiter zu stärken und gezielt Familien anzuwerben.

Wirtschaftlich starke Städte in Ost und West

Die sieben ostdeutschen Großstädte Berlin, Potsdam, Dresden, Erfurt, Jena, Potsdam und Leipzig sowie die 71 wirtschaftlich starken, insbesondere hessischen, baden-württembergischen und bayerischen Städte (ab 25.000 Einwohner) haben gemeinsam, dass sie eine stabile Bevölkerungsentwicklung aufweisen und vor allem aufgrund des guten Arbeitsplatzangebots für Familien attraktiv sein können. Bei dieser Gemeinde-Kategorie geht es vor allem darum, die wirtschaftlichen Stärken weiter auszubauen, indem regionale Cluster, Netz-

werke und Branchenschwerpunkte gefördert werden. Damit sollen insbesondere junge Erwachsene und Familien gehalten und hinzugewonnen werden.

Für die Stadtentwicklung bedeutet dies, dass Angebote für Familien ausgebaut, gleichzeitig aber auch der Zersiedelung durch Einfamilienhaus-Neubaugelände Einhalt geboten werden sollte. Neben einer verstärkten Innenentwicklung durch attraktive und bezahlbare Wohnangebote in den Stadtzentren sollten auch Betreuungs- und Bildungsangebote, u.a. durch interkommunale Kooperation qualitativ verbessert werden. Vor allem in den kleineren, westdeutschen Städten dieser Kategorie ist die Steuerung der Flächenausweisung durch ein strategisches regionales Flächenmanagement von besonderer Bedeutung.

Schrumpfende, alternde, v.a. ostdeutsche Städte

Die maßgebliche Gemeinsamkeit der 24 Großstädte und weiteren 352 Gemeinden in dieser Kategorie ist, dass sie stark durch den Strukturwandel geprägt sind und in diesem Zuge seit den 1990er Jahren hohe Arbeitslosenquoten, eine stark alternde Bevölkerung sowie hohe Wanderungsverluste v.a. von Jüngeren und Frauen zu verzeichnen haben. Das wirtschaftliche Potenzial sowie die Handlungsspielräume der Kommunen für Investitionen in Infrastrukturen und soziale Angebote sind in diesen Gemeinden deutlich begrenzt. Es müssen daher Alternativen entwickelt werden, um z.B. mit Unterstützung von Fördermitteln der EU, des Bundes und der Länder eine grundlegende Daseinsgrundversorgung sowie Lebensqualität zu erhalten. In den ehemals industriell geprägten Großstädten in Westdeutschland wie Bochum, Mühlheim oder Salzgitter und in den ostdeutschen Großstädten Gera, Cottbus, Chemnitz, Halle und Magdeburg können eine überregionale Clusterpolitik und Wirtschaftsförderung sowie die Zusammenarbeit mit Hochschulen dazu beitragen, das noch vorhandene wirtschaftliche Potenzial zu erhalten und ggf. langfristig zu stabilisieren.

Für den Erhalt der Lebensqualität stehen baulich-räumliche Maßnahmen im Vordergrund, die dazu beitragen sollen, ein identitätsstiftendes und lebendiges Zentrum zu schaffen. Stadtbaumaßnahmen sollen in diesem Zusammenhang eine Konzentration auf Siedlungskerne fördern und die Innenstädte stärken. In den kleineren Städten ist es dabei zusätzlich nötig, auf regionaler Ebene mit anderen Gemeinden eine gemeinsame Strategie zu finden, um Zentren zu stärken und arbeitsteilig vorzugehen, damit die soziale wie technische Infrastruktur zumindest innerhalb der Region aufrecht erhalten werden kann. Insgesamt ist es hierbei wichtig, sowohl den Bedürfnissen der Familien z.B. durch attraktive Wohnangebote und Betreuungsmöglichkeiten entgegenzukommen, als auch zu erkennen, dass die Versorgungsstrukturen an eine weiterhin alternde Bevölkerung angepasst werden müssen.

Suburbane Wohnorte

Die 451 Gemeinden dieser Kategorie liegen im Umfeld von Großstädten und werden bis etwa 2020 auch weiterhin v.a. durch Wanderungsgewinne wachsen. Dennoch wird der Altersdurchschnitt aufgrund niedriger Geburtenraten eher steigen, was eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik sowie Konzepte für das Wohnen und Leben im Alter erfordert. Während insbesondere die Orte in den ostdeutschen Agglomerationsräumen rund um Berlin, Dresden und Leipzig (überwiegend mit weniger als 20.000 Einwohnern) auch in Zukunft mit einem hohem Bevölkerungswachstum rechnen können, werden in den westdeutschen Kommunen dieser

Kategorie (überwiegend mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern) ab 2020 die Wachstumsraten sinken und sich die Einwohnerzahlen stabilisieren.

Für diese Orte gilt es, die Familien- und Seniorenfreundlichkeit sowie die Nutzungsflexibilität bezogen auf die räumliche Entwicklung, aber auch auf die Infrastrukturen zu erhöhen. Hierfür bedarf es langfristiger Entwicklungsstrategien, die unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden. Da die Bevölkerungsentwicklung in den suburbanen Gemeinden jedoch weiterhin dynamisch bleiben wird, sollten die Strategien und die entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen, wie z.B. das Schaffen von Betreuungsmöglichkeiten sowohl für Kinder als auch für Senioren im Zeitverlauf auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden. Gerade in den suburbanen Wohnorten ist es wichtig, dass die Bewohnerschaft für den demografischen Wandel sensibilisiert wird, da hier in erster Linie junge Familien einerseits und ältere Alleinstehende oder Pärchen andererseits wohnen, während das „Mittelfeld“ der in der Ausbildung befindlichen oder alleinstehenden Berufstätigen in Vororten kaum anzutreffen ist.

Prosperierende und stabile Mittelstädte im Westen und Kleinstädte deutschlandweit

Die 684 Gemeinden mit meist weniger als 25.000 Einwohnern weisen zumindest eine stabile Einwohnerzahl, zum Teil aber auch Zuwächse auf. Die wirtschaftliche Lage ist in allen Gemeinden dieser Kategorie gut bis sehr gut und so erfolgt auch ein überproportionaler Zuzug von jüngeren Arbeitnehmern und Familien, während der Anteil der Senioren vergleichsweise gering ist. Mittelstädte wie Landau oder Rendsburg, aber auch Kleinstädte wie Zeven besitzen aufgrund ihrer Zentren, dem Versorgungsangebot und der Verkehrsanbindung eine gute Ausgangsposition, um familien- wie auch seniorengerechtes Wohnen zu stärken und dadurch auch langfristig attraktiv zu bleiben.

Junge v.a. süddeutsche Gemeinden im ländlichen Raum

Die 740 kleineren Gemeinden dieser Kategorie mit weniger als 25.000 Einwohnern liegen zwar in ländlichen Räumen, aber in der Nähe von Agglomerationsräumen, v.a. in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Der Familienanteil ist vergleichsweise hoch und die Geburtenraten sowie der Anteil an Kindern und Jugendlichen sind hier höher als in allen anderen Clustern. Diese jungen, ländlichen Gemeinden haben daher auch vorwiegend eine Wohnfunktion und kaum eine Bedeutung als Arbeitsort.

Hinsichtlich des demografischen Wandels geht es hier vor allem darum, generell für den demografischen Wandel zu sensibilisieren und die weiteren Entwicklungen zu beobachten. Darüber hinaus sollten die Orte sich zwar verstärkt als kinder- und familienfreundliche Standorte profilieren, und dementsprechend Betreuungs- und Ausbildungsangebote schaffen. Dennoch sollte darauf geachtet werden, dass die Siedlungsentwicklung von einem strategischen Flächen- und Infrastrukturmanagement begleitet wird, damit die Strukturen ggf. bei einer potenziellen Alterung der Bewohnerschaft in Zukunft auch flexibel angepasst werden können.

Ländliche, überalterte Kleinstädte und Dörfer

Zu dieser Kategorie gehören zwar auch 15 Mittelstädte mit mehr als 50.000 Einwohnern, aber 90 % der insgesamt 579 ländlichen, überalterten Städte wie Lippstadt oder Worpsswede haben eine Größe von weniger als 25.000 Einwohnern. Darunter befinden sich Kleinzentren sowie

dörflich geprägte Gemeinden. Fast alle diese Gemeinden liegen in Westdeutschland. Insgesamt ist der Anteil an älteren Menschen hoch. Aufgrund fehlender Arbeitsplätze gibt es eine anhaltende Abwanderung junger Bewohner, was dazu beiträgt, dass die Einwohnerschaft insgesamt abnimmt.

Als Handlungsstrategien wird für die ländlichen, überalterten Städte vorgeschlagen, für die alternde Bevölkerung die medizinische Versorgung zu sichern und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Hierfür sind die Bündelung von Leistungsangeboten in überregionaler Kooperation sowie eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren nötig. Ferner soll der Austausch zwischen Jung und Alt gestärkt sowie das Erfahrungswissen der Älteren gezielt für ehrenamtliche Tätigkeiten genutzt werden, indem u.a. entsprechende Infrastrukturen wie Servicebüros oder Vernetzungsstellen eingerichtet werden. Insgesamt soll damit auch die Identität des Ortes gestärkt werden.

2.3 Inhaltliche Schwerpunkte: Generationenübergreifendes Zusammenleben, Erhalt der Lebensqualität, Erhalt der Ressourcen und Dialog der Generationen

Insgesamt fällt an der Typologisierung der Bertelsmann-Stiftung auf, dass v.a. die Bevölkerungsentwicklung die Handlungsempfehlungen bestimmt. Empfehlungen für Bewohner nach Lebensaltern hängen hingegen eher mit dem Versorgungsangebot und der Verkehrsanbindung zusammen. Zusätzlich zur Gemeindegröße hat die Studie auch die Lage der Gemeinden im ländlichen Raum sowie im Umland von Großstädten berücksichtigt, was ebenfalls einen großen Einfluss auf die jeweiligen Handlungsempfehlungen hat.

In Ergänzung zur Raumtypologie des „Wegweisers Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung wurden innerhalb der vorliegenden Studie zusätzlich je Raumtyp bestehende Leitbilder inhaltlich ausgewertet. Hierbei ist festzuhalten, dass die tatsächlichen Leitbildziele trotz vieler Parallelen nicht exakt mit den Handlungsempfehlungen des „Wegweisers Kommune“ übereinstimmen. Die Gemeindegröße und die Bevölkerungsentwicklung sind jedoch sowohl bei den Inhalten der existierenden Leitbilder als auch bei den Empfehlungen des „Wegweisers Kommune“ zentrale Charakteristika, die Handlungsstrategien im Allgemeinen und solche zur Generationengerechtigkeit im Speziellen bestimmen.

Die Gemeinden in Deutschland weisen in Bezug auf den demografischen Wandel sehr unterschiedliche Dynamiken auf: So erwarten einige Kommunen einen dreifachen Zuwachs von Hochbetagten oder einen Rückgang von Kindern und Jugendlichen von 60 %, während in anderen Kommunen eine Zunahme der Minderjährigen um 40 % erwartet wird (Bertelsmann Stiftung 2006, S. 20). Zum Teil liegen auch Wachstum und Schrumpfung dicht beieinander. Einige Brandenburger Gemeinden rund um Berlin verzeichnen beispielsweise immer noch deutliche Bevölkerungszuwächse, während andere Orte im „Speckgürtel“ weiterhin an Bewohnern verlieren.

Sowohl in den bestehenden städtischen Leitbildern als auch in den Empfehlungen des „Wegweisers Kommune“ werden demnach vielfältige Ziele in Bezug auf den Dialog der Generationen sowie die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement bestimmt. Die Ressourcenfrage spielt bei den Handlungsansätzen des „Wegweisers Kommune“ hingegen keine Rolle. Da-

rin zeigt sich auch der wesentliche Unterschied von Handlungsstrategien zum demografischen Wandel und solchen, die sich mit dem Blick auf Generationengerechtigkeit auch mit Erfordernissen befassen, die sich explizit auf Handlungsspielräume zukünftiger Generationen beziehen.

Welche Strategien Kommunen im Hinblick auf das Leitbild generationengerechtes Wohnen und Leben verfolgen und welche Handlungsfelder in diesem Kontext von Bedeutung sind, soll daher im folgenden Abschnitt dargestellt werden. Hierfür wurden vom IZT aktuelle kommunale Leitbilder und Strategien ausgewertet und zentrale Handlungsbereiche herausgearbeitet, die dazu beitragen, dass generationengerechtes Wohnen und Leben für die Bewohnerinnen und Bewohner erlebbar wird und von ihnen mitgestaltet werden kann.

Viele Städte besitzen Leitbilder zur Stadtentwicklung, um eine gemeinsame Richtung für verschiedene Handlungsstrategien vorzugeben. Diese Leitbilder sind durch einzelne Leitbildziele konkretisiert und für die Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge aufbereitet worden. In der vorliegenden Studie wurde zunächst ein grober Überblick über inhaltliche Schwerpunkte in den Leitbildern erarbeitet und anhand von Fallbeispielen erläutert und zwar untergliedert nach Kommunen unterschiedlicher Größe:

- Metropolen und urbane Räume,
- Groß- und Mittelstädte,
- Kleinstädte und ländliche Räume.

Bei der Auswertung wurde der Fokus auf die Leitbildziele gelegt, die einen expliziten Bezug zum generationengerechten Wohnen und Leben haben.

Die folgende Tabelle gibt je nach Raumtyp einen Überblick über Leitbildziele in aktuellen kommunalen Leitbildern und Strategien:

Raumtyp Inhalte	Metropolen und urbane Räume	Groß- und Mittelstädte	Kleinstädte und ländliche Räume
Raum und Infrastruktur	Nachverdichtung im Zentrum, gesunde Umwelt schaffen, Freiräume aufwerten, kulturelle Angebote/ Vielfalt fördern, lokale Freizeitangebote	Urbanität erhalten, Verdichtung, Stadt-, Versorgung sicherstellen, Arbeitsplätze erhalten, Kunst und Kultur fördern	Sichere Verkehrswege, Dorfzentren schaffen, Dorferneuerung, Versorgung sicherstellen, Freizeit-/ Naherholungsangebote schaffen
Bedürfnisse nach Lebensalter	Familiengerechtes Wohnen und Leben, barrierefreies Wohnen, Pflegedienstleistungen/ soziale Angebote für Senioren, generationenübergreifende Kontakte fördern	(Versorgungs-)Zentren ausbauen, Anwerben von Familien, generationenübergreifendes Wohnen	Soziale Dienste und Freizeitangebote v.a. für Kinder und Senioren, generationenübergreifendes Wohnen, Senioren-Wohnen.
Ressourcen	Klimaschutz im Bestand, umweltverträgliche Mobilität	Natur- und Landschaftsschutz, Flächenverbrauch eindämmen, ökologische Konzepte für neue Siedlungen	Ökologische Verkehrskonzepte, Zersiedelung vermeiden, energiesparendes Bauen, z.T. dezentrale Energieversorgung
Gemeinschaft	Teilhabe insbes. von Migranten ermöglichen, ehrenamtliches Engagement fördern (Genossenschaften, Vereine)	Ehrenamtliches Engagement fördern (Vereine), Begegnungsstätten schaffen, neue, gemeinschaftliche Wohnkonzepte, Partizipation	Stärkung der Dorfgemeinschaften, Vereine fördern, Eigeninitiative fördern, generationenübergreifende Teilhabe.

Tabelle 2: Leitbildziele mit Bezug zum generationengerechten Wohnen und Leben (eigene Erhebung)

Werden diese Ziele im Hinblick auf deren Beitrag zur Generationengerechtigkeit zusammengefasst, ergeben sich die folgenden **vier zentralen Handlungsfelder**:

1. **Generationenübergreifendes Zusammenleben:** In Bezug auf das generationenübergreifende Zusammenleben sind zwei Strategien zu erkennen: Einerseits werden zielgruppenspezifische, v.a. familiengerechte und seniorengerechte Angebote geschaffen und andererseits generationenübergreifende Konzepte verwirklicht.
2. **Erhalt der Lebensqualität:** Der Erhalt der Lebensqualität ist in allen Raumtypen von großer Bedeutung. Im Vordergrund stehen hierbei die Förderung von Treffpunkten sowie von kulturellen und Freizeitangeboten. In größeren Städten werden darüber hinaus eine gesunde Umwelt und die Aufwertung von Freiräumen thematisiert. Der Erhalt der Lebensqualität ist unabhängig vom Lebensalter maßgeblich für die Attraktivität einer Gemeinde.
3. **Erhalt der Ressourcen:** Energieeffizientes Bauen und energetische Sanierung ist für alle Raumtypen relevant. Aktives Flächenmanagement zum Eindämmen des Flächenverbrauchs ist hingegen insbesondere für Groß-, Mittel- und Kleinstädte ein wichtiges Handlungsfeld. Ökologische Konzepte können konsequent v.a. in Neubausiedlungen umgesetzt werden. Darüber hinaus gibt es einige Dörfer, die als „Ökodörfer“ zukunftsweisende Konzepte zur dezentralen Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien umsetzen und damit eine Vorbildfunktion einnehmen.

4. **Dialog der Generationen:** Die Gemeinschaft der Bewohner wird insbesondere durch Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement gestärkt. Die Eigeninitiative wird dabei sowohl über Begegnungsstätten als auch über die Förderung von Vereinen unterstützt. In Metropolen wird dabei insbesondere auf die Teilhabe von Migranten Wert gelegt, während gemeinschaftliche Wohnkonzepte oder –siedlungen eher in Groß- und Mittelstädten realisiert werden. Der Erhalt der Gemeinschaft erhält dann einen Bezug zur Generationengerechtigkeit, wenn er altersübergreifende Angebote oder den Austausch zwischen Jung und Alt explizit miteinbezieht und damit den Dialog zwischen den Generationen fördert.

Diese Handlungsfelder dienen als Systematisierung und erste thematische Schwerpunktsetzung, die im Verlauf des Forschungsvorhabens durch eine Analyse von Good Practices sowie durch Fokusgruppendifkussionen geprüft, ggf. angepasst und spezifiziert wurde.

2.4 Empirische Analyse: Fokusgruppendifkussionen, Sammlung von Good Practices und Experten-Workshop

In den Fokusgruppendifkussionen sollten Erfahrungen aus beispielhaften Projekten erhoben sowie Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für die Förderung der Generationengerechtigkeit in den folgenden vier Handlungsfeldern herausgearbeitet werden:

- Generationenübergreifendes Zusammenleben,
- Erhalt der Lebensqualität,
- Erhalt der Ressourcen,
- Dialog der Generationen.

Fokusgruppen sind eine qualitative Forschungsmethode, bei der Diskussionsgruppen anhand bestimmter Kriterien (z.B. milieu- oder akteursspezifisch) zusammengestellt werden und durch einen Informationsinput zur Diskussion über ein bestimmtes Thema angeregt werden. Die Ergebnisse der Diskussionen spiegeln nicht nur Einzelmeinungen der Befragten wieder, sondern schließen ebenso den Austausch- und Diskussionsprozess der Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander mit ein und erhalten dadurch eine besondere Qualität. Zudem kann eine vergleichsweise hohe Informationsdichte und Informationstiefe in relativ kurzer Zeit gewonnen werden.

Es wurde jeweils eine Fokusgruppe mit sechs bis acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu jedem der vier Themenfelder durchgeführt, an denen Vertreter von Kommunen sowie Akteure aus beispielhaften Projekten teilnahmen (siehe Anhang 8.3). Folgende Fragestellungen standen bei den vier Fokusgruppen im Vordergrund:

- **Akteure:** Welche Akteure beschäftigen sich auf Basis welcher Motivationen mit generationenübergreifendem Zusammenleben/ Lebensqualität/ Ressourcenerhalt/ dem Dialog der Generationen?
- **Projekte und Maßnahmen:** Mit welchen konkreten Projekten und Maßnahmen kann das Zusammenleben/ die Lebensqualität/ der Ressourcenerhalt/ der Dialog der Generationen einer Stadt bzw. einer Region langfristig gestärkt werden?

- **Erfolgsfaktoren:** Was sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren für das Gelingen solcher Projekte?
- **Hemmnisse:** Wo lagen bzw. liegen bei der Umsetzung der Projekte die größten Hemmnisse? Wie lassen sich Konflikte lösen?
- **Unterstützungsbedarfe:** Welche Unterstützungsbedarfe haben Projekte im Bereich generationenübergreifendes Zusammenleben/ Lebensqualität/ Ressourcenerhalt/ Dialog der Generationen?
- **Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen:** Welche Art der Unterstützung können die Kommunen erbringen?

Die Erkenntnisse aus den Fokusgruppen wurden dazu genutzt, die vier Handlungsfelder mit dem Schwerpunkt auf Generationengerechtigkeit stärker zu konturieren. Parallel zu den Fokusgruppendifkussionen erfolgte die vertiefende Untersuchung einzelner beispielhafter Projekte und Initiativen. Es wurden 17 besonders erfolgreiche Projekte zur generationengerechten Gestaltung von Kommunen identifiziert und diese Good Practices näher analysiert. Hierfür wurden zum einen schriftliche Dokumente und Präsentationen ausgewertet und zum anderen mit den Projektverantwortlichen leitfadengestützte Interviews geführt (siehe Anhang 8.3). Die Ergebnisse dienten in erster Linie dazu, die einzelnen Handlungsfelder näher zu charakterisieren. Dementsprechend sind die Erfahrungen und Empfehlungen der Interviewpartner in die generelle Beschreibung der Handlungsfelder eingeflossen. Um die vier Handlungsfelder inhaltlich weiter zu vertiefen und die erarbeiteten Erkenntnisse zu diskutieren, wurde am 9. Februar 2012 in Berlin ein Werkstattgespräch mit etwa 30 einschlägigen Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis durchgeführt (siehe Anhang 8.4). Im Vordergrund stand dabei die Frage, mit welchen Strategien und Maßnahmen Kommunen Generationengerechtigkeit fördern können. In den Kapiteln 3 bis 6 werden die Erkenntnisse sowohl aus den Fokusgruppendifkussion und der Good Practice-Analyse als auch des Experten-Workshops je Handlungsfeld zusammengefasst.

3 Generationenübergreifendes Zusammenleben: Integrierte Wohnkonzepte für Jung und Alt

„Beim generationenübergreifenden Zusammenleben geht es sowohl jüngeren als auch älteren Menschen vor allem um die Schaffung von sozialen Nachbarschaften, um der zunehmenden Vereinzelung und Anonymität etwas entgegenzusetzen.“

Theo Killewald (Netzwerkagentur GenerationenWohnen Berlin)

Eine der Kernaufgaben der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge ist das Wohnen. Dabei ist festzustellen, dass die Anforderungen an das Wohnen immer komplexer werden. Durch den demografischen Wandel wird es beispielsweise in Deutschland zu einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung kommen, das heißt die Anzahl der älteren Haushalte wird steigen. Gleichzeitig verändern sich auch die Wohnwünsche und Vorstellungen, wie wir im Alter leben wollen. Die meisten Menschen möchten auch im hohen Alter oder im Krankheitsfall möglichst lange selbstbestimmt in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus wohnen. Auch wollen viele Menschen im Alter eher mit Gleichgesinnten zusammenleben als mit Gleichaltrigen. Vor diesem Hintergrund müssen sowohl neue, angepasste Konzepte für das Wohnen im Alter entwickelt werden als auch flexible und individuelle Betreuungs- und Pflegeangebote.

Ein weiterer gesellschaftlicher Trend ist die Auflösung der klassischen familiären Lebensformen, die sich unter anderem in der Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte, der Zunahme von Alleinerziehenden und Patchworkfamilien zeigt. Eine wesentliche Aufgabe in diesem Zusammenhang besteht – vor allem in den Städten – darin, Konzepte für ein gemeinschaftliches Wohnen und Leben zu entwickeln, um der zunehmenden Vereinzelung und Anonymität entgegenzuwirken.

Für Familien spielen für die Wohnortwahl andere Faktoren eine Rolle als für ältere Menschen. Wichtige Gründe für die Wohnortwahl bei dieser Bevölkerungsgruppe sind das Vorhandensein von Arbeitsplätzen, die Verfügbarkeit von ausreichend großem und bezahlbarem Wohnraum sowie eine kinderfreundliche Infrastruktur (Betreuungs- und Freizeitangebote, Kindergärten und Schulen).

Um den Herausforderungen sowie den verschiedenen Wohnwünschen zu begegnen, können Projekte zum generationenübergreifenden Zusammenleben einen wichtigen Beitrag leisten. Der Begriff „generationenübergreifendes Zusammenleben“ wird hier in einem breiteren Sinn verstanden: es geht dabei nicht nur um das Zusammenleben unter einem Dach, sondern auch um das Zusammenleben in der Nachbarschaft sowie den Austausch zwischen den Generationen. Wir haben daher im vorliegenden Forschungsprojekt Ansätze, Initiativen und Maßnahmen in folgenden drei Bereichen untersucht:

- 1. Wohnen unter einem Dach: Generationenübergreifende Wohnprojekte** (z.B. Baugruppenprojekte, Mehrgenerationenwohnen, gemeinschaftliches Wohnen);

2. **Gemeinsames Wohnen in einem Stadtteil / im Dorf:** innovative Projekte, die den Erhalt bzw. die Entstehung altersgemischter Nachbarschaften fördern (z.B. Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe, Projekt „Hilfe von Haus zu Haus“);
3. **Räume, die den Austausch zwischen Jung und Alt in der Nachbarschaft ermöglichen** (z.B. Nachbarschaftszentren, Generationengärten).

„Zusammenleben“ beinhaltet dabei nicht nur die Mischung von Menschen unterschiedlichen Alters in einem Haus oder einem Quartier sondern ein gemeinschaftliches Miteinander, beispielsweise gemeinsame Freizeitaktivitäten, die gemeinschaftliche Übernahme der Hausverwaltungsaufgaben oder die gegenseitige Unterstützung und Hilfe (z.B. Kinderbetreuung, Großeltern dienst, Hilfe beim Einkaufen, Putzen etc.). Dieser Aspekt der Gemeinschaft, der Wunsch nach einem solidarischen Miteinander gewinnt für die Vorstellung davon, wie man in Zukunft wohnen und leben möchte zunehmend Bedeutung. Büscher et al. (2009) formulieren dies in einer Studie zu Wohnvorstellungen und Wohnwünschen folgendermaßen: „In einer seit Jahren zunehmend globalisierten Welt, in der mittlerweile die steigende Nachfrage nach Milchprodukten in China erhöhte Preise in Deutschland nach sich zieht, scheint sich eine zunehmende Sehnsucht nach Nähe, Übersichtlichkeit und Vertrautheit breit zu machen. [...] Die Wiederentdeckung der Kommune, der Kieze, Quartiere oder Nachbarschaften, oder wie auch immer sie regional bezeichnet werden, geschieht auf breiter Ebene. Ihnen wird eine entscheidende Rolle zugeschrieben, wenn es um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die Antwort auf soziale Problemlagen geht.“ (Büscher et al. 2009, S.7) Dieser Entwicklung können auch die vielfältigen Ansätze und Projekte zum generationenübergreifenden Zusammenleben zugeordnet werden.

Für Kommunen bieten sich durch Formen des generationenübergreifenden Zusammenlebens verschiedene Vorteile. So tragen Wohnprojekte und generationenübergreifende Treffpunkte u.a. zur Schaffung und Wahrung sozial stabiler Nachbarschaften bei, da solche Projekte häufig von sozial engagierten Akteuren realisiert werden. Darüber hinaus haben sich viele Projekte das Ziel gesetzt, Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen, aus unterschiedlichen finanziellen Verhältnissen und mit einem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund zusammenzubringen. Die Akteure der Wohnprojekte „gestalten und prägen ihre Umgebung und leisten so einen positiven Beitrag zu Stadtentwicklung und Baukultur.“ (MWEBWV NRW 2010, S.8-9) Tatsächlich besteht ein Potenzial solcher Projekte darin, dass sie oft als „Keimzelle“ für die Stadtentwicklung dienen, da die geschaffenen Angebote (wie Bewohner-Cafés oder Gemeinschaftsflächen) oft auch anderen Menschen aus dem Stadtteil zur Verfügung stehen. Außerdem lässt sich feststellen, dass – wenn die Akteure eines Projektes erst einmal organisiert sind und sich eine Struktur und einen Rahmen gegeben haben – oft weitere bürgerschaftliche Projekte entstehen.

Darüber hinaus leisten generationenübergreifende Wohnprojekte einen Beitrag zur Bewältigung der Probleme des demografischen Wandels, indem sie Wohn- und Unterstützungsangebote speziell auch für ältere Menschen schaffen. Durch die so entstehenden Strukturen der nachbarschaftlichen Selbsthilfe können kommunale Hilfesysteme entlastet werden (z.B. bei der Versorgung älterer Menschen oder der Kinderbetreuung). Durch bürgerschaftliches Engage-

gement können so Dienstleistungen angeboten werden, die die öffentliche Hand nicht – oder nicht mehr in ausreichendem Maße - erbringen kann.

3.1 Ansätze und Projekte zur Förderung des generationenübergreifenden Zusammenlebens

Im vorliegenden Forschungsprojekt wurde für jedes Handlungsfeld eine Recherche und vertiefende Untersuchung einzelner beispielhafter Projekte und Initiativen („Good Practice Beispiele“) vorgenommen. Ziel war es, die Handlungsfelder näher zu charakterisieren, gute Ansätze zu identifizieren und die Potenziale dieser Projekte für ein generationengerechtes Wohnen und Leben zu verdeutlichen.

Wohnen unter einem Dach: Generationenübergreifende Wohnprojekte

Es gibt eine Vielzahl von Ansätzen zum gemeinschaftlichen Wohnen von Jung und Alt, die meist unter den Begriffen „neue Wohnformen im Alter“, „Baugruppen“, „Mehrgenerationenwohnen“ oder „generationenübergreifendes Wohnen“ subsummiert werden. Diese Begriffe werden in unterschiedlicher Weise eingesetzt und sind nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. Jekel hat einige zentrale Aspekte herausgearbeitet, die all diesen Konzepten gemein sind (2007, S. 34):

- *Gruppencharakter*: Zusammenleben mehrerer, verschieden alter und in unterschiedlicher Intensität als Gruppe konstituierter Personen in einem Haus: von der losen Bewohnergemeinschaft über einen Bewohnerverein bis zur Eigentümergemeinschaft und Genossenschaft;
- *Prinzip der „inneren Nähe bei äußerer Distanz“*: Freiwilliges (im Gegensatz zu dem durch ein Verwandtschaftsverhältnis vorgegebenes) Zusammenleben unter Betonung der Autonomie der einzelnen Gruppenmitglieder, die sich in der Regel auch in separaten Wohneinheiten ausdrückt, und freiwillige Teilnahme an zusätzlichen Aktivitäten;
- *Elemente der Selbstorganisation*, z.B. durch die Eigeninitiative bei der Gruppenfindung, Beteiligung an Planungsprozessen, Eigenleistungen bei der Umsetzung und Selbstverwaltung;
- *Gemeinschaftlicher Ansatz*: gegenseitige Unterstützung und Beratung bei gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten gibt es eine große Bandbreite unterschiedlicher Organisationsformen. So gibt es Projekte zur Miete ebenso wie eigentumsorientierte Initiativen. Des Weiteren werden verschiedenen Rechtsformen gewählt: als Verein, als Genossenschaft als Gemeinschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder als Wohnungseigentümergeinschaft.

Das Verbindende an all diesen verschiedenen gemeinschaftlichen Wohnformen ist, dass es sich immer um selbstgewählte Nachbarschaften handelt, die die Gestaltung ihres sozialen Umfelds und oft auch die Gestaltung des räumlichen Umfeldes selbst in die Hand nehmen.

Wie die Ergebnisse des vorliegenden Forschungsprojektes zeigen, sind es im Wesentlichen zwei unterschiedliche Zielgruppen, die an gemeinschaftlichen Wohnprojekten interessiert sind: Zum einen ältere Menschen, die sich Gedanken über ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter machen, und zum anderen junge Familien (Berufstätige zwischen 30 und 40

Jahren), die ein familienfreundliches Wohnumfeld suchen. Während die Älteren überwiegend zur Miete wohnen möchten, wünschen sich Familien zum Großteil Wohneigentum. Dabei geht es beiden Zielgruppen darum, soziale Nachbarschaften zu bilden und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung zu etablieren. „Es geht um Nachbarschaftshilfe, um Unterstützung im Alltag, um Wahlverwandtschaften.“³

Ein gutes Beispiel für ein Baugruppenprojekt zum gemeinschaftlichen Wohnen von Alt und Jung ist das Projekt „WohnSinn“ in Darmstadt.

Wohnprojekt „WohnSinn“

Die Initiatoren der Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG haben sich in Darmstadt auf einem Gelände mit zwei Häusern ihren Traum vom Zusammenleben der Generationen erfüllt. Von Beginn an war es das Ziel der Genossenschaftsgründer, eine inklusive Wohngemeinschaft zu schaffen, in der Alt und Jung, Reich und Arm, behinderte und nichtbehinderte sowie ausländische und hier geborene Mitbürger zusammenleben. Ein Drittel der Wohnungen wurde daher als Sozialwohnungen mit öffentlicher Förderung gebaut und das gesamte Bauvorhaben barrierefrei konzipiert. Das Bauvorhaben wurde als Baugruppenprojekt realisiert und hierzu eigens die „Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG“ gegründet. Dementsprechend haben die Mitglieder ihre Vorstellungen hinsichtlich der Wohnungsgrößen, der Zuschnitte sowie der Gemeinschaftsräume aktiv in die Planung eingebracht. Auf diese Weise sind in den Jahren 2003 und 2008 zwei Häuser mit insgesamt 73 Wohnungen gebaut worden. Das soziale Miteinander, der Austausch zwischen den Generationen und eine Kultur der wechselseitigen nachbarschaftlichen Hilfe standen bei dem Wohnprojekt von Anfang an im Mittelpunkt. So haben die Bewohner die Bewirtschaftung und Verwaltung der Häuser selbst übernommen. Durch den gemeinsam genutzten Innenhof, gemeinschaftliche Aktivitäten und die vielen großen und kleinen nachbarschaftlichen Hilfeleistungen ist ein enger Zusammenhalt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern entstanden. Die meisten Wohnungen wurden finanziert, indem die Genossenschaft das Dauerwohnrecht an die Bewohner verkauft hat. Darüber hinaus wurden einige Wohnungen als Sozialwohnungen vermietet.

Kontaktdaten:

Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG
Elisabeth-Selbert-Str. 10A, 64289 Darmstadt
www.wohnsinn-darmstadt.de

Auch die Initiatoren des Projekts „Alte Schule Karlshorst“ haben sich zum Ziel gesetzt, verschiedene Generationen in einem Haus zusammenzubringen und eine aktive Nachbarschaft zu schaffen.

³ Aussage eines Teilnehmers in der Fokusgruppe am 20.10.2011

Wohnprojekt „Alte Schule Karlshorst“

In einem ehemaligen Schulgebäude aus der Zeit der preußischen Staatsbauten im Lichtenberger Stadtteil Karlshorst (Berlin) entstand 2009 ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt mit behindertengerechten Zugängen und großen Gemeinschaftsflächen. Ziel des Projektes ist es, das Zusammenleben von Jung und Alt miteinander unter einem Dach zu ermöglichen und behinderte und pflegebedürftige Menschen in diese Gemeinschaft zu integrieren. Individuell gestaltete Mietwohnungen bieten die gewünschten Rückzugsmöglichkeiten und werden durch gemeinschaftlich genutzte Flächen ergänzt. Im Gegensatz zum Projekt „WohnSinn“ wurde dieses Vorhaben nicht als Baugruppen-Projekt realisiert. Initiator und Projektträger ist die 1990 gegründete Mietergenossenschaft Selbstbau eG, die verschiedene Häuser im Prenzlauer Berg und Friedrichshain besitzt. Etwa ein Drittel der Wohnungen wurden von Beginn an ältere, behinderte oder pflegebedürftige Menschen vergeben. Alle anderen Bewohner der geförderten Wohnungen mussten zum Einzug einen Wohnberechtigungsschein nachweisen.

Die Bildung der Hausgemeinschaft und die Umsetzung des Projekts wurde zwei Jahre lang in monatlichen moderierten Sitzungen diskutiert und vorangetrieben. Dabei war es besonders wichtig, sich über die Erwartungen der Bewohner auszutauschen. Der Prozess wurde über drei Jahre von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen wissenschaftlich begleitet⁴.

Derzeit wohnen 39 Kinder (darunter zehn Heimkinder) und 82 Erwachsene in der „Alten Schule“.

Kontaktdaten:

Mietergenossenschaft SelbstBau e.G.
Rykestraße 13, 10405 Berlin
www.selbstbau-eg.de

Für die Kommunen wie auch für andere gesellschaftliche Akteure stellt sich die Frage, wie die weitere Verbreitung solcher Projekte vorangetrieben werden kann und wie vor allem auch weitere Zielgruppen erreicht werden können. Dies stellt einen zentralen Aspekt dar, denn bisher werden Gemeinschaftswohnprojekte vor allem von Menschen aus dem bürgerlichen Milieu verwirklicht, die über ein höheres Einkommen und entsprechende Möglichkeiten verfügen, sich zu organisieren. „Es gibt Menschen, die sich solche Projekte leisten können und solche, die es nicht können.“⁵ Wenn diese Ansätze in die Breite getragen werden sollen, muss darüber nachgedacht werden, wie eine finanzielle Förderung gestaltet werden kann, damit auch einkommensschwächere Zielgruppen einbezogen werden können.

Gemeinsames Wohnen im Stadtteil/ im Dorf

Alte und junge Menschen stellen unterschiedliche Anforderungen an ihre Wohnumgebung. Da sich immer mehr ältere Menschen wünschen, im hohen Alter oder im Krankheitsfall in der eigenen Wohnung bleiben zu können, brauchen altersgemischte Nachbarschaften flexible

⁴ Binner, U.; Ortmann, K.; Zimmermann, R.-B.; Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Alte Schule Karlshorst – integratives und generationsübergreifendes Wohnen“; Berlin o.J.

⁵ Aussage eines Teilnehmers in der Fokusgruppe am 20.10.2011

Betreuungs- und Pflegeangebote „zwischen Heim und Daheim“. „Die Zukunft bei der Betreuung Hilfe- und pflegebedürftiger Menschen liegt – jenseits klassischer Heimstrukturen – bei alternativen Wohn- und Betreuungsformen. Wir brauchen mehr ambulante Versorgungsstrukturen, die eine echte Alternative zu stationären Einrichtungen bieten. Die Heimpflege sollte lediglich eine von vielen Betreuungsformen sein.“ (Bambey 2009, S.3) In vielen Städten und Gemeinden wird bereits mit ganz unterschiedlichen Konzepten auf diesen Bedarf reagiert. Einerseits haben sich in den letzten Jahren zahlreiche nachbarschaftliche Netzwerke und andere bürgerschaftliche Initiativen entwickelt, die älteren Menschen Unterstützung bei der Organisation und Bewältigung ihres Alltags anbieten (beispielsweise die Initiative „Hilfe von Haus zu Haus e.V.“ in Baden-Württemberg, siehe unten). Zum anderen wurden, beispielsweise in Bielefeld oder Alheim, Konzepte für neue Wohnformen für Senioren von professionellen Trägern entwickelt.

Dabei ist zu betonen, dass alt zu sein nicht automatisch bedeutet, pflege- oder hilfebedürftig zu sein. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung geht auch ein verbesserter Gesundheitszustand älterer Menschen einher, das heißt ältere Menschen bleiben heute länger fit und gesund und es ist zu erwarten, dass dieser Trend auch in Zukunft anhält. Insofern sind ältere Menschen nicht nur Abnehmer von nachbarschaftlichen und anderen unterstützenden Dienstleistungen sondern auch Anbieter.

Familien stellen dagegen andere Wünsche und Anforderungen an ihr Wohnumfeld. Ihnen sind Aspekte wichtig wie ausreichend großer und bezahlbarer Wohnraum, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder, Kindergärten und Schulen. Hilfe und Unterstützung im Alltag finden sie dabei oft in Nachbarschaftsinitiativen, gemeinnützigen Organisationen oder Vereinen. Für junge Familien werden hier beispielsweise Babysitter und Lesepaten vermittelt oder Hausaufgabenhilfen angeboten.

Der Verein Hilfe von Haus zu Haus e.V. stellt ein gutes Beispiel dar, wie nachbarschaftliche Unterstützung für ältere Menschen aber auch Familien auf dem Land organisiert werden kann.

Hilfe von Haus zu Haus e.V.

Der Nachbarschaftshilfe-Verein „Hilfe von Haus zu Haus“ wurde 2003 von Frauen der Katholischen Landfrauenbewegung in Gaienhofen am Bodensee gegründet. Das Ziel des Vereins ist es, älteren, kranken und behinderten Menschen bezahlbare Unterstützung und Hilfen im Haushalt anzubieten und ihnen dadurch die Chance zu geben, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu bleiben. Ziel ist es außerdem, Arbeitsmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Raum zu schaffen. Neben der Unterstützung älterer Menschen werden verschiedene Formen der Kinderbetreuung angeboten. Die Helferinnen arbeiten auf 400-Euro-Basis, der Stundensatz für die Hilfe liegt bei 10,50 Euro. Mittlerweile hat der Verein 250 Mitglieder, davon 70 aktive Helferinnen (fast ausschließlich Frauen). Die Nachbarschaftshilfe begreift sich als Ergänzung zur Sozialstation und zum Dorfhelferinnenwerk.

Neben den ganz konkreten Hilfeleistungen füllt der Verein eine Lücke, die durch professionelle Pflegedienste oft nicht gedeckt werden kann. Indem jüngere Frauen in die Haushalte älterer Menschen gehen, sich engagieren und bei der Hausarbeit helfen, entstehen auch per-

sönliche Beziehungen. Man verbringt Zeit miteinander, frühstückt zusammen und unterhält sich.

Die Initiative ist mittlerweile Vorbild für viele andere Gemeinden: Inzwischen wurden über 20 ähnliche Nachbarschafts-Netzwerke, vor allem in Gemeinden in Baden-Württemberg und Bayern, gegründet. Über den Verein „Spes Zukunftsmodelle“ (www.spes.de) wird das Konzept weiter in die Breite getragen. „Spes Zukunftsmodelle“ bietet Unterstützung und Begleitung für Gemeinden an, die eine organisierte Nachbarschaftshilfe nach dem Modell „Hilfe von Haus zu Haus“ einrichten möchten (z.B. Qualifizierung der mitarbeitenden Frauen, Hilfe bei der Vereinsgründung, Unterstützung bei der Akquisition von Fördermitteln).

Kontaktdaten:

Hilfe von Haus zu Haus e.V., Johanneshaus,

Kirchgasse 2, 78343 Gaienhofen/Horn

www.sse-hoeri.de/Seiten/HilfevonHauszuHaus.html

SPES Zukunftsmodelle e. V.

Okenstr. 15, 79108 Freiburg

www.spes.de

Ein weiteres Beispiel in diesem Kontext ist der Verein Wohnen bleiben in Altenholzen e.V.: Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, vor allem älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Ort zu ermöglichen. Dabei werden unterschiedliche Wohnformen, die medizinische Versorgung und Nachbarschaftshilfe in den Vordergrund gestellt. Die Menschen vor Ort sollen sich selbst organisieren und ihre Zukunft aktiv gestalten (z.B. durch die altersgerechte Anpassung des eigenen Hauses). Finanzielle Unterstützung erhält das Projekt von der Kommune und der Landesregierung.

Vor dem Hintergrund des steigenden Anteils älterer Menschen in ihrer Einwohnerstruktur beschäftigt sich eine Reihe von Kommunen mit der Frage nach innovativen Wohnformen für ältere Menschen sowie mit der Entwicklung und Organisation entsprechender Dienstleistungen. So ist beispielsweise die Gemeinde Alheim aktiv geworden und hat das Wohnkonzept 55+ entwickelt. Das Konzept zielt darauf ab, Angebote für ältere Menschen bereit zu stellen, damit sie auch bei zunehmendem Unterstützungs- und Pflegebedarf möglichst lange selbständig in ihrer Heimatgemeinde leben können.

Auch das von der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft entwickelte „Bielefelder Modell“ zielt auf innovative Dienstleistungen im Alter. Hier müssen, anders als üblich, nur diejenigen Bewohner eines altersgerechten Wohnprojekts eine Betreuungspauschale zahlen, die Betreuungs- oder Pflegeleistungen auch tatsächlich in Anspruch nehmen.

Innovative Konzepte für das Wohnen im Alter: Das Bielefelder Modell und das Wohnkonzept 55+ in der Gemeinde Alheim

Die BGW (Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH) hat gemeinsam mit dem Verein Freie Altenhilfe Alt und Jung e.V. ein innovatives Konzept zum selbstbestimmten Wohnen im Alter entwickelt, das sogenannte „**Bielefelder Modell**“. Das Ziel des Modells ist es, den Mietern auch bei steigender Hilfebedürftigkeit das Wohnen in der eigenen Wohnung und damit im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Außerdem soll ein integratives Wohnen in den Projekten und in der Nachbarschaft ermöglicht werden, so dass dort ältere Menschen, Behinderte, Menschen mit geringem sowie mit hohem Hilfebedarf und Demenzkranke betreut werden können.

Die BGW hat verschiedene Seniorenwohnanlagen errichtet und auch in ihrem Bestand durch Umbaumaßnahmen seniorengerechte Wohnungen geschaffen. Das Besondere am „Bielefelder Modell“ sind die Servicestützpunkte im Haus, die rund um die Uhr besetzt sind. Die Mieterinnen und Mieter können so bei Bedarf auf eine Vielzahl an Hilfs- und Betreuungsangeboten zurückgreifen, sie müssen aber nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Dienste bezahlen – ohne die sonst übliche Betreuungspauschale. Um den Austausch und das soziale Miteinander zu fördern gibt es in den Wohnanlagen Gemeinschaftsräume (z.B. ein Wohncafé), die von allen Mieterinnen und Mietern und auch von den Menschen aus der Nachbarschaft genutzt werden können. Das „Bielefelder Modell“ wurde erstmals 1996 in einer Bielefelder Seniorenwohnanlage erprobt und stieß auf eine sehr positive Resonanz seitens der Bewohner und der breiteren Öffentlichkeit. Mittlerweile dient das Modell vielen Projekten bundesweit als Vorbild.

Ein anderes Konzept für das Wohnen im Alter hat die Gemeinde Alheim entwickelt. Vor dem Hintergrund des steigenden Anteils älterer und hochbetagter Menschen hat die Gemeinde beschlossen, ein Generationen- und Altenhilfenetzwerk aufzubauen. Zentraler Bestandteil dieses Netzwerkes ist das **Wohnkonzept 55+**. Ziel ist es auch hier zu erreichen, dass ältere Menschen in der gewohnten Umgebung – in ihrer Heimatgemeinde – bleiben können, auch dann, wenn sie einen erhöhten Hilfe- und Pflegebedarf haben. Um zu ermitteln, welche Wohn- und Unterstützungsangebote vor Ort gebraucht werden, wurde zunächst eine Bedarfs- und Standortanalyse durchgeführt. Auf dieser Basis wurde die Errichtung einer neuen Seniorenwohnanlage für „Betreutes Wohnen“ beschlossen. Die Wohnanlage besteht aus 15 separaten barrierefreien Wohnungen. Außerdem wird im Haus eine Senioren-Beratungsstelle integriert sowie verschiedene Wahlleistungen aus dem Bereich der Unterstützung und Pflege angeboten.

Die Seniorenwohnanlage wird eng verzahnt mit der Gemeinde und insbesondere mit dem „Haus der Generationen“. In diesem Service-Zentrum für Jung und Alt werden Angebote für die gesamte Gemeinde und für alle Altersgruppen organisiert: Freizeit- und Kulturveranstaltungen, Weiterbildungsangebote ebenso wie soziale Beratung. Zu den Aufgaben gehört weiterhin in enger Kooperation mit anderen Akteuren aus der Gemeinde die Förderung und Koordination von ehrenamtlichem Engagement in der Jugend- und Altenarbeit.

Kontaktdaten:

Bielefelder Modell

Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH
Carlmeierstr. 1, 33613 Bielefeld, www.bgw-bielfeld.de

Wohnkonzept 55+ in der Gemeinde Alheim

Heinrich Bambey,

Projektentwicklung für Seniorenimmobilien

Knüllweg 11, 34593 Knüllwald

Räume zum Austausch zwischen Jung und Alt

Außerhalb der Familie begegnen sich alte Menschen und Kinder nur noch selten. Im Alltag geht man überwiegend getrennte Wege – auch wenn man Tür an Tür wohnt. Daher sind „altersgemischte Räume“ wie Parks oder Nachbarschaftshäuser für den Austausch zwischen Jung und Alt besonders wichtig.

Nachbarschaftszentren beziehungsweise Mehrgenerationenhäuser basieren auf dem Konzept der organisierten Nachbarschaftshilfe und sind in hohem Maße von ehrenamtlichem Engagement getragen. Die Angebote in diesen Häusern sind unterschiedlich und reichen von Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, Großelterndiensten und Patenschaftsprojekten bis hin zu Computerkursen von Schülern für Ältere. Dabei werden die Ideen für die Projekte in der Regel von engagierten Bürgern aus der Nachbarschaft eingebracht, während die Aufgabe des Nachbarschaftszentrums darin besteht, Menschen mit ähnlichen Anliegen an einen Tisch zu bringen und einen Rahmen für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen (Räume, Moderation etc.). Die Angebote der Nachbarschaftszentren haben sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt. Im Rahmen der Initiative „Mehrgenerationenhäuser“ des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ)⁶ wurde das generationenübergreifende Engagement in diesen Zentren weiter ausgebaut. Die Nachbarschaftshäuser sollen zu einem zentralen Kompetenzort für den Austausch der verschiedenen Generationen weiterentwickelt werden, wo sich Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen treffen und gemeinsame Projekte auf den Weg bringen.

Auch Generationengärten stellen eine gute Möglichkeit dar, Alt und Jung in der Nachbarschaft zusammenzubringen. Die regelmäßige Gartenarbeit ermöglicht dabei außerhalb des familiären Umfeldes zwanglose Kontakte zwischen Kindern und Jugendlichen sowie Seniorinnen und Senioren. Die Generationengärten haben v.a. im urbanen Raum eine wichtige Funktion, da sie neue Verbindungen schaffen, den Austausch zwischen den Generationen fördern und Natur in der Stadt erlebbar machen.

Generationengarten Berlin-Kreuzberg

Gärten stellen einen idealen Ort für entspannte Begegnungen zwischen den Generationen dar. Ältere können hier ihr Erfahrungswissen an die Kinder weitergeben. Die Arbeit im Garten bietet vielfältige Möglichkeiten, gemeinsam etwas zu gestalten, zu spielen und voneinander zu lernen. Der Generationengarten Berlin-Kreuzberg wurde von der „Planwerkstatt Generationengärten“ ins Leben gerufen. Seit dem Frühjahr 2007 wird er gemeinsam von Seniorinnen und Senioren und Kindern aus einer Kindertagesstätte bearbeitet. Den »Gärtnern« stehen rund 100 m² zur Verfügung. Einmal in der Woche treffen sich die Senioren und die Kita-Kinder, um zu gärtnern, selbst gezogenes Gemüse und Obst zu ernten und zu spielen.

Die Planwerkstatt Generationengärten berät und unterstützt interessierte Gruppen in Berlin beim Aufbau und der Pflege von Generationengärten. Auch in vielen anderen Städten sind Generationengärten entstanden, beispielsweise in München, Bonn, Oberhausen, Dortmund, Wolfsburg oder Kirchheim.

⁶ Siehe www.mehrgenerationenhaeuser.de

Kontaktdaten:

Generationengarten Berlin-Kreuzberg

Falckensteinstr. 6, 10997 Berlin

www.stiftung-interkultur.de/berlin/berlin-kreuzberg-generationengarten

Planwerkstatt Generationengärten

Brunnenstraße 181, 10119 Berlin

www.generationengaerten.de

3.2 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei Projekten zum generationenübergreifenden Zusammenleben

Eine zentrale Fragestellung im vorliegenden Projekt war, wie generationenübergreifendes Zusammenleben gefördert werden kann und wie gute Ansätze und Projekte in die Breite getragen werden können. Hierzu wurden im Dialog mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung sowie aus der Praxis wichtige Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei Projekten zum generationenübergreifenden Zusammenleben identifiziert. Neben den Ergebnissen aus der Fokusgruppe „Generationenübergreifendes Zusammenleben“ am 20. Oktober 2011 in Berlin sind hier Erkenntnisse aus den Experten-Interviews sowie aus dem Werkstattgespräch am 9. Februar 2012 in Berlin eingeflossen (siehe Anhang 8.3 und 8.4).

Besonders wichtig für den Erfolg sowohl bei Wohnprojekten als auch bei Generationengärten und ähnlichen Initiativen ist das Vorhandensein eines oder mehrerer zentraler Personen, die als „**treibende Kraft**“ hinter dem Projekt stehen, es zu ihrer Sache machen und über den Zeitverlauf aktiv vorantreiben. Diese Personen müssen gute Führungsqualitäten besitzen, d.h. andere begeistern und mitnehmen können, aber in den richtigen Momenten auch Verantwortung abgeben.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist der **Gruppenbildungsprozess**. Eine wesentliche Voraussetzung - beispielsweise bei Baugruppen - ist es, die vielen Personen mit ihren jeweils eigenen Interessen und Vorstellungen zusammenzubringen. Dies erfordert intensive Austauschprozesse, eine gemeinsame Zielfindung sowie folglich erhebliche Moderationsleistungen.

„Bei ehrenamtlichen Projekten im Bereich der Nachbarschaftshilfe kommt es darauf an, das Engagement, das von unten kommt, zu unterstützen“⁷. Dementsprechend sollten **unterstützende Strukturen** z.B. durch Beratungsleistungen, fachlichen Input und Bereitstellung von Räumen geschaffen werden, um Ideen zu fördern, die in der Bürgerschaft selbst entstehen. Dabei muss auch bedacht werden, dass freiwilliges Engagement zunehmend projektorientiert stattfindet, das heißt, dass einige Menschen eher bereit sind, sich an temporären Aktionen zu beteiligen, anstatt sich wie früher langfristig in Vereinen oder ähnlichen Organisationen zu engagieren und hier ein klassisches Ehrenamt zu übernehmen.

Eine zentrale Voraussetzung für die Realisierung von gemeinschaftlichen Bauprojekten ist das Vorhandensein eines **geeigneten und finanzierbaren Grundstücks**.

⁷ Aussage einer Teilnehmerin der Fokusgruppe am 20.10.2011 in Berlin

Ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Umsetzung von Strategien zum generationenübergreifenden Wohnen in einer Kommune ist der **politische Rückhalt** durch Schlüsselakteure. Die Beispiele Freiburg und Tübingen zeigen, dass generationenübergreifendes Wohnen besonders dort erfolgreich ist, wo Entscheider (wie z.B. Bürgermeister) das Thema zu ihrem Anliegen machen und es konsequent und über einen längeren Zeitverlauf vor Ort umsetzen.

Ein wesentliches Hemmnis für generationenübergreifende Projekte ist hingegen die **zunehmende Segregation der verschiedenen Altersgruppen**, vor allem in Großstädten wie Berlin. Während es jüngere Menschen in die innenstadtnahen Bezirke wie Prenzlauer Berg oder Mitte zieht, ziehen ältere Menschen verstärkt in die Außenbezirke wie Hellersdorf oder Marzahn.

Ein großes Problem stellt in Großstädten die zunehmende Privatisierung von Wohngebäuden dar. Mittlerweile sind die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern oft große, profitorientierte Investment-Gesellschaften, die wenig an der Schaffung sozialer, altersgemischter Nachbarschaften oder an barrierefreiem Wohnen interessiert sind. In diesem Fall hat die Kommune kaum noch Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung und Nutzung des Wohnraums, um beispielsweise eine größere Durchmischung nach Lebensalter zu fördern.

Ein Problem bei Wohnprojekten besteht ferner darin, dass eine „**unterschiedliche Fristigkeit**“ in den Interessen der unterschiedlichen Lebensalter besteht. Familien mit Kindern brauchen die Unterstützung, die sie sich von den (älteren) Nachbarn erhoffen (z.B. bei der Kinderbetreuung) zeitnah, während die älteren Bewohner zum Zeitpunkt des Einzugs in ein Gemeinschafts-Wohnprojekt meist zunächst noch keine Unterstützung benötigen und erst später, z.B. in höherem Alter oder bei Krankheit, ein Bedarf entsteht. Um diesen unausgesprochenen gegenseitigen Vertrag auch erfüllen zu können, müsste die Gruppe sehr lange zusammen wohnen, was gerade bei jungen Familien aufgrund äußerer Einflüsse wie Trennungen, Arbeitsplatzwechsel etc. nicht immer möglich ist.

Darüber hinaus ist bei generationenübergreifenden Projekten zu beachten, dass ein von außen **aufgelegtes, „zwanhaftes“ Miteinander** der verschiedenen Generationen meist nicht funktioniert, da die Bedürfnisse von Jung und Alt zu unterschiedlich sind. Generationenübergreifendes Miteinander muss daher „von unten“, also unter Mitwirkung der beteiligten Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Ein weiteres Problem für generationenübergreifende Wohnprojekte besteht darin, dass es in vielen Städten, vor allem in innenstadtnahen Stadtteilen, kaum noch leer stehende Gebäude oder Brachen und somit **geeignete Standorte** für Gemeinschaftswohnprojekte gibt. Daher sollte – ergänzend zu Konzepten zum gemeinsamen Wohnen unter einem Dach – ein stärkerer Fokus auf die Entwicklung von Konzepten zum gemeinschaftlichen Wohnen im Quartier gelegt werden, z.B. durch Schaffung von altengerechten Wohnungen im Zuge der Nachverdichtung innenstadtnaher Quartiere. Dabei geht es einerseits um die Schaffung von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum, andererseits aber auch um die Generierung von unterstützenden Dienstleistungsangeboten (betreutes Wohnen, Tagespflege etc.). Hierbei ist allerdings zu beachten, dass reine Seniorenwohnanlagen von älteren Menschen oft abgelehnt werden. Es wird vielmehr ein Wohnen in altersgemischten Anlagen gewünscht.

3.3 Hinweise und Empfehlungen zur Förderung des generationenübergreifenden Zusammenlebens

Neben Erfolgsfaktoren und Hemmnissen wurden in den vielfältigen Expertengesprächen auch Hinweise und Empfehlungen an die Kommunen herausgearbeitet, wie sie generationenübergreifendes Wohnen und Leben vor Ort fördern können.

Es geht um alle Altersgruppen

Der demografische Wandel und der steigende Anteil älterer Bewohner beschäftigen viele Kommunen und viele von ihnen reagieren bereits auf diese Herausforderungen indem sie innovative Konzepte für das Wohnen im Alter entwickeln und umsetzen oder neue Unterstützungsangebote für Ältere schaffen. Auch wenn neue Wohnformen im Alter immer wichtiger werden, dürfen jedoch die Jüngeren nicht aus dem Blick geraten. Denn nur wenn auch die Bedürfnisse der Jüngeren berücksichtigt und entsprechende Angebote geschaffen werden, kann die Attraktivität eines Quartiers oder eines Dorfes für Familien erhalten werden und somit eine vielfältige, generationenübergreifende Nachbarschaft entstehen.

Soziale Nachbarschaften fördern

Beim generationenübergreifenden Zusammenleben geht es sowohl jüngeren als auch älteren Menschen vor allem um die Schaffung von „sozialen Nachbarschaften“, um der zunehmenden Vereinzelung und Anonymität etwas entgegenzusetzen. Ein wesentliches Element für die Förderung solcher sozialer Nachbarschaften ist die Schaffung von Treffpunkten beziehungsweise von gemeinschaftlich genutzten Räumen, um Begegnungen zwischen Jung und Alt und gemeinsame Aktivitäten zu ermöglichen. Bei einem Miteinander der Generationen in einem Haus oder im Quartier ist es allerdings ebenso wichtig, auch eigene Räume für die verschiedenen Generationen zu schaffen. Es sollte nach dem Prinzip „Nähe auf Distanz“ verfahren werden, da berücksichtigt werden muss, dass Jung und Alt zum Teil unterschiedliche Bedürfnisse haben. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, dass ein Miteinander der Generationen durchaus auch zu Auseinandersetzungen führen kann. Daher sollten Strategien zum Umgang mit Konflikten entwickelt werden, beispielsweise indem Anlaufstellen eingerichtet werden, die Betroffene im Konfliktfall beraten und zwischen den Parteien vermitteln.

Wohnprojekte wie gemeinschaftliches Wohnen oder Baugruppenprojekte sollten mit dem Umfeld verknüpft werden, indem z.B. Gemeinschaftsflächen (wie Bewohner-Cafés oder Spielplätze) auch anderen Menschen aus dem Quartier zur Verfügung gestellt werden oder indem die im Wohnprojekt angebotenen Dienstleistungen (z.B. Unterstützungsangebote für ältere Menschen) auch von Menschen aus der Nachbarschaft genutzt werden können. Es sollte nach dem Prinzip „Öffnung von außen nach innen und von innen nach außen“⁸ verfahren werden.

Vielfältige Angebote für das Wohnen im Alter schaffen

Für das Wohnen im Alter muss eine Vielfalt von Angeboten zwischen dem Wohnen zuhause auf der einen Seite und dem Pflegeheim auf der anderen Seite geschaffen werden, um den

⁸ Äußerung eines Teilnehmers auf dem Experten-Workshop am 9.2.2012 in Berlin

unterschiedlichen Bedürfnissen und Wohnwünschen gerecht zu werden. Wie in Kapitel 3.1 dargestellt, sind in vielen Kommunen bereits gute Ansätze und Projekte entstanden, die diese Angebotspalette bereichern (beispielsweise das „Bielefelder Modell“, das „Wohnprojekt 55plus“ sowie Projekte in der organisierten Nachbarschaftshilfe). Hier sind sowohl Konzepte gefragt, die ältere Menschen bei der Organisation ihres Alltags unterstützen, um einen möglichst langen Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, als auch Konzepte, die selbständiges Wohnen bei zunehmendem Betreuungs- und Pflegebedarf ermöglichen.

Geeignete Flächen und Räume bereitstellen und Förderinstrumente nutzen

Eine sehr gute Möglichkeit für Kommunen, generationenübergreifendes Wohnen zu fördern, bietet die Liegenschaftspolitik. Eine erhebliche Hürde für Baugruppen und ähnliche Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens stellt die Suche nach einem geeigneten und finanzierbaren Grundstück dar. Hier können Kommunen unterstützen, indem sie Grundstücke bevorzugt und zu günstigen finanziellen Konditionen an solche Gruppen abgeben. Da die meisten Kommunen jedoch wenige freie Grundstücke besitzen, über die sie direkt verfügen können, sollten sie auch indirekt beispielsweise über das Planungsrecht und über die Wohnungsbauförderung Einfluss nehmen. Ein gutes Beispiel stellt die Initiative „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ der Gemeinde Hiddenhausen dar⁹. Ziel ist es, junge Familien im Ort zu halten, indem der Erwerb von Immobilien im Altbau-Bereich gefördert wird. Die Akteure wollen mit dem Programm gewachsene Quartiere wieder mit jungem Leben füllen, die Ausweisung von Neubaugebieten vermeiden und die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur verbessern. Solche und ähnliche Instrumente sollten von Kommunen stärker genutzt werden.

Des Weiteren sollte auch das Wohnen im Bestand stärker in den Blick genommen werden. Insbesondere Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften verfügen über große Wohnungsbestände, bei denen sich vor allem bei Sanierung und Umgestaltung Potenziale ergeben, generationenübergreifendes Zusammenleben zu fördern.

Initiativen und Projekte koordinieren und vernetzen

Die verschiedenen Initiativen wissen oft nichts voneinander, haben aber meist ähnliche Probleme, z.B. in Bezug auf rechtliche Fragen oder die Moderation von Gruppenprozessen. Durch eine Vernetzung sowie einen Austausch der Initiativen untereinander, können die Akteure erworbenes Wissen und Erfahrungen weitergeben. Auf diese Weise können die Initiativen vom Know How des jeweils anderen profitieren. Die Kommunen können hier unterstützen, beispielsweise indem sie Anlauf- bzw. Vernetzungsstellen für das Thema generationenübergreifendes Zusammenleben schaffen. Eine solche Vernetzungsstelle wurde u.a. in Berlin mit der Netzwerkagentur GenerationenWohnen geschaffen (www.netzwerk-generationen.de).

Gesellschaftliche Akteure sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligen

Ein Prozess zur generationengerechten Gestaltung einer Kommune kann nicht politisch „verordnet“ werden. Ein solcher Prozess gelingt nur, wenn alle zentralen Stakeholder einbezogen werden. Bei der Entwicklung von Konzepten zum generationenübergreifenden Zusammenle-

⁹ Siehe <http://www2.hiddenhausen.de/index.phtml?mNavID=1500.1&sNavID=1500.210&La=1>

ben sollten daher die relevanten gesellschaftlichen Akteure wie Wohnungsbauunternehmen, Architekten, Sozialverbände und Bürgervereine einbezogen werden. Auf diese Weise können das Wissen und die Erfahrungen der unterschiedlichen Akteure einbezogen werden. Neben solchen Stakeholdern ist auch die Einbeziehung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zentral, da sie diejenigen sind, die die Projekte später mit Leben füllen und die Angebote nutzen. Das heißt, Partizipation z.B. in Form von Bürgergutachten, Stakeholder-Workshops und anderen Formaten stellt ein wichtiges Element dar bei der Entwicklung von Konzepten zum generationenübergreifenden Zusammenleben.

Potenziale von Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen stärker nutzen

Wohnungsgenossenschaften stellen in Deutschland eine wichtige Größe am Wohnungsmarkt dar. Sie bewirtschaften 2,1 Mio. Wohnungen und damit ca. zehn Prozent des Mietwohnungsbestands in Deutschland (BMVBW 2004). Durch ihr Engagement im Bereich der Quartiersentwicklung und da ein zentraler Fokus ihrer Tätigkeiten im Bereich der sozialen Aspekte des Wohnens liegt, sind sie ein wichtiger Akteur im Themenfeld generationenübergreifendes Zusammenleben. Wohnungsgenossenschaften setzen sich „[...] für eine Entwicklung und Nachhaltigkeit aktiver Nachbarschaften und lebendiger Stadtquartiere ein und geben durch gelebte Beispiele gesellschaftliche Impulse zu ihrer Realisierung“ (Büscher et al. 2009, S.8). Eine zentrale Herausforderung für viele Genossenschaften stellt die Alterung ihrer Mitglieder und damit der Bewohnerschaft dar, insbesondere da Genossenschaften häufig mehrere zusammenhängende Häuserblöcke besitzen, deren Bewohnerschaft geschlossen altert. Zwar sind sich viele Genossenschaften des Problems bewusst und arbeiten daran, eine bessere Versorgung sowie eine Vernetzung der Bewohner untereinander zu fördern, was dabei allerdings häufig noch fehlt sind Ansätze, wie man diese Quartiere für jüngere Zielgruppen öffnen und attraktiv machen kann. Hier sind neue Ideen und Konzepte für die Gestaltung gefragt, die sich u.a. auch mit der Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Wohnwünschen auseinandersetzen müssen.

Auch kommunale Wohnungsunternehmen haben als Partner der Städte im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung sowie der Stabilisierung von Quartieren und Nachbarschaften eine zentrale Bedeutung. So treten sie häufig als Partner im Programm „Soziale Stadt“ auf und fördern Wohnquartiere durch den Ausbau der Mieterbeteiligung, durch Einstellung von Sozialarbeitern und Bereitstellung von Räumen für Nachbarschaftstreffs. „Mit ihrer Hilfe lassen sich beispielgebende Projekte in den Bereichen des altengerechten und des familiengerechten Wohnens realisieren und so wichtige Impulse in den aufgrund der demografischen Entwicklung besonders wichtigen Handlungsfeldern der Wohnungspolitik setzen.“ (Kiepe 2007, S.46)

Potenziale von kommunalen Entwicklungsgesellschaften für das Thema „generationenübergreifendes Wohnen“ nutzen

Neben Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sind kommunale Entwicklungsgesellschaften wichtige Akteure, die in das Thema eingebunden werden sollten. Um den zum Teil immer komplexer werdenden kommunalen Aufgaben gerecht zu werden, gehen Städte und Gemeinden seit einigen Jahren zunehmend dazu über, bestimmte Aufgaben auszuglie-

dern. Hierzu gründen sie privatrechtliche Gesellschaften, sogenannte Entwicklungsgesellschaften. Diese Entwicklungsgesellschaften können unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen, beispielsweise städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Aufgaben oder Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, der Standortentwicklung und der Standortpolitik. Die Gesellschaften übernehmen dabei häufig den Erwerb, die Entwicklung und die Vermarktung von Flächen. Kommunen sollten daher überlegen, welche Rolle Entwicklungsgesellschaften bei der Schaffung von generationengerechten Wohnangeboten spielen können.

Mehr Aufgeschlossenheit der Banken

Eine weitere in den Expertendiskussionen formulierte Empfehlung richtet sich an die Banken und Sparkassen. Bisher bestehen bei vielen Baufinanzierern große Vorbehalte gegenüber Baugruppen. Eine größere Offenheit wäre hier wünschenswert. Banken und Sparkassen könnten beispielsweise durch die Entwicklung von innovativen Finanzierungsangeboten einen Beitrag leisten, Ansätze zum generationengerechten Wohnen zu unterstützen.

4 Erhalt der Lebensqualität: Auch in Zukunft für jedes Alter lebenswert

„Lebensqualität fängt im Prinzip schon bei den Menschenrechten an: Lebensqualität bedeutet ganz grundlegend, dass man möglichst lange an einem Ort seiner Wahl selbstbestimmt leben kann.“

Klaus Karweik (Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen, Koordinator des Dorfladennetzwerks)

Nach der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Lebensqualität „die subjektive Wahrnehmung der eigenen Stellung im Leben in Bezug auf die Kultur und Wertsysteme, in denen man lebt“ (WHO 1996, S. 5, eigene Übersetzung). Die WHO benennt dabei die folgenden vier Dimensionen der Lebensqualität (1996, S. 7, eigene Übersetzung):

- *Physische Gesundheit*: Aktivitäten im Alltag, Abhängigkeit von Medikamenten und medizinischer Versorgung, Energie und Müdigkeit, Mobilität, Schmerzen und Unwohlsein, Schlaf und Ruhe, Arbeitsvermögen.
- *Psychologische Gesundheit*: Körpergefühl und Erscheinung, Negative/ Positive Gefühle, Selbstwertgefühl, Spiritualität/ Religion/ Glaube/ Denken/ Lernen/ Gedächtnis/ Konzentration.
- *Soziales Umfeld*: Persönliche Kontakte, soziale Unterstützung, sexuelle Aktivität.
- *Umwelt*: Finanzielle Situation, Freiheit/ Physische Sicherheit, Gesundheitsversorgung und soziale Dienste (Zugang und Qualität), Wohnumfeld, Zugang zu Informationen und Bildung, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten, physische Umwelt (Verschmutzung, Lärm, Verkehr, Klima).

Während die ersten drei Dimensionen vor allem subjektiv wahrgenommen werden und von den eigenen Lebensumständen und -erfahrungen abhängig sind, beziehen sich die Umweltfaktoren auf externe Rahmenbedingungen, auf die das Individuum nur begrenzt Einfluss hat. Diese Rahmenbedingungen vor Ort stehen auch im Zentrum verschiedener Studien zur Wohnqualität von Städten und Regionen. Die bekannteste internationale Studie ist in diesem Zusammenhang die Quality of Living-Studie des Beratungsunternehmens Mercer (Mercer 2010), das jährlich ein Ranking aller Weltstädte in Bezug auf die Wohnqualität erstellt. In dieser Studie werden über Umfragen die Lebensbedingungen vor Ort anhand von 10 Kategorien bewertet (Konsumwaren, ökonomische Rahmenbedingungen, Wohnen, Gesundheitsversorgung, natürliche, politische und soziale/ sozio-kulturelle Umwelt, öffentliche Infrastrukturen und Verkehr, Erholung, sowie Schule und Bildung). Mercer betont dabei explizit den Unterschied zwischen dem Begriff der Wohnqualität (quality of living) und dem der weitaus umfassenderen Lebensqualität (quality of life). Beides wird maßgeblich in den Kommunen vor Ort gestaltet.

Das Raumordnungsgesetz des Bundes verlangt dabei im ersten Grundsatz: „Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben“ (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG). Da immer offensichtlicher wird, dass regionale Disparitäten in Form von unterschiedlichen Arbeitsplatzangeboten, der Umweltqualität oder kulturellen und sozialen Ange-

boten bestehen bleiben oder sich gar noch weiter vertiefen werden, wird dabei auch das Prinzip der im Grundgesetz verankerten „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (Art. 72 GG) in Frage gestellt. Während in Deutschland ausreichende Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen flächendeckend vorhanden sind, bestehen hinsichtlich der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen große Unterschiede, die sich in der wahrgenommenen Lebensqualität niederschlagen. Der demografische Wandel, aber auch die veränderten Familienstrukturen führen zudem dazu, dass vor allem soziale Faktoren, die einen wichtigen Einfluss auf das eigene Wohlbefinden haben, wie z.B. Treffpunkte im Quartier, die Betreuung von Älteren oder Möglichkeiten der Kinderbetreuung immer weniger im familiären Umfeld und immer mehr über öffentliche und freie Träger erbracht werden. Um diese Aufgabe zu meistern, müssen Kommunen mit anderen Gemeinden, aber auch mit Verbänden, gemeinnützigen Organisationen, der Wohnungswirtschaft und lokalen Unternehmen kooperieren sowie das Potenzial ehrenamtlich Engagierter mit einbeziehen. Um die Bewohnerwünsche auch berücksichtigen zu können, ist eine aktive Beteiligung an der Mitgestaltung der Wohnumgebung von Bewohnern und anderen Akteuren von großer Bedeutung. Ihre Wünsche und Vorstellungen darüber, wie die Qualität des Wohnumfeldes erhalten bzw. verbessert werden könnte, sollten im Rahmen der Stadtentwicklung sowie der Entwicklung von Quartieren und Nachbarschaften berücksichtigt werden.

Mit dem Fokus auf die individuelle Perspektive wird in der vorliegenden Studie die Lebensqualität (quality of life) ins Blickfeld gerückt, für die jedoch die Wohnqualität eine zentrale Bedeutung hat. Kommunen können dabei in Form von attraktiven Stadt(teil)zentren sowie Versorgungs- und Freizeitangeboten für eine gute Wohnqualität sorgen. Ob die Bewohnerinnen und Bewohner sich aber auch tatsächlich wohlfühlen und die Lebensqualität als hoch einschätzen, ist letztlich von den einzelnen Lebensumständen und damit auch vom Alter abhängig. So ist es für Kinder beispielsweise wichtig, anregende Freiräume zum Spielen zu haben, für Berufstätige sind Angebote der täglichen Versorgung von Interesse und für Senioren sind eine ausreichende Gesundheitsversorgung sowie Betreuungsangebote relevant. Für jedes Lebensalter gilt zudem, dass eine grüne und angenehme Wohnumgebung, verschiedene Freizeit- und kulturelle Angebote sowie eine gute Verkehrsanbindung die Lebensqualität steigern.

Lebensqualität bedeutet in vielen Kommunen, „urbane Dörfer“ zu schaffen, die Identität stiften und die Bewohner zusammenbringen. Während allerdings in ländlichen Gebieten dabei im Vordergrund steht, über Versorgungs-, Freizeit- und kulturelle Angebote etc. sprichwörtlich Leben ins Dorf zu bringen, gilt es in städtischen Räumen vielmehr, „Dorfqualitäten“ wie kurze Wege und ein solidarisches Miteinander zu schaffen. Die Kommunen gehen dabei unterschiedliche Wege: Sie schaffen lebendige Dorf- oder Stadtzentren, entwickeln mobile Dienstleistungen und flexible Versorgungsangebote und fördern die Verdichtung im Zentrum über ein aktives Flächenmanagement.

4.1 Ansätze und Projekte zum Erhalt der Lebensqualität

Der Erhalt der Lebensqualität ist unabhängig vom Lebensalter maßgeblich für die Attraktivität einer Gemeinde und daher von den Metropolen bis zu den Dörfern von großer Bedeutung. Für die Bewohner bedeutet Lebensqualität dabei, dass sie sich an ihrem Wohnort wohlfühlen

und hier alles finden, was sie brauchen. Ein attraktives Stadt(teil)zentrum, ausreichende Versorgungs- und Freizeitangebote und Grün- bzw. Freiflächen sind dabei für Menschen jedes Alters gleichermaßen wichtig. Darüber hinaus gibt es Angebote, die speziell für Kinder und Jugendliche (Spielplätze, Sportanlagen etc.), für Berufstätige (Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten etc.) oder für Senioren (Betreuungsangebote, medizinische Versorgung etc.) für das eigene Wohlbefinden ausschlaggebend sind.

Ein wichtiges Handlungsfeld ist hierbei die Aufwertung von Wohnquartieren, bei denen bestenfalls wie z.B. in den Quartieren „Schleusenpark“ in Elmshorn sowie „An der Alten Wache“ in Glinde darauf Wert gelegt wird, Wohnraum für alle Altersklassen zu erhalten und Versorgungseinheiten wie Seniorentreffs, Einkaufsmöglichkeiten etc. vor Ort zu schaffen. Weitere Projekte verbinden die Verbesserung der Versorgungssituation mit der Förderung der lokalen Wirtschaftsstrukturen. So werden z.B. beim Projekt „Fische vom Kutter“ über eine Internetplattform die Ankunftszeiten der Fischer im Hafen mitgeteilt. So erhalten Kunden die Möglichkeit, den Fisch fangfrisch direkt beim Fischer zu kaufen. Ein weiteres Beispiel für die wirtschaftliche Stärkung ländlicher Räume sind die deutschlandweit angebotenen „Servicebörsen“, in denen vorwiegend Frauen Dienstleistungen wie Kochen, Putzen und Nähen anbieten. Sie werden dabei über die Servicebörse beraten und auf dem Weg in die Selbstständigkeit begleitet. Die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Servicebörse wird über die Abgabe eines bestimmten Anteils des Dienstleistungshonorars finanziert. Ziel der Initiative ist es, Frauen vorrangig den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen und dabei familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu fördern. Gleichzeitig wird jedoch auch das Dienstleistungsangebot vor Ort erweitert.

Neben diesen generellen Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität vor Ort, tragen vor allem lokale Treffpunkte, aber auch mobile Angebote bzw. Mobilitätsdienste sowie spezifische Angebote für Jung und Alt zur Lebensqualität bei.

Eine soziale Mitte für alle Bewohner schaffen

Lebensqualität bedeutet für viele Menschen, dass die wichtigsten Dinge des täglichen Bedarfs, wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Cafés oder Restaurants fußläufig erreichbar sind. Sowohl Städter als auch Landbewohner leben gern in „urbanen Dörfern“, in denen man sich kennt und alles, was man im Alltag braucht, zu Fuß erreichen kann. In Städten denkt man bei „urbanen Dörfern“ allerdings eher an ein lebendiges Kiezleben, bei denen das nachbarschaftliche Zusammenleben über Nachbarschaftszentren, lokale Treffpunkte wie öffentliche Plätze und Parks, Einkaufsstrassen und vieles mehr gestärkt wird. In kleineren Gemeinden hingegen geht es vielmehr darum, Zentren „mit urbanem Charakter“ zu schaffen, denn hier kennen sich zwar die Bewohner in der Regel, aber es fehlt zunehmend an Treffpunkten im Ort und Einkäufe werden fast nur noch mit dem Auto erledigt.

Vor allem kleinere Kommunen sind damit konfrontiert, dass der Einzelhandel wegzieht, Postfilialen schließen und sich gastronomische oder kulturelle Angebote in regionalen Zentren oder in Shoppingkomplexen „auf der grünen Wiese“ konzentrieren. Die Folge ist, dass kleineren Gemeinden die gewachsene Mitte verloren geht, in der man zumindest die wichtigsten Besorgungen erledigen kann. Darunter leidet nicht nur das öffentliche Leben in kleineren

Gemeinden, sondern immobile, d.h. vor allem ganz junge und ganz alte Bewohner sind abhängig von anderen, die ein Auto besitzen – insbesondere wenn der öffentliche Nahverkehr noch stärker als bisher ausgedünnt wird.

In den letzten 45 Jahren ist die Zahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte von 150.000 auf etwa 30.000 (in 2007) auf ein Fünftel zurückgegangen, während die Zahl der Discounter weiterhin steigt (www.dorfladen-netzwerk.de, vgl. Kuhlicke/ Petschow/ Zorn 2005). Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurden verschiedene Initiativen gegründet, um vor allem in kleinen Gemeinden (wieder) eine „soziale Mitte“ zu schaffen.

Das DORV-Konzept, das Dorfladen-Netzwerk und MarktTreffs

Die **DORV-Initiative** wurde von Heinz Frey 2004 ins Leben gerufen, um für das Dorf Barmen mit 1400 Einwohnern wieder eine Nahversorgung mit Laden, Post-, Bank, Arzt- und Apothekenservices sicherzustellen (DORV steht für **D**ienstleistung und **O**rtsnahe **R**undum **V**ersorgung). Mittlerweile gibt es vier weitere DORV-Zentren in Nordrhein-Westfalen und in Brandenburg, darunter auch eines in einem Aachener Stadtteil, und weitere zehn Zentren werden derzeit geplant. Das mit verschiedenen Preisen ausgezeichnete DORV-Konzept basiert auf fünf Säulen:

- Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs: Im DORV-Zentrum können alle wichtigen Dinge des Alltags gekauft werden;
- Öffentliche und private Dienstleistungen: Sparkassen, Reisebüros, die AOK und andere bieten ihre Dienste im DORV-Zentrum an;
- Soziale Leistungen und medizinische Versorgung: Angeboten zur Altenpflege, Sozialberatung, Hol- und Bringdienste, Vermittlung von Tagesmüttern usw. werden bereitgestellt;
- Kommunikation: Das DORV-Zentrum soll ein Treffpunkt für alle Bewohner sein;
- Kultur: Das Zentrum ist Veranstaltungsort und vermittelt gemeinsame Aktivitäten.

Grundlegend wichtig ist, dass die Dorf- oder Stadtteilbewohner das Zentrum mittragen. Daher haben die Initiatoren ein Konzept entwickelt, um DORV-Zentren zusammen mit den Stakeholdern vor Ort zu planen und umzusetzen. Dieses Vorgehen beruht auf sechs Schritten: Basisanalyse des Ortes, Gründung einer Lenkungsgruppe, Machbarkeitsanalyse, Planung des Ladens, Eröffnung des Ladens und Qualitätssicherung. Einen anderen Ansatz zur Sicherung der Nahversorgung in Dörfern verfolgt das niedersächsische **Dorfladen-Netzwerk**. Schon 1998 ist der Dorfladen Otersen bei Verden entstanden und dem folgte 2001 der „Lintler Laden“ im etwa 10 km entfernten Bendingbostel. Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt in Otersen sind in dem Handbuch „Dorfladen von Bürgern für Bürger – Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum“ veröffentlicht worden, das über www.dorfladen-netzwerk.de bezogen werden kann und Erfahrungsberichte und Tipps zur Entwicklung von Dorfladen-Konzepten, Rechtsformen, Kooperationen, Buchführung etc. enthält. Auf der Webseite des Netzwerks werden alle Informationen zu Dorfladen-Initiativen im gesamten Bundesgebiet gesammelt und veröffentlicht. Viele Dorfläden kooperieren mit Großhändlern, die z.B. in Süddeutschland verschiedene Vertriebskonzepte für kleinere Nahversorgungsgeschäfte „Um’s Eck“ (70 – 350 m²), für Nachbarschaftsmärkte „Nah & Frisch“ (300 -600 m²) und für kleine

Convenience-Shops „Shop'n go“ (bis 20 m², z.B. an Bahnhöfen und Tankstellen) entwickelt haben.

Eine weitere Initiative des MLUR - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein - fördert die Gründung von „**MarktTreffs**“, die ebenso eine Mischung aus Lebensmittel-Einzelhandel als Kerngeschäft, Dienstleistungen und sozialem Treffpunkt darstellen. Es gibt mittlerweile 25 Markttreffs in Schleswig-Holstein und weitere neun sind geplant (Stand Januar 2010). Die Landesinitiative bündelt alle Informationen rund um die MarktTreffs und stellt sie über die Internetseite bereit. Hier ist auch ein Handbuch kostenlos erhältlich sowie Arbeitshilfen (z.B. Vereinssatzungen, Musterverträge, Ratgeber zur Shop-Gestaltung etc.).

Kontaktdaten

DORV - Zentrum GmbH	Dorfladen Netzwerk GbR	MLUR Schleswig Holstein
Heinz Frey, Jürgen Spelthann	Steinfeld 21	Christina Pfeiffer
Kirchstrasse 29	27308 Kirchlinteln-Otersen	Mercatorstr. 5
52428 Jülich		24106 Kiel
www.dorv.de	www.dorfladen-netzwerk.de	www.markttreff-sh.de

Auch die Servicestation mit Regionalwarenladen in Plessa (Brandenburg) bietet verschiedene Dienstleistungen aus dem Bereich Tourismus sowie gebündelt soziale Dienste aus der Umgebung an. Zudem werden in Plessa verschiedene Mobilitätsdienstleistungen wie Fahrkartenverkauf, die Organisation von Fahrradmitnahme im ÖPNV etc. vor Ort vertrieben.

Neben Dorfladeninitiativen können auch kulturelle Angebote dazu beitragen, einen sozialen Treffpunkt vor Ort zu schaffen. So gibt es beispielsweise in der Region Wildeshäuser Geest (Gemeinde Hude in Niedersachsen) einen „Treffpunkt der Sinne“. Dieser ist als „Mehrgenerationenspielplatz“ gedacht, der die Sinneswahrnehmung anderer Altersgruppen erfahrbar machen soll, um so das gegenseitige Verständnis füreinander zu fördern. Es gibt Spielaktionen, die gemeinsam stattfinden können sowie auf verschiedene Altersgruppen angepasste Spielgeräte. Das Alte Müllerhaus im niedersächsischen Linteln ist ebenfalls ein Treffpunkt für die Dorfgemeinschaften in der Region und bietet neben der Möglichkeit des zwanglosen Austausches auch ein kulturelles Angebot. Das Alte Müllerhaus wird vom Kulturkreis Lintelner Geest e.V. betrieben und besteht bereits seit 20 Jahren. Der Treffpunkt trägt zu einer gemeinsamen Dorfentwicklung bei und fördert bürgerschaftliche Engagement vor Ort. Vor allem in ländlichen Regionen können einzelne Initiativen zum Treffpunkt für die umliegenden Gemeinden werden. So wurde z.B. der Kulturerlebnishof Viehbrook (www.hof-viehbrook.de) in Schleswig-Holstein zu einem kulturellen Zentrum umgebaut, das Aktionen für Kinder sowie zahlreiche kulturelle und Bildungsveranstaltungen anbietet.

Alternativen zum Auto anbieten

Gerade die ganz Jungen und die ganz Alten sind besonders auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen. Da jedoch vielerorts und insbesondere in ländlichen Räumen das öffentliche Verkehrsangebot zunehmend eingeschränkt wird, werden die Bewohner selbst aktiv und organisieren in Eigeninitiative Fahrdienste und Bürgerbusse.

Bürgerbusse

Bürgerbusvereine wurden in den 1980ern zunächst in Nordrhein-Westfalen erprobt und haben sich seit den 1990ern in ganz Deutschland verbreitet. Sie sind ehrenamtlich organisiert und nutzen in den meisten Fällen Kleinbusse mit bis zu acht Fahrgastsitzen. Bürgerbusse verkehren oft in dünn besiedelten Regionen, in denen der Betrieb für Verkehrsunternehmen nicht rentabel ist. Der Betrieb reicht von Anrufbuslinien bis hin zum täglichen Taktbetrieb und es gibt oft zielgruppenspezifische Angebote, z.B. Event-Routen für Kultur-Interessierte, Nachtfahrten für Jugendliche oder Fahrten für Senioren. Die Initiative „Pro Bürgerbus NRW“ stellt im Leitfaden „Bürger fahren für Bürger“ anschaulich dar, wie ein Bürgerbus-Angebot initiiert und der laufende Betrieb organisiert werden kann.

Kontakt Daten

<http://www.buergerbusse-in-deutschland.de>, www.pro-buergerbus-nrw.de

Neben zielgruppengerechten Fahrdiensten wie Bürgerbussen können auch mobile und flexible Angebote vor Ort ein Mehr an Lebensqualität schaffen. Viele mobile Dienste, die Waren oder Dienstleistungen zum Kunden bringen, gab es früher schon und sind heute wieder belebt worden, wie beispielsweise der Bücherbus, sowie „fliegende“ Bäcker oder Gemüsehändler. In einigen ländlichen Gemeinden gibt es auch Sprechstunden mit wechselnden Fachärzten, die zu bestimmten Tagen in den Ort kommen. Die Koordination und Planung der mobilen Dienste wird dabei oft von den stationären Servicestationen übernommen.

Freizeitangebote für junge Bewohner schaffen

Dörfer und Kleinstädte besitzen vor allem für die ganz jungen und älteren Bewohner den besonderen Reiz, überschaubar und von grüner Landschaft umgeben zu sein. Diesen „Heimvorteil“ sollte man daher ausnutzen, indem die Nachteile des Lebens auf dem Land wie die Abhängigkeit vom Auto oder der Mangel an Dienstleistungs- und Versorgungsangeboten über innovative Ideen ausgeglichen werden. Gerade in Dörfern und Kleinstädten kann sich also ein ausgeprägtes Heimatgefühl entwickeln, das Bewohner bindet oder teilweise auch noch nach Jahren zurückkommen lässt – allerdings nur, wenn auch eine ausreichende Lebensqualität vor Ort vorhanden ist.

Junge Bewohner brauchen beispielsweise gemeinschaftliche, bezahlbare oder sogar kostenlose Freizeitangebote. Diese werden meist von Sportvereinen, gemeinnützigen, kirchlichen und karitativen Institutionen, aber auch von der Kommune bereitgestellt. Wenn es vor Ort nur wenige Kinder oder Jugendliche gibt, können auch mobile Angebote eine Lösung sein. So wurde z.B. in der schleswig-holsteinischen Region Eider-Treene-Sorge die Jugendarbeit „mobil gemacht“.

Vernetzte Jugendarbeit Eider-Treene-Sorge

Die Regionen Eider-Treene-Sorge und Südliches Nordfriesland in Schleswig-Holstein haben zusammen über das Projekt „Vernetzung der Jugendarbeit im ländlichen Raum“ Freizeitaktivitäten für Jugendliche gemeindeübergreifend organisiert. Hierbei wurden die Akteure in der Jugendarbeit über Seminare und Veranstaltungen miteinander vernetzt sowie weiterqualifiziert, um ein qualitativ hochwertiges Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche zu gestalten. Die Seminare behandeln Themen wie Sexualpädagogik, Arbeit gegen Rechtsextremismus, Mobbing, Kochen am Feuer oder rechtliche Fragen für Jugendgruppenleiter. Zudem werden durch den Kreisjugendring Nordfriesland regelmäßige Treffen zwischen Jugendzentrumsleitern organisiert.

Zusätzlich wurden mobile Angebote für die Jugendlichen konzipiert, da es in den beiden Regionen weite Entfernungen zwischen den Orten und nur ein dünnes öffentliches Verkehrsnetz gibt. Der Kreisjugendring organisiert in diesem Kontext z.B. gemeinsame Fahrten ins Kino, zum Berufsbildungszentrum, zum Kreistag oder an die Nordsee. Darüber hinaus werden aber auch vor Ort attraktive Räume für die Jugendlichen mit deren Mitwirkung geschaffen, wie Sportanlagen oder „Jugendhütten“.

Kontaktdaten

Eider-Treene-Sorge GmbH
Eiderstraße 5, 24803 Erfde/Bargen
www.kjr-nf.de, www.eider-treene-sorge.de

Attraktive Angebote für Kinder und Jugendliche sind ein wesentlicher Standortfaktor für die Kommunen, da sie einen entscheidenden Grund für Familien darstellen, in ländlichen Regionen zu verbleiben oder sogar dort hinzuziehen. Dabei gibt es auch Initiativen, die sich gezielt an Familien wenden, die besondere Unterstützung brauchen. So wendet sich der Circus Ubuntu (Projekt „Jugend macht Zirkus“) besonders an „verhaltensoriginelle Kinder“. Die Kinder planen über dieses Projekt eine eigene Zirkusveranstaltung, die sie selbst auf einer mehrwöchigen Tournee aufführen. Das Projekt erweitert damit gleichzeitig das kulturelle Angebot in der Region.

Versorgung seniorengerecht gestalten

Die Zahl der über 65-Jährigen wird von heute 21 Prozent bis zum Jahr 2030 auf 29 Prozent und bis 2060 auf über ein Drittel steigen. Dabei wird sich der Anteil der über 80-Jährigen, die zu etwa 40 Prozent pflegebedürftig sind, von heute 2 Prozent auf 9 Prozent erhöhen (Destatis 2011, S. 11). Bei den 70- bis unter 75-Jährigen sind nur etwa 5 Prozent pflegebedürftig. Gleichzeitig wünscht sich jeder, so lange wie möglich, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung zu führen. Es besteht somit ein zunehmender Bedarf an neuen, flexiblen Betreuungskonzepten, die verschiedene Formen von der nachbarschaftlichen Selbsthilfe über familiäre Kurzzeitbetreuung bis hin zu Pflege-WGs und Senioreneinrichtungen miteinander kombinieren. In Niedersachsen wurden beispielsweise Seniorenservicebüros eingerichtet, die verschiedene Hilfs- und Beratungsangebote bereitstellen, damit Senioren ein selbstbestimmtes Leben führen können (weitere Informationen u.a. unter:

niedersachsen.de). Auch die Bundesinitiative „Daheim statt Heim e.V.“ (www.bi-daheim.de) stellt eine Übersicht über die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen im gesamten Bundesgebiet zum selbstbestimmten Leben im Alter bereit.

Da die Gesundheitsversorgung eine zentrale Aufgabe von Kommunen ist, stehen insbesondere kleinere Kommunen vor großen Herausforderungen, die sie oft allein kaum meistern können. In den letzten Jahren sind daher gerade im Gesundheits- und Präventionsbereich einige besonders innovative Projekte mit Hilfe interkommunaler Kooperationen ins Leben gerufen worden.

Gesundheitszentrum Ottersberg:

Ottersberg bei Bremen verfügt über ein breites Spektrum an verschiedenen Therapieformen wie Schulmedizin, Naturheilverfahren und geistiges Heilen. Die ehrenamtlich organisierte Interessengemeinschaft „Gesundheitszentrum Ottersberg“ hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Potenzial in einem Zentrum zu bündeln. Das Angebot soll die medizinische Versorgung durch Ärzte, Heilpraktiker und Therapeuten beinhalten, aber auch ein Beratungsangebot zur Gesunderhaltung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten für Therapeuten. Das Projekt ist noch nicht umgesetzt, wird aber mit Fördermittel aus dem LEADER-Programm unterstützt. Insgesamt boten zudem die Leitlinien zur Dorferneuerung sowie ein Stärken-Schwächen-Profil des Ortes Ottersberg den Rahmen für die Entwicklung der Projektidee. Heute orientiert sich das Projekt an dem regionalen Entwicklungskonzept der GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung, in dem das Projekt zum „Leuchtturmprojekt“ ernannt wurde.

Das Projekt wird vom Bürgermeister unterstützt, der auch eine Patenschaft für das Gesundheitszentrum übernommen hat. Zudem hat sich der Gemeinderat für eine Kofinanzierung ausgesprochen und ein gemeindeeigenes Grundstück zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, dass sich Unternehmen und Privatpersonen zum einen unternehmerisch und finanziell am Projekt beteiligen und zum anderen den Erhalt sowie den Ausbau der Projektidee fördern. Das Projekt baut demnach auf einer „gesunden Finanzierung“ auf und ist nicht von Fördermitteln abhängig.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor war die Zusammenarbeit mit der Förderbehörde (LAG), die viel Unterstützung und Know-How besonders in Bezug auf die Förderrichtlinien (Informationen und Beratung) beisteuerte. Zudem konnte die Initiative von Erfahrungen im Bereich der Dorferneuerung profitieren, die auf Workshops von Landesbehörden vermittelt wurden. Eine Beratung des Unternehmens neuland+ (www.neulandplus.de) zur Rechtsform der Initiative war ebenfalls sehr hilfreich.

Kontakt Daten

Interessengemeinschaft Gesundheitszentrum, Karin Inama
Grosse Strasse 71, 28870 Ottersberg
www.gesundregion.de

Insgesamt wird die Bedeutung einer seniorenrechtlichen Versorgung in Zukunft noch weiter steigen und wie auch Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ein wesentlicher Standort-

faktor von ländlichen wie städtischen Gemeinden sein, durch den sie sich von anderen weniger aktiven Kommunen abgrenzen können.

4.2 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Projekten zum Erhalt der Lebensqualität

In Bezug auf die Erfolgsfaktoren von Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität steht die **Bedeutung von Schlüsselakteuren** im Vordergrund. Ein erfolgreiches Projekt braucht einen (oder mehrere) „Treiber“, die eine Idee entwickeln und diese auch federführend umsetzen. Am erfolgreichsten sind dabei Initiativen, die von den Menschen vor Ort ausgehen, da diese über ein gutes Akteursnetzwerk verfügen, detaillierte Kenntnisse der Region haben und wissen, was gebraucht wird. Darüber hinaus braucht man Akteure, die die verschiedenen Projekte vor Ort miteinander vernetzen, den Wissensaustausch zwischen den Initiativen koordinieren und so das Gelingen der Projekte fördern. Eine solche Rolle wird z.B. von Regionalmanagern ausgeübt. Durch eine **Vernetzung der Projekte** (beispielsweise ein regelmäßiges Treffen auf Landesebene, wie es bei den MarktTreffs der Fall ist), können Wissen und Erfahrungen ausgetauscht werden, die Projekte können sich gegenseitig coachen und bei auftretenden Problemen helfen.

Ein weiterer zentraler Erfolgsfaktor ist außerdem die **Einbeziehung wichtiger strategischer Partner**. Oft muss für die Realisierung eines Projektes eine Vielzahl von Akteuren aus der Kommune, der Wirtschaft und der Bürgerschaft zusammengeführt werden. Bei Bürgerbus-Initiativen bedarf es beispielsweise einer Kooperation zwischen den Privatakteuren, den Verkehrsbetrieben und der Kommune.

Die Projekte und Initiativen stehen und fallen mit der **Finanzierung**. Oft werden Fördermittel des Landes, des Bundes oder der EU eingesetzt. Viele der oben genannten Projekte in Schleswig-Holstein werden beispielsweise im Rahmen der „AktivRegion Schleswig-Holstein“¹⁰ durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) mit Mitteln aus dem LEADER Förderprogramm der Europäischen Union unterstützt. Eine solche Unterstützung in Form von Fördermitteln ist vor allem dort notwendig wo der Markt versagt, z.B. wenn Verkehrsbetriebe Buslinien stilllegen, weil sich der Betrieb für sie nicht mehr rentiert. Bei einigen Projekten dienen die Fördermittel als Anschubfinanzierung. Mit ihrer Hilfe wird z.B. der Start eines „MarktTreffs“ sowie die erste Zeit bis zur Etablierung der Einrichtung finanziert. Nach dieser Anlaufzeit muss sich das Projekt wirtschaftlich selbst tragen. Aber auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten sollten gesucht und genutzt werden. Hier ist insbesondere an die Einbeziehung privater Investoren zu denken.

Gleichwohl sollte auch die **Bedeutung von Bottom-up-Ansätzen** im Handlungsfeld „Lebensqualität“ nicht unterschätzt werden. Die Verantwortung für die Gestaltung der Lebensqualität sollte vor allem den Regionen selbst übertragen werden, denn „dort ist der Blick dafür da, was gebraucht wird“¹¹. Dazu müssen Politiker auch bereit sein, Verantwortung an enga-

¹⁰ Siehe: www.aktivregion-sh.de

¹¹ Zitate aus den Diskussionen sind in Anführungsstrichen gesetzt, aber zur Wahrung der Anonymität nicht namentlich benannt, sofern wir keine explizite Freigabe durch die Urheber erhalten haben.

gierte Bürger abzugeben. Es geht vor allem darum, die Menschen vor Ort dazu zu befähigen, Projektideen zu entwickeln und umzusetzen. Hier bedarf es auch eines **Capacity Buildings**. Wichtige Weiterbildungsbereiche für die Mitarbeiter der Projekte sind beispielsweise Kommunikationstraining, Kenntnisse für die Beantragung von Fördermitteln oder die Vermittlung von Fachkenntnissen. Da ebenso wie in den anderen Handlungsfeldern im Bereich Lebensqualität die Projekte überwiegend von ehrenamtlich tätigen Bürgern oder Vereinen realisiert werden, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor die Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, beispielsweise indem sie durch hauptamtliche Personen unterstützt und begleitet werden. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die Schaffung eines Bewusstseins dafür, dass letztendlich die verschiedenen Akteure vor Ort – Gemeinde, Bürgerschaft, NGOs und wirtschaftliche Akteure – an einem Strang ziehen, da es darum geht, **die Region gemeinsam zu entwickeln**. Bisher gibt es hingegen oft eine „Frontenbildung“ zwischen den Akteuren.

Die Teilnehmer der Expertendiskussionen betonen weiterhin, dass ein Bewusstsein auf Seiten der Behörden für alternative und innovative Lösungsansätze geschaffen werden muss. Wo klassische Versorgungskonzepte und Angebote nicht mehr funktionieren (z.B. im Bereich Einzelhandel oder Versorgung) braucht man **Querdenker**, die über eine kreative Ideenfindung Probleme lösen. Dabei sollten gerade auch solche Kommunen, die sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, alternative Versorgungskonzepte unterstützen. „Denn hier können die Kommunen mit relativ geringen finanziellen Mitteln große Effekte erzielen.“ Generell geht es darum, **„die Stärken zu stärken“**. Das heißt, es sollte auf die vorhandenen Potenziale einer Region gesetzt und die Stärken entsprechen ausgebaut werden.

Dem gegenüber wurden jedoch auch einige Hemmnisse genannt, wie z.B. bestimmte **rechtliche Rahmenbedingungen**. So können Vorschriften zur Personenbeförderung die Umsetzung von Bürgerbus-Konzepten erschweren. Ein weiteres Hemmnis stellt die mitunter **lange Zeitspanne von der Problemwahrnehmung bis zur Konzeptentwicklung** und schließlich zur Realisierung der Projekte dar, die früher bei der Entwicklung von regionalen und kommunalen Projekten üblich war (und es teilweise noch ist). Solche langwierigen Prozesse, die einer Problemlösung vorausgehen, kann man sich heute angesichts des hohen Problemdrucks und der steigenden Dynamiken von Veränderungen nicht mehr leisten. Es müssen schnell Lösungen für die anstehenden Probleme gefunden werden, so dass manchmal die Zeit fehlt, Konzepte gründlich im Voraus zu planen.

Die **Finanzierung über öffentliche Fördermittel** kann ebenfalls Probleme mit sich bringen, da geförderte Projekte gemäß den Förderbedingungen konzipiert werden müssen und nicht entlang strategischer kommunaler Ziele, die vor Ort gegebenenfalls relevanter sind. Um Fördergelder zu erhalten, werden die Projekte daher oft an die Förderbedingungen angepasst und unter Umständen andere sinnvollere Ansätze „ausgebremst“.

4.3 Hinweise und Empfehlungen zum Erhalt der Lebensqualität

Gerade für den Erhalt der Lebensqualität müssen von den Kommunen oft Investitionen getätigt werden, um z.B. bauliche Aufwertungsprojekte, Bildungs- und kulturelle Maßnahmen oder soziale Initiativen zu fördern. Da Kommunen in diesen Themenfeldern häufig bereits mit aktuellen Problemen überlastet sind, besteht oft keine Zeit, sich mit Zukunftsstrategien ausei-

inanderzusetzen. Eine langfristige strategische Entwicklung ist aber von großer Bedeutung, um nicht von zukünftigen Herausforderungen überrascht zu werden. Des Weiteren gibt es viele Kommunen, die noch nicht vollständig erkannt haben, was im Zuge des demografischen Wandels auf sie zukommt und die beispielsweise weiterhin Neubaugebiete ausweisen, obwohl ein Bevölkerungsrückgang bereits absehbar ist. Mit Blick auf das Leitbild der Generationengerechtigkeit sollte in den Kommunen ein grundsätzliches Umdenken stattfinden: Kommunen sollten demnach nicht mehr nur auf Wachstum setzen, sondern vor allem proaktiv auf den demografischen Wandel reagieren und ein „inneres Wachstum“ anstreben.

Lebensqualität durch eine generationenübergreifende Gemeinschaft

Wir befinden uns heute in einer kritischen Phase, in der nach einer „Periode des Individualismus“ der soziale Zusammenhalt wieder gestärkt werden sollte. Gemeinschaftliche Nachbarschaften sind von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität, denn soziale Ungleichheit und Anonymität kann auch an baulich attraktiven Orten für eine unangenehme Atmosphäre sorgen. Dabei sollte man beachten, eine „intelligente Mischung“ an Angeboten für Jung und Alt bereit zu stellen. Beispielsweise sollte neben einem Seniorenbeirat in der Kommune auch ein Jugendbeirat eingerichtet werden. Bei der Gestaltung von altersgruppenspezifischen Angeboten sollten die Zielgruppen beteiligt werden, denn „Lebensqualität steigt, wenn ich wahrgenommen werde.“

Wichtig ist, bei Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zielgruppenspezifisch vorzugehen. Kommunikationsstrategien können sich sowohl gezielt an Jüngere oder Ältere richten oder auch explizit an beide. So haben beispielsweise einige Gemeinden erfolgreich Kampagnen initiiert, mit denen jüngere Zielgruppen für den Kauf von Altbauten gewonnen werden (Beispielsweise bei der Kampagne „Jung kauft Alt“). Zentrales Element bei der Kommunikation war dabei die Nutzung von Facebook. Bei der Entwicklung von Kommunikationsstrategien für Ältere ist zu beachten, dass die Altersklasse der über-65-Jährigen nicht homogen ist. So sind zumindest die aktiven, selbständigen „jungen Alten“ ab 65 von den hochbetagten und oft pflegebedürftigen über 80 Jahren zu unterscheiden.

Lebensqualität ist ein „Plus“ zur Grundversorgung, das altersgruppenspezifisch (z.B. durch Freizeitangebote für Senioren, Eltern, Kinder, Jugendliche etc.) bedient werden sollte. Darüber hinaus bedeutet Lebensqualität aber gleichzeitig auch soziale Mischung in öffentlichen Räumen. Hierfür sind Treffpunkte für die Begegnung aller Generationen eine zentrale Voraussetzung. Bei der Konzipierung solcher Treffpunkte ist zu beachten, dass Kommunikationsräume für Jung und Alt fußläufig erreichbar, in den Alltag integriert und niedrighschwellig zugänglich sein sollten, wie z.B. eine Café-Ecke im Supermarkt oder Dorfläden. So können sie auch von weniger mobilen Menschen genutzt werden und die Funktion einer „sozialen Mitte“ auch tatsächlich ausfüllen.

Treffpunkte brauchen sowohl in Städten wie auch auf dem Land „Kümmerer“, d.h. Personen, die für Organisation und Betrieb verantwortlich sind und als Ansprechpartner fungieren. Diese können je nach Ort und Aufgabe unterschiedlich institutionell verankert sein (hauptamtlich Angestellte oder ehrenamtliche Privatpersonen, an die Verwaltung angebunden wie z.B. Quartiersmanager, Hausmeister in städtischen Siedlungen etc.). Der Vorteil bei hauptamtli-

chen und bezahlten „Kümmerern“ besteht darin, dass sie langfristig ein Projekt begleiten können, andererseits „braucht man auch nicht für alles einen Profi“. Vorteilhaft kann es sein, wenn der „Kümmerer“ von der Kommune legitimiert ist, da so die Erkennbarkeit nach außen hin steigt. Damit Treffpunkte als solche funktionieren können, müssen sie darüber hinaus von der lokalen Bewohnerschaft mitgetragen und genutzt werden.

Lebensqualität durch attraktive und lebendige Räume

Auf baulicher Seite sollte eine stärkere Konzentration auf das Thema Innenentwicklung stattfinden, um lokale „Identitätsanker“ zu schaffen. Bei der Neugestaltung von Dorf- oder Stadtzentren sollte die Frage gestellt werden, wie die lokale Identität gestärkt werden kann. Eine besondere Schwierigkeit bei der Innenentwicklung stellt allerdings die Grundhaltung vieler Kommunen dar, da die Freiheit, Bau- und Gewerbegebiete ausweisen zu können, eine der größten Errungenschaften der Kommunen darstellt, für die sie lange gekämpft haben. Daher fällt es vielen Kommunen schwer, sich von der Strategie der Außenentwicklung abzuwenden. Rein bauliche Maßnahmen wie die Aufwertung von zentralen Plätzen oder die Sanierung von Innenstädten schaffen allerdings noch keine Lebensqualität. Es geht vor allem darum, diese Räume mit Leben zu füllen. Daher braucht man ebenfalls sinnvolle und machbare Konzepte, um Einzelhandel, soziale Institutionen oder kulturelle Einrichtungen vor Ort zu halten bzw. dort (wieder) anzusiedeln.

Bei der Aufwertung von Stadtteilen oder Innenstädten ist vor allem die Frage der Finanzierung maßgeblich. Für Orte, die nur wenige räumliche Qualitäten besitzen, ist die Städtebauförderung dabei ein wirksames und sinnvolles Instrument, das auch zukünftig wieder gestärkt werden sollte. Programme des Bundes und des Landes (wie „Soziale Stadt“ oder „Stadtumbau“) können und sollten jedoch nicht die alleinige Verantwortung tragen. Gerade an der Aufwertung von Räumen hat die Wirtschaft ein besonderes Interesse, da sie von attraktiven Standorten profitiert. Lokale Unternehmen sollten daher auch einen finanziellen Beitrag zur baulichen und sozialen Aufwertung von Stadtteilen leisten. So können beispielsweise Anteile der Gewinne lokaler Unternehmen in eine Bürgerstiftung fließen, aus der wiederum Sanierungsmaßnahmen finanziert werden können. Auch im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility-Aktivitäten können sich Unternehmen im Bereich der sozialen Stadtentwicklung engagieren. Bürgermeister können hier von Wirtschaftsakteuren durchaus mehr fordern. Auch innovative Ideen und Kampagnen, wie die Kampagne „Jung kauft Alt“ (s.o.) können dazu beitragen, Innenstädte wieder zu beleben und aufzuwerten. Ein wichtiger weiterer Akteur für den Erhalt der Lebensqualität ist – vor allem auf dem Land – die Kirche. Die Kirche ist hier oft die einzige Institution, die Freizeitangebote schafft und Treffpunkte betreibt.

Lebensqualität durch flexible Versorgung

Lange Fahrten bedeuten Einbußen an Lebensqualität, daher ist das Vorhandensein einer Grundversorgung vor Ort eine wesentliche Bedingung für eine hohe Lebensqualität. Eine klassische Grundversorgung mit Mobilitätsangeboten, Dienstleistungen und Einzelhandel ist aber nicht mehr in allen Regionen Deutschlands wirtschaftlich tragbar. In vielen Kommunen gibt es bereits innovative Beispiele und alternative Konzepte, um diesem Mangel entgegen-

zuwirken. So wurden ergänzend zum ÖPNV-Angebot Bürgerbusse eingerichtet, die zu reservierten Sprechzeiten Ärzte-Routen oder bei Konzerten und anderen kulturellen Anlässen Veranstaltungsrouten fahren. An anderen Orten werden zudem Praxen je nach Wochentag von unterschiedlichen Ärzten besetzt, das ostdeutsche Konzept der Poliklinik wieder belebt oder es werden Bürgerbüros in Sparkassen oder Postfilialen eingerichtet.

Allerdings müssen auch solche flexiblen Infrastrukturen bedarfsgerecht sein und wirtschaftlich betrieben werden können. Wenn vor Ort kein Bedarf besteht, sollte man sie notfalls auch „sterben lassen“. Infrastrukturen hingegen, die für die Lebensqualität eine besonders hohe Bedeutung haben, wie z.B. die Breitbandvernetzung, sollten auch von kommunaler Seite aus gezielt gefördert und ggf. anteilig mitfinanziert werden.

Lebensqualität mit lokalen Akteuren erhalten

Die Menschen vor Ort sollten selbst bestimmen, was Lebensqualität für sie bedeutet – nur so kann sichergestellt werden, dass man nicht an den Bedürfnissen „vorbeiplant“. Kinder und Jugendliche oder auch ältere Generationen zu fragen, was sie brauchen und worauf sie verzichten können ist der effektivste Weg, um Angebote zu schaffen, die später auch tatsächlich genutzt werden.

Um nicht nur attraktive, sondern auch lebendige Räume zu schaffen, braucht man eine gute Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft. Vor allem auf dem Land spielen „traditionelle“ Institutionen wie die Kirche, die Feuerwehr, Vereine etc. eine wichtige Rolle für das Gemeinwesen. Banken und Bausparkassen können zudem helfen, wenn es darum geht, Wohneigentümer zu erreichen. Wenn Angebote zum Erhalt der Lebensqualität wirtschaftlich nicht tragfähig sind (z.B. Breitbandversorgung oder Einzelhandel im ländlichen Raum) lassen sich oft in Zusammenarbeit mit anderen Kommune oder den Bürgern vor Ort Lösungen finden.

Generell ist eine offene Einstellung der kommunalen Partner maßgeblich, damit neue Ideen auch tatsächlich umgesetzt werden können. So können Kommunen durchaus vorhandene Handlungsspielräume beispielsweise bei der Auslegung von Gesetzen und Verordnungen nutzen anstatt sich von rechtlichen Hürden abschrecken zu lassen. Auch planerische Instrumente können von den Kommunen gezielter eingesetzt werden. So haben Kommunen beispielsweise die Möglichkeit, Nahverkehrspläne mit einem Zeithorizont von fünf Jahren aufzustellen und dabei alternative Verkehrsangebote wie Rufbusse fest zu integrieren. Wenn Politikern in den Gemeindevertretungen oder in den Stadtparlamenten das Fachwissen im Hinblick auf die geplanten Projekte fehlt, ist ein gezieltes Capacity Building der kommunalen Akteure z.B. in Bezug auf Verkehrsfragen oder Dienstleistungsangebote erforderlich.

Auch mit einem effizienten Prozessmanagement können Kommunen Projekte zum Erhalt der Lebensqualität unterstützen. So können Ideen schnell und ohne langwierige bürokratische Prozesse umgesetzt, Aktivitäten und Projekte miteinander vernetzt und koordiniert werden, um Synergien zu nutzen, oder ein gutes Krisenmanagement angeboten werden, um den Projekten bei Schwierigkeiten zu helfen und nach Lösungswegen zu suchen. Auch bei der Lie-

genschaftspolitik sollten die Kommunen ihre Spielräume nutzen, um Projekte, die Grundstücke benötigen, bei der Standortsuche zu unterstützen.

Lebensqualität mit überregionalen Partnerschaften und Netzwerken erhalten

Neben der Schrumpfung der Bevölkerung müssen sich Kommunen in Deutschland damit auseinandersetzen, dass der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung überall, d.h. auch in wachsenden Kommunen, steigen wird. Für viele Gemeinden bedeutet der demografische Wandel nicht unbedingt einen Rückgang ihrer Einwohner, sondern vielmehr eine älter werdende Bevölkerung. Es gilt, diese Entwicklung auch als Potenzial zu begreifen. Kommunen sollten dabei stärker auf die Bedürfnisse von Älteren eingehen und gezielt Angebote schaffen, um die Lebensqualität am Wohnort zu erhöhen und ein selbständiges Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

Wenn bestimmte Versorgungsangebote von einer Kommune allein nicht mehr aufrechterhalten werden können, kann unter Umständen die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen sinnvoll sein. Die interkommunale Zusammenarbeit ist vor allem dort relevant, wo Gemeinschaftsprojekte (z.B. zur intelligenten Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen) die Attraktivität einer Region insgesamt erhöhen können. Auch die interkommunale Aufgabenteilung von Bürgerdiensten (z.B. ein Standesamt für zwei Kommunen) kann sinnvoll sein. Im Landkreis Havelland haben sich z.B. der Kreis, drei Städte, drei Ämter sowie die Havelland-Kliniken zusammengeschlossen, um Projekte und Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels zu unterstützen. Hierfür zahlen die beteiligten Akteure in einen gemeinsamen Fonds ein, aus dem die Projekte finanziert werden.

Eine Vernetzung im Sinne eines überregionalen Austauschs über die Bundes- bis zur internationalen Ebene ist vor allem dort interessant, wo es um neue und innovative Ideen für größere und komplexere Herausforderungen geht (Energiewende, schrumpfende Städte etc.). Hierbei können oft räumlich übergeordnete Strategien einen Anstoß geben. Die Landesregierung kann z.B. insgesamt durch ihre Präsenz und Zustimmung zu Projekten Entscheidungsprozesse durchaus positiv beeinflussen. Auch wenn ein Projekt lediglich ideell von der Landesebene gefördert wird, z.B. über Preisverleihungen oder Kampagnen, hat dies auf kommunaler Ebene eine große unterstützende Wirkung. Fördermittel des Landes, des Bundes oder der EU sollten hingegen eher als „Hilfe zur Selbsthilfe“ eingesetzt werden. Gerade Förderprogramme verlangen jedoch meist, „über den Tellerrand“ zu schauen und innovative Konzepte zu erproben. Weit in die Zukunft zu denken und kreativ zu sein, ist aber auch gerade dann nötig, wenn keine Fördermittel bereitstehen.

5 Erhalt der Ressourcen: Keine Lasten für folgende Generationen

„Es ist wichtig, dass der Erhalt der Ressourcen und insbesondere die Energiewende von Kommunen und ihren Bürgern vorangetrieben werden, weil die Ergebnisse internationaler Verhandlungen zu lange auf sich warten lassen.“

Nico Storz (fesa - Förderverein Energie – und Solaragentur Regio Freiburg e. V.)

Den zukünftigen Generationen keine Lasten aufzubürden und deren Lebensgrundlagen zu erhalten, ist ein zentraler Bestandteil des Leitbilds der Generationengerechtigkeit. Der Erhalt von Ressourcen für zukünftige Generationen bezieht sich dabei sowohl auf eine erneuerbare Energieerzeugung als auch auf ein zukunftsweisendes und schonendes Flächen- und Wassermanagement. Gleichzeitig sollen die nächsten Generationen für einen umweltschonenden Umgang mit Ressourcen sensibilisiert und die Bewohner vor Ort an der Wertschöpfung durch Naturressourcen beteiligt werden.

Bei der Umsetzung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende spielt für die Kommunen die dezentrale Energieerzeugung eine maßgebliche Rolle¹². Dezentrale Energieerzeugung ist dabei zunächst im technischen Sinn zu verstehen, nämlich als Erschließung regionaler Potenziale der Energieerzeugung durch die erneuerbaren Energiequellen Solarenergie, Bioenergie, Wind und Wasser. Die dezentrale Energieerzeugung eröffnet jedoch auch große wirtschaftliche Chancen für die Kommunen, denn dezentrale Strukturen bedeuten mehr Flexibilität, mehr Wertschöpfung sowie eine stärkere Einflussnahme und Beteiligung der Akteure vor Ort. Die Energiewende stellt dabei gleichzeitig auch eine Chance zu einer Wirtschaftswende dar, da sie die Möglichkeit bietet, die verfestigten Strukturen einer „zentralisierten Energieversorgung aufzubrechen“.

Für Kommunen ist der Erhalt der Ressourcen demnach auch mit einer Stärkung der lokalen Wertschöpfung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen verbunden. Bei der Nutzung erneuerbarer Energien sind viele Anlagen (z.B. Solar-, Wind- oder Biogasanlagen) und zunehmend auch Energieversorgungsunternehmen in der Hand lokaler Akteure. Darüber hinaus sind Flächen und Grundstücke eine wichtige Ressource, über die Kommunen direkt oder indirekt verfügen können. Dies sollte deutlich kommuniziert werden, damit alle beteiligten Akteure vom Landrat über lokale Bürgerinitiativen und Unternehmen bis hin zum Landwirt an einem Strang ziehen.

5.1 Ansätze und Projekte zum Erhalt der Ressourcen

Die meisten Kommunen haben Strategien für die ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung entwickelt und vielfältige Aktivitäten angeregt, die z.B. über den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung von energieeffizientem Wohnen oder nachhaltigem Flächenmanagement langfristig dazu beitragen, natürliche Ressourcen zu erhalten. Einige Konzepte sind jedoch besonders konsequent, wenn es darum geht, die verschiedenen Lebensalter und die nächsten Generationen mitzudenken und ein ökologisches Denken bei Jung und Alt

¹² Siehe Energiekonzept der Bundesregierung vom 28.9.2010 unter:
www.bmu.de/energiewende/downloads/publ/46394.php

zu verankern. So stellen einige „Energieautarke Kommunen“ konsequent auf erneuerbare Energien um, die eine dezentrale und damit auf lange Sicht von großen Energieversorgern komplett unabhängige Energieerzeugung ermöglichen, die – zumindest für die nächsten Generationen - auch mit Blick auf die Finanzen nachhaltig ist. Darüber hinaus gibt es vielfältige altersspezifische Initiativen, die das Umweltbewusstsein fördern und ein aktives Handeln für den Erhalt von Ressourcen anregen.

Nachhaltiges Flächenmanagement betreiben

Der Boden ist eine wertvolle Ressource für Kommunen, mit der sie aktiv weitere Entwicklungen steuern können. Über ein intelligentes Flächenmanagement können Politik und Verwaltung z.B. Zersiedlung verhindern und Raum für Mehrgenerationenhäuser und innerstädtische Landnutzungsprojekte wie interkulturelle Gärten bereitstellen. Es gibt hierbei verschiedene Initiativen, die sich schon seit Jahren mit zukunftsfähigen Flächenmanagementkonzepten befassen.

Integriertes kommunales Flächenmanagement

Grundstücke und Gebäude sind eine wichtige kommunale Ressource. Ein strategisches kommunales Flächenmanagement ist demnach ein wichtiges Instrument für die städtebauliche Entwicklung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat über die Initiative REFINA besonders innovative Projekte zum Nachhaltigen Flächenmanagement gefördert. Auf der Webseite www.refina-info.de sind vielfältige Informationen zu diesem Thema, wie z.B. ein Handbuch für die Praxis, zu finden. In Nordrhein-Westfalen wurde 2006 außerdem die „Allianz für die Fläche in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, auf deren Webseite (www.allianz-fuer-die-flaeche.de) sich ebenfalls viele Anregungen zum nachhaltigen Flächenmanagement finden.

Neben der Eindämmung des Flächenverbrauchs können Flächen auch im sozialen Sinne nachhaltig verwendet werden, indem über eine sozialgerechte Bodennutzung wie beim sogenannten „München Modell“ Investoren an Erschließungskosten für neue Bebauungen beteiligt werden.

München Modell

Das „München Modell“ wurde vom Münchner Stadtplanungsamt entwickelt, um günstige familiengerechte Eigentumswohnungen in Neubaugebieten zu fördern. Das Angebot richtet sich vor allem an Haushalte mit mittlerem Einkommen und Kindern und soll dazu dienen, dass Familien aus dem Umland (wieder) in das Stadtgebiet ziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt die Stadt städtische Baugrundstücke zu deutlich unter dem Verkehrswert liegenden Grundstückspreisen bereit. Die Preise liegen dabei je nach Höhe des Haushaltseinkommens bei 375, 525 oder 675 Euro je Quadratmeter Geschossfläche. Darüber hinaus vergibt die Stadt „sozial gebundene Baugrundstücke“ an ausgewählte Wohnungsbauunternehmen, Bauträger oder Baugruppen, die sich zu niedrigen Kosten für die entstehenden Eigentumswohnungen sowie zu einer umweltfreundlichen, gesunden und energiesparenden Bauweise verpflichten. Hiermit können je nach Einkommen Kaufpreise von 2.800-3.200 Euro/qm erzielt werden, was unter dem Münchner Schnitt von 3.600 Euro/qm und weit unter dem Preis von Wohnungen in zentralen und beliebten Lagen liegt, für die bis zu 10.000 Euro/qm gezahlt werden.

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt München,
Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Stadtsanierung und Wohnungsbau
Blumenstraße 31
80331 München
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Wohnungsbau/Muenchen-Modell-Eigentum.html

Kommunen können außerdem verstärkt Erbbaurechte nutzen und so langfristig die „Hoheit“ über ihre Flächen behalten. Zum nachhaltigen Umgang mit der Fläche gehört auch, Wasserversorgungs- sowie Abwasserinfrastrukturen ausdrücklich mit Blick auf die folgenden Generationen zu planen.

In erneuerbare Energien investieren

Vor allem der Energiebereich hat große Bedeutung für ein generationengerechtes Wohnen und Leben, denn die Art der Nutzung von Energie bringt viele Lasten, z.B. in Form von Klimaveränderungen und CO₂-Emissionen mit sich. Demgegenüber können Veränderungen der Energienutzung durch den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, durch Energieeinsparungen und eine Erhöhung der Energieeffizienz zur Reduktion von Treibhausgasemissionen führen und somit dem Klimawandel entgegen wirken. Während die Verhandlungen und die Formulierung von Klimaschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene erfolgen, findet die Umsetzung dieser Ziele zu einem großen Teil auf lokaler Ebene in Kommunen und Gemeinden statt. Abgesehen von den Klimaschutzpotenzialen bietet die Umstellung des Energiesystems zugleich wirtschaftliche Potenziale für Bürger und Kommunen. Die Heizkosten und Strompreise können oft verringert werden, da sie von dem durch große Stromversorger dominierten Energiemarkt abgekoppelt werden können. Zudem werden bereits während der Bau- und Installationsphase lokale Wirtschaftskreisläufe angeregt, über die lokale Unternehmen und Handwerksbetriebe gestärkt werden. Ein Großteil der Ausgaben für eine erneuerbare Energieversorgung verbleibt somit in der Region und schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze - insbesondere im ländlichen Raum, wo ein Großteil der erneuerbaren Energieerzeugung erfolgt. Durch die Abkopplung der Wärmepreise von stark gestiegenen Öl- und Gaspreisen können beispielsweise Nahwärmekunden ihre Häuser zu deutlich niedrigeren Kosten heizen und Landwirte erzielen über den Energiepflanzenanbau sowie den Betrieb von Biogasanlagen zusätzliche Einnahmen. Besonders konsequent sind dabei Initiativen zu Bioenergiedörfern.

Bioenergiedörfer

Das Institut für Bioenergiedörfer Göttingen der Georg-August-Universität Göttingen hat die Umstellung auf erneuerbare Energien in mehreren Dörfern begleitet, u.a. auch des ersten Bioenergiedorfes Jühnde (www.bioenergie-doerfer.de, www.wege-zum-bioenergiedorf.de u.a.). Bei den untersuchten Initiativen gab es mehrere Motive zur verstärkten Nutzung von Bioenergie, wie der Beitrag zum Umweltschutz, die Unabhängigkeit von Energiekonzernen sowie die Stärkung der Dorfgemeinschaft und der Identität des Dorfes.

Die Akteure und deren Vernetzung sind der wichtigste Erfolgsfaktor für die Umstellung zum Bioenergiedorf. Das Institut für Bioenergiedörfer hat bei den verschiedenen Initiativen dabei zunächst den Landkreis, die Gesamtgemeinden sowie die Bürgermeister für die Initiative ge-

wonnen und anschließend die Dorfgemeinschaften mit Hilfe von Dorfversammlungen mobilisiert. Weitere wichtige Akteure waren die aus der Dorfgemeinschaft zusammengestellten Arbeitsgruppen (AG Kommunikation, AG Betreibergesellschaft und AG Technik) sowie eine übergeordnete zentrale Planungsgruppe, der auch politische Vertreter wie Mitglieder des Ortsrats und des Gesamtgemeinderats sowie Vertreter aus den örtlichen Vereinen angehörten.

Die Vereine hatten eine wichtige Funktion als Multiplikatoren und informierten die Bürger, u.a. über regelmäßig organisierte Dorfversammlungen, laufend über den Planungsstand. Des Weiteren wurden Kommunikationsformen wie Hauswurfsendungen, Aushänge, Bekanntmachungen und Informationsbroschüren genutzt. Die Ortsbürgermeister besaßen im gesamten Prozess eine stark integrierende Funktion und setzten sich für die Beschleunigung von Genehmigungs- und anderen bürokratischen Verfahren ein. Auch weitere Schlüsselpersonen aus der Verwaltung leisteten wichtige Überzeugungsarbeit.

Für die Realisierung der Projekte waren Förderprogramme, u.a. vom BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) sowie der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), EU-Mittel für Beratungen und Mittel aus dem Wettbewerb Bioenergiedörfer für Netzbildung und Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung. Die Antragstellung war jedoch auch stets mit einem hohen Aufwand verbunden. Der Bezug zur Generationengerechtigkeit wurde insofern hergestellt, als die Umstellung der Energieversorgung („für die Enkelkinder, die irgendwann das Haus erben“) in jeglicher Hinsicht (ökologisch, sozial und wirtschaftlich) nachhaltig ist und durch die Veränderungen im Dorf, die Berichterstattung etc. auch besonders Jugendliche aktiviert werden konnten.

In den letzten Jahrzehnten sind deutschlandweit jedoch auch viele private Initiativen entstanden, die eine erneuerbare Energieversorgung vor Ort über Genossenschaftsmodelle vorantreiben. So ist eine Vielzahl von Bürgersolaranlagen und zunehmend auch Bürgerwindparks entstanden, bei denen die Beteiligten zum Energieerzeuger werden und davon auch finanziell profitieren. Die Arge Netz (www.arge-netz.de) geht dabei noch einen Schritt weiter und plant die Beteiligung der Bürger am Grünen Bürgernetz Westküste in Schleswig –Holstein.

Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen integrieren

Der Umbau zu einer dezentralen und erneuerbaren Energieversorgung wird bereits in vielen Kommunen aktiv vorangetrieben. Dies stellt kommunale Mitarbeiter, Handwerker und lokale Unternehmen vor die Herausforderung, sich Know-How in diesem Bereich anzueignen. Daher sollten Angebote zur Aus- und Weiterbildung geschaffen werden, um sowohl technisches Wissen zu vermitteln als auch die Potenziale des Einsatzes erneuerbarer Energien für Unternehmen und Handwerk zu verdeutlichen.

Bioenergiedörfer haben z.B. prinzipiell eine gute Ausgangsposition, um insgesamt energieautark zu werden. Im brandenburgischen Feldheim wurden dabei auch Umweltbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gezielt in das Konzept integriert.

Das Neue Energien Forum Feldheim

Im Ortsteil Feldheim der brandenburgischen Stadt Treuenbrietzen hat die Kommune zusammen mit den Bürgern und dem Projektentwickler Energiequelle GmbH die Vision eines ener-

gieautarken Dorfs mit einer hundertprozentig CO₂-neutralen Strom- und Wärmeversorgung umgesetzt. Die Haushalte sind an ein eigenes Strom- und Wärmenetz angeschlossen, das durch eine Biogasanlage und einen Windpark versorgt wird. Ergänzt wird das Konzept zur Energieautarkie über das NEF - Neue-Energien-Forum, in dem Interessierte erneuerbare Energieerzeugung, z.B. im „Energiecafe“ oder über Experimente selbst erleben können. Außerdem können Besucher einen Blick in die Kommunikationszentrale werfen, wo die Energieflüsse im Dorf beobachtet und ausgewertet werden. In der NEF-Akademie werden zudem Weiterbildungsmaßnahmen für Facharbeiter z.B. zum Monteur oder zur Fachkraft für Windenergieanlagentechnik angeboten.

In Feldheim waren zwei Aspekte besonders maßgeblich für den Erfolg:

- Die Bewohner waren für die Idee des energieautarken Dorfes sehr aufgeschlossen. Feldheim ist schon seit 1997, als die erste Windkraftanlage vor Ort gebaut wurde, mit erneuerbaren Energiekonzepten vertraut. Darüber hinaus haben Agrargenossenschaften schon früh entschieden, in Biogasanlagen zu investieren, deren Energie von der lokalen Wirtschaft genutzt wird. Die Grundstückseigentümer organisierten sich zudem in einer Gesellschaft, die in ein lokales Wärmenetz investierte.
- In Feldheim bestand zudem eine günstige Kombination an verfügbaren erneuerbaren Energiequellen. Feldheim profitiert dank der vor Ort produzierten Windenergie von vergleichsweise günstigen Strompreisen. Was weiterhin dem Standort Feldheim zugutekam, war die Diversifikation der wirtschaftlichen Grundlage, denn die Energieanbieter sind nicht nur vom Wind abhängig, sondern ergänzen die Energieerzeugung über Bioenergie.

Zudem war die Akteurskonstellation in Feldheim besonders günstig. Die Dorfvereine stellten wichtige Multiplikatoren dar, die der Bevölkerung die Idee des energieautarken Dorfes nahe brachten. Darüber hinaus haben die Dorfvereine die Gründung einer Kommanditgesellschaft für Bioenergie unterstützt, die für den Aufbau des Strom- und Wärmenetzes zuständig ist. Ein Netzanschluss erfolgt erst, wenn man Mitglied der Kommanditgesellschaft wird. Der lokale Betreiber der Windkraftanlagen übernahm die Aufgabe, das Projekt gleichzeitig zu lenken, voranzutreiben und zu begleiten. Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor war die Aufgeschlossenheit der kommunalen Vertreter gegenüber den Wünschen der Bevölkerung. Außerdem war die Unterstützung durch kommunale Entscheidungsträger wie Bürgermeister, Ortsbeiräte, Stadtverordnete etc. für die Akzeptanz sehr förderlich. Es wurde zudem ein Beirat aus Bürgern, dem Energieanbieter und der Kommune zusammengestellt, der den Umstellungsprozess begleitete und die Bevölkerung informierte.

In Feldheim ist es gelungen, die Potenziale des ländlichen Raums für den Einsatz erneuerbarer Energien nutzbar zu machen. Auch für Landwirte entstanden neue Absatzmöglichkeiten, indem das Abfall- bzw. Nebenprodukt Gülle als Ressource für die Biogasanlagen genutzt wird. Das integrierte Energiekonzept sieht explizit den Aufbau einer lokalen Wertschöpfungskette vor, die der lokalen bzw. regionalen Wirtschaft direkt in Form von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu Gute kommt. Da die Dorfbewohner als Teilhaber am Energieprojekt miteinbezogen wurden und die lokale sowie regionale Wirtschaft von dem Projekt profitiert, ist die gesellschaftliche Akzeptanz außerordentlich hoch. Das energieautarke Dorf Feldheim stellt dabei einen expliziten Bezug zur Generationengerechtigkeit vor allem über die Begeg-

nungs- und Ausstellungsstätte her, wo Jugendliche über das Projekt informiert werden und in Kooperationen mit Schulen gemeinsame Projekte z.B. zum Thema Photovoltaik organisiert werden.

***Kontakt*daten**

Neue-Energien-Forum Feldheim, Lindenstraße 11
14929 Treuenbrietzen/OT Feldheim
www.Neue-Energien-Forum-Feldheim.de

Auch in die schulische Bildung sollte das Thema Umwelt/ Ressourcenerhalt noch stärker als bisher integriert werden. Der Verein „Schule und Umwelt“ des Stuttgarter Ferdinand-Porsche-Gymnasiums vermittelt beispielsweise den Schülern über die drei Handlungsfelder „Kommunizieren“ (Umweltbildung, Ausstellung „Klimawandel zum Anfassen“), „Produzieren“ (durch die Installation einer Photovoltaik-Anlage in der Schule) und „Reduzieren“ (durch Reduktion des CO₂-Ausstoßes) Umweltwissen zu den Themen Energieversorgung und Klimawandel.

Zudem gibt es verschiedene bürgerschaftliche Initiativen, die Umweltbildung fördern. Bei dem Projekt „Zeitbank 55+“ in Efringen-Kirchen (südlich von Freiburg) bieten Menschen ab 50 Jahren ehrenamtlich u.a. Beratungsdienstleistungen im Bereich Energie und Klimaschutz an. Die geleisteten Tätigkeiten werden ihnen in einer Zeitbank gutgeschrieben, so dass sie ihrerseits in späteren Jahren ehrenamtliche Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen können. Im Umweltbildungszentrum Licherode (www.schullandheim-licherode.de) im hessischen Alheim können sich Senioren als Umweltrainer zertifizieren lassen und den jüngeren Gästen im Schullandheim somit Umweltthemen nahebringen.

5.2 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Projekten zum Erhalt der Ressourcen

Von großer Bedeutung für die Kommunen sind die wirtschaftlichen Aspekte der dezentralen Energieversorgung. Für die Kommune bedeutet eine dezentrale Energieversorgung auch, dass die Wertschöpfung in der Region verbleibt, wenn sie beispielsweise ihre Liegenschaften auf erneuerbare Energien umstellt (Bioenergie, Nahwärme o.ä.). Durch die Dezentralisierung der Energieversorgung eröffnen sich Potenziale, die regionale Ökonomie zu stärken und möglichst viele Schritte entlang der Wertschöpfungskette von lokal ansässigen Energievorhaben in der Kommune abzudecken. Hierbei ist gerade die Betreibergesellschaft von großer ökonomischer Bedeutung hinsichtlich Steuern, Einkommen und Gewinnen. Hierbei sind jedoch vielfältige Rahmenbedingungen zu beachten.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Projekte im Rahmen der Energiewende ist es, **Vertrauen bei Bürgerinnen und Bürgern** zu schaffen. Es muss dabei deutlich kommuniziert werden, dass Versorgungssicherheit auch mit erneuerbaren Energien erreicht werden kann. Akteure vor Ort wie Stadtwerke oder Bürger-Genossenschaften haben hierbei einen entscheidenden Vorteil, da sie bei den Bürgern bekannt sind und das Vertrauen größer ist als bei großen, als anonym wahrgenommenen Konzernen.

Der Energiesektor bietet prinzipiell eine gute Möglichkeit, den kommunalen Haushalt zu stärken - allerdings nur wenn städtische Versorgungsbetriebe beibehalten oder über eine **Rekommunalisierung** zurück erlangt werden. Chancen für die Kommunen werden dabei vor

allem darin gesehen, dass Eigenverantwortung und Entscheidungsspielräume der Kommunen hierdurch gestärkt werden. Wenn die Energieversorgung in der eigenen Zuständigkeit liegt, „haben wir den Aufwand aber wir haben auch den Nutzen und können selbst entscheiden, welche Energiequellen wie genutzt werden sollen.“ Eine erfolgreiche Rekommunalisierung erfordert allerdings umfangreiche Sachkenntnisse und Kompetenzen. Gerade kleinere Kommunen, die keine eigenen Fachleute beschäftigen können, benötigen daher oft eine eingehende Beratung zu technischen und finanziellen Fragen. Der Bund (z.B. unter www.energieeffiziente-kommune.de), Landkreise oder regionale Energieagenturen (z.B. die EnergieAgentur NRW, www.energieagentur.nrw.de) bieten eine Vielfalt an Informations- und Beratungsdiensten an. Größere Kommunen können auch eigene Anlaufstellen gründen, um Informationen zu bündeln und zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu moderieren. So hat z.B. die Stadt Delitzsch einen eigenen „Energieeffizienz-Manager“ eingestellt.

Des Weiteren ist eine Veränderung der politischen Kultur zu beobachten, die sich in den vielen durch engagierte Bürger initiierten alternativen Energie-Projekten zeigt. Viele Menschen sind heute wieder stärker daran interessiert, **Versorgungsaufgaben selbst in die Hand zu nehmen** und nicht nur als passive Konsumenten aufzutreten. Auch bei der älteren Generation besteht eine hohe Motivation, sich finanziell oder durch ehrenamtliches Engagement an Klimaschutzprojekten zu beteiligen. Viele ältere Menschen wollen ihr Geld nicht in beliebigen Fonds anlegen, sondern in zukunftsfähige erneuerbare Energien (z.B. in Solaranlagen) investieren, um auf diese Weise nachhaltige, langfristig zukunftsfähige Strategien und Technologien zu unterstützen, von denen auch die nachfolgenden Generationen („Enkelgeneration“) profitieren. Dieses Gefühl der Generationenverantwortung kann für viele Projekte im Bereich Energiewende und Klimaschutz genutzt werden.

Von Bürgern betriebene alternative Energieversorgungsunternehmen können durchaus eine weitreichende Wirkung auf die regionale Energielandschaft haben. So geriet der Freiburger Stromversorger Badenova durch die aus einer Bürgerinitiative entstandenen Elektrizitätswerke Schönau (EWS) unter Druck, da zeitweilig mehr als 10 Prozent der Freiburger Kunden zu EWS abwanderten. Badenova reagierte, indem das Unternehmen daraufhin seinerseits für Privatkunden Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen anbot.

Projekte wie Bioenergiedörfer oder energieautarke Kommunen erfordern einen umfangreichen **Kommunikationsprozess**, um Schlüsselakteure zu aktivieren und Bürgerinnen und Bürger zu einer Beteiligung zu motivieren. Eine wesentliche Herausforderung bei Projekten zur nachhaltigen Energieversorgung besteht darin, bei Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme zu schaffen. Oft steht am Beginn eines Projektes eine kleine Gruppe von Akteuren, die vor der Aufgabe steht, einerseits Schlüsselakteure und andererseits die breitere Bevölkerung zu aktivieren. Hier ist eine externe **Beratung und Moderation** hilfreich. Überzeugungsarbeit (durch Nachbarn, Dorfbewohner) und Aufklärung durch Informationsbereitstellung (z.B. durch Experten oder Begleiter des Energieprojektes) tragen dazu bei, ein breiteres Fundament der Verantwortung zu schaffen. Diese Kommunikationsprozesse (Energie-Stammtische, Dorfversammlungen etc.) führen häufig gleichzeitig zu einer **Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der Identität** des Dorfes.

Von großer Bedeutung ist die rechtzeitige Information und Einbindung **politischer Schlüsselakteure** (insbesondere Bürgermeister) in die Kommunikationsprozesse. Diese Einbindung sollte von Beginn an stattfinden. Allerdings sollte man sich auch nicht zu stark von der Zustimmung der politischen Akteure abhängig machen und ggf. eigene, kreative Wege suchen, um Projekte umzusetzen.

Neben den oben genannten Erfolgsfaktoren, die vor allem das Prozessmanagement betreffen, wurde in den Diskussionen die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit der Vorhaben hervorgehoben. Vor allem **muss es sich wirtschaftlich lohnen**, Anlagen für erneuerbare Energien zu betreiben. Hier wurde mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der diese Wirtschaftlichkeit entscheidend unterstützt. Dabei ist bezüglich der Finanzierung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien eine größere Aufgeschlossenheit der Banken wünschenswert. Derzeit ist es beispielsweise für Energiegenossenschaften z.T. schwierig, Darlehen für ihre Projekte zu erhalten, obwohl das Konzept der Bürgersolargenossenschaften bereits vielfach in der Praxis erprobt ist.

Für die Wirtschaftlichkeit von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme mit erneuerbaren Energiequellen ist sowohl die Wahl der Technologie als auch die Finanzierungsform maßgeblich. So sind abhängig vom Standort und dem finanziellen Rückfluss Windparks teilweise interessanter als lokal realisierte Solarprojekte. Public-Private-Partnerships sowie Contracting-Modelle können gute Finanzierungsmodelle darstellen, sollten aber eingehend hinsichtlich ihrer Eignung für eine Kommune geprüft werden.

5.3 Hinweise und Empfehlungen zum Erhalt der Ressourcen

Insgesamt muss beachtet werden, dass Kommunen zum Teil nur begrenzte Möglichkeiten haben, auf private Unternehmen und Bürger Einfluss zu nehmen, um Ressourcen zu schonen. So kann im Kontext der energetischen Sanierung eine Stadt zwar Verbesserungen bei den eigenen Gebäuden durchführen, die große Masse der privaten Gebäude jedoch nur in begrenztem Maße beeinflussen (z.B. durch Förderprogramme). Auch im Bereich der Solarenergie sind die Möglichkeiten der Kommunen, beispielsweise über ordnungspolitische Vorgaben eine stärkere Verbreitung von Photovoltaikanlagen bei privaten Hausbesitzern durchzusetzen, stark begrenzt.

Die eigenen Spielräume nutzen

Kommunen können allerdings durchaus Anreize schaffen und Informationen zum Erhalt von Ressourcen bereitstellen. Ein gutes Beispiel ist der Freiburger „Solar-Atlas“ im Internet, der für alle Dächer in der Region eine Bewertung bereitstellt, wie gut sie für Photovoltaikanlagen geeignet sind. Auch im Bereich des nachhaltigen Flächenmanagements gibt es verschiedene Datenbanken und Instrumente, die eine Innenentwicklung durch Informationen über noch freie Grundstücke fördern können.

Ein weiterer Bereich, in dem Kommunen aktiv werden können, betrifft die Schaffung von Infrastrukturen für eine effiziente Energienutzung. So kann eine Kommune bei der Ausweisung von Gewerbegebieten dafür sorgen, dass ein Nahwärmenetz gebaut wird und damit Anreize für die Unternehmen schaffen. Die Kommune sollte darüber hinaus die Rolle des syste-

misch denkenden Planers einnehmen, um vorhandene Energiequellen und Potentiale optimal zu nutzen. So wurde z.B. in Singen ein Unternehmen, das viel Abwärme produziert, mit einem Unternehmen mit hohem Wärmebedarf vernetzt und gemeinsam mit der Kommune der Bau einer Wärmeleitung realisiert.

Möglichkeiten der Einflussnahme haben die Kommunen ebenfalls im Bereich Ordnungsrecht und Bauleitplanung. Wird beispielsweise der Bau eines Windparks geplant, sollten Kommunen ihre Standorte nicht unbedingt immer an den meistbietenden Investor verpachten, sondern abwägen, ob es nicht langfristig für die Kommune sinnvoller sein kann, die Fläche an ein Bürgerprojekt zu vergeben.

Capacity Building im Bereich Ressourcenerhalt

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass bisher nur wenige Kommunen für eine systemische, planerische Gesamtsicht „gerüstet“ sind. Daher ist im Bereich des Einsatzes erneuerbarer Energien eine Qualifizierung aller Akteure notwendig. Vor allem Entscheidungsträger sollten über die Möglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energien in der eigenen Gemeinde sowie über andere Maßnahmen zum Klimaschutz (z.B. Energieeinsparung) besser informiert werden. Hierfür gibt es Organisationen und Ansprechpartner auf verschiedenen Ebenen, an die man sich bei Beratungsbedarf wenden kann. So ist es beispielsweise die Aufgabe des Fördervereins Energie – und Solaragentur Regio Freiburg e. V. (fesa), Kommunen und Gemeinden auf die Bedeutung der erneuerbaren Energien aufmerksam zu machen und zu zeigen, auf welche Weise sie aktiv werden können. Auch Unternehmen können Kommunen zu Energie- und Umweltfragen beraten und begleiten. So hat z.B. das Unternehmen „Clean Energy“ (www.clean-energy.biz) gemeinsam mit der Firma „Solar-Komplex“ (www.solarcomplex.de) das erste Bioenergiedorf in Baden-Württemberg bei der Umsetzung begleitet und berät Kommunen, die Bioenergiedörfer werden wollen bzw. ein Nahwärmenetz aufbauen wollen. Der Bund (z.B. unter www.energieeffiziente-kommune.de), Landkreise oder regionale Energieagenturen (z.B. die EnergieAgentur NRW, www.energieagentur.nrw.de) bieten ebenfalls eine Vielfalt an Informations- und Beratungsdiensten an.

Eine gemeinsame Strategie zum Ressourcenerhalt für Wirtschaft, Bürgerschaft und Kommune

Strategien und Leitbilder, die Auswirkungen auf öffentliche wie private Flächen und Grundstücke haben, werden nur akzeptiert, wenn die Betroffenen früh beteiligt werden. Die Politik sollte dabei gezielt „Bottom-up“-Prozesse initiieren und die Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigte Partner anerkennen. Die Akzeptanz ist dabei besonders hoch, wenn Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten der finanziellen Teilhabe (z.B. Genossenschaften oder Bürgerstiftungen) beteiligt werden. In der hessischen Stadt Wolfhagen werden beispielsweise die Erlöse der Stadtwerke aus kommunalen Windparks anteilig in einen Fonds eingespeist, aus dem u.a. private Maßnahmen zur Energieeinsparung finanziert werden. Gerade für den Erhalt von Ressourcen sind oft Baumaßnahmen oder Flächenausweisungen nötig, die die Bürger vor Ort direkt betreffen. Emotionen und Empfindlichkeiten der Betroffenen sollten rechtzeitig erkannt und ernst genommen werden, da sonst mit großem Widerstand gerechnet werden kann. Für den Erfolg ist maßgeblich, dass gerade die „Widerständler“, aber auch

schwer erreichbare Gruppen wie finanzschwache Haushalte oder Hauseigentümer, z.B. über Runde Tische, gezielt in die Diskussions- und Planungsprozesse eingebunden werden. Dies gilt auch für die lokale Wirtschaft, die z.B. über „Gewerbestammtische“ erreicht werden kann. Insgesamt sollte die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Bürgerschaft und Kommune auch z.B. über Public Private Partnerships, strategische Allianzen etc. institutionalisiert werden.

Ressourcenerhalt erfahrbar machen

Der Erhalt der Ressourcen und der aktive Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung sollte auch für die jüngere Generation vor Ort erfahrbar gemacht werden, z.B. über Lehrpfade oder Besichtigungen von Anlagen zur Energieerzeugung. Im hessischen Wolfhagen soll beispielsweise zukünftig im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahrs das Thema „Ressourcenschutz“ verstärkt an Kindergärten und Schulen vermittelt werden. Ein weiteres Beispiel sind die Fifty-Fifty-Initiativen, mit denen eine Reihe von Kommunen das Energiesparen in Schulen fördert. Bei diesem Modell werden den teilnehmenden Schulen 50 Prozent der durch bewusstes Nutzungsverhalten eingesparten Energiekosten zur freien Verfügung gestellt (siehe www.fiftyfiftyplus.de).

Viele Aktionen und Maßnahmen wie die Vergabe von Baumpatenschaften, „Wassertage“ oder Lehrpfade, sind nicht sehr aufwändig, können aber ein Bewusstsein für die Bedeutung des Ressourcenschutzes wirksam fördern. Anzeigen an energetisch sanierten Gebäuden können anschaulich darüber informieren, wie viele CO₂-Emissionen durch Umbau und Sanierungsmaßnahmen eingespart wurden. Vor allem wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sich offensiv für den Erhalt von Ressourcen einsetzen und dies öffentlich demonstrieren, hat dies eine große Wirkung - nach außen wie nach innen.

6 Dialog der Generationen

„Eine Kommunikation, ein Dialog und Austausch zwischen den Generationen ist vor allem deshalb wichtig, weil Alt und Jung über viele und unterschiedliche Ressourcen, wie beispielsweise Lebens- und Berufserfahrung oder Erfahrung mit Medien verfügen, die allen Altersgruppen zugutekommen können.“

Volker Amrhein (Projektbüro „Dialog der Generationen“)

6.1 Einführung: Dialog zwischen den Generationen fördern

Die gegenwärtige Gesellschaft befindet sich mitten im Prozess des demografischen Wandels. Zum einen nimmt der Umfang der Bevölkerung ab, zum anderen wächst der Anteil der älteren Generationen an der Gesamtbevölkerung; es findet eine Verschiebung der Altersgruppen statt. Prognosen bis 2050 rechnen mit einem Rückgang der unter 20-Jährigen um acht Millionen, mit einer Schrumpfung der 20- bis 60-Jährigen um 16 Millionen und einem Anstieg der über 60-Jährigen um zehn Millionen (Schüler o.J., S. 3). Gleichzeitig ist die Lebenserwartung von Frauen und Männern gestiegen, sie hat seit 1900 durchschnittlich um 30 Jahren zugenommen (Schüler o.J., S. 1).

Diese Entwicklungen haben gesellschaftlich und insbesondere für das Verhältnis zwischen den Generationen weitreichende Folgen. In der Diskussion über die Beziehungen zwischen den Generationen dominiert derzeit die Frage der Verteilung der finanziellen Mittel. Das betrifft zunächst die schmal werdende Grundlage für die Finanzierung der Renten, der Gesundheitsdienste und anderer Versorgungsdienstleistungen, die einer wachsenden Gruppe älterer Menschen zugutekommen. In diesem Zusammenhang ist oft die Rede von „Generationengerechtigkeit“, womit die Konkurrenz zwischen den Generationen angedeutet wird. Der Begriff weist auf das Bewusstsein und die Erkenntnis ungleicher Lebensverhältnisse zwischen Angehörigen unterschiedlicher Generationen hin und er führt oft dazu, dass „Generationengerechtigkeit“ mit Interessenkonflikten zwischen Alt und Jung assoziiert wird. Insbesondere wird damit die Befürchtung der im Umfang abnehmenden jüngeren Generationen thematisiert, immer mehr älteren Menschen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen zu müssen (Schüler o.J., S. 3 und Mascher 2011, S. 7-13).

Eine weitere Konsequenz der Verringerung der Geburtenzahl ist die Abnahme der Familiengröße, die zur Verkleinerung der Basis für innerfamiliäre Hilfe führt. Die dort von Verwandten erbrachte Hilfe wird von immer weniger Erwachsenen geleistet, was zu einer Abnahme des solidarischen Potenzials der Kleinfamilie führen könnte. Schon heute macht sich bemerkbar, dass die traditionell auf Verwandtschaft basierte soziale Unterstützung vielfach von den Familien nicht mehr geleistet werden kann und dass der Bedarf an institutioneller bzw. anderweitiger Unterstützung zunehmen wird. Wenn hier nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, wird zukünftig das generationsübergreifende soziale Netz immer schmalere und damit die Lebensqualität im Alter abnehmen. Aber auch die innerfamiliären Unterstützungsleistungen der Älteren gegenüber den Jüngeren nehmen ab (z.B. Kinderbetreuung). Zahlenmäßig werden Freundeskreise die familiär erbrachten Hilfsleistungen nicht auffangen können. Dies

zeigt, dass der Aufbau generationsübergreifender Fürsorgebeziehungen an Bedeutung gewinnt.

Außerhalb von Familie und Betrieb beschränken sich die Kontakte zwischen den älteren und jüngeren Generationen auf ein Minimum. In der Freizeit geht man getrennte Wege, Freundschaften über Generationsgrenzen hinweg trifft man selten an. Gesellschaftlich lebt man meistens neben- statt miteinander, was zur gegenseitigen Nicht-Beachtung und einem Mangel an gegenseitigem Verständnis führt. Die daraus entstehende Beziehungslosigkeit zwischen den Generationen birgt ein soziales Risiko in sich. Wenn keine Kontakte eingegangen und gepflegt werden, entsteht ein Raum, in dem Klischees und Vorurteile nicht korrigiert werden können. Es können soziale Kompetenzen verloren gehen, was die gegenseitige Nicht-Beachtung und die Kluft zwischen den Generationen vergrößern kann.

Unabhängig vom demografischen Wandel zeichnen sich aber auch andere Entwicklungen ab, die die generationenübergreifende Solidarität beeinträchtigen. Dazu zählt die physische Entfernung zwischen den Generationen. Durch wachsende Mobilitätsanforderungen und den damit einhergehenden zunehmenden Distanzen zwischen Wohnort und Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsplatz oder gar das Verlassen des Wohnorts lockern sich die Beziehungen zwischen den Generationen. Infolge dieser Dynamik aber auch aufgrund knapper Zeitressourcen kann gegenseitige Unterstützung unter Verwandten örtlich lediglich in geringerem Umfang geleistet werden.

Die Gefahr des Auseinanderfallens des Beziehungsgeflechts, einer Polarisierung zwischen den Generationen scheint realistisch. Dagegen spricht, dass heute durchaus eine hohe Solidarität und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung zwischen Mitgliedern verschiedener Generationen, zumindest unter Verwandten, feststellbar ist. So finden viele Transfer- und Unterstützungsleistungen (sowohl in Form von Geld als auch von Zeit) von Eltern zu Kindern statt (Mascher 2011, S. 9). Beispiele dafür sind die (Teil-)Finanzierung des Studiums oder der Ausbildung bzw. die Finanzierung der Haushaltsausstattung. Im familiären Rahmen leisten Angehörige zudem auf vielfältige Art gegenseitige Unterstützung in Form von kleineren Hilfen im Haushalt (Besorgungen etc.) bis hin zur Betreuung und Pflege. Diese Beispiele machen deutlich, dass zwischen den Generationen nicht nur Interessenkonflikte existieren. Es handelt sich eher um ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis, das positiv bewertet werden kann. Gleichzeitig erfordert die Lebensqualität jüngerer und älterer Generationen den Aufbau von generationsübergreifenden Fürsorgebeziehungen jenseits der Familie und die Förderung eines sozialen Netzes.

Die älteren Generationen verfügen in diesem Zusammenhang über Ressourcen, die längst nicht erschöpft sind, nämlich Erfahrung und Zeit. Wie viele Projekte zeigen, nutzen viele ältere Menschen sie auch. Sie setzen diese Ressourcen ein, um Jüngeren zu helfen und sie sind bereit Neues zu lernen und sich sozial zu engagieren, um ihre Erfahrungen weiterzugeben (Gerwin 2005, S. 10ff).

Bereits 2005 machte die EU-Kommission auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Solidarität und den sozialen Zusammenhalt sowie die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven zwischen den Generationen aufmerksam: „Unsere Gesellschaften müssen neue Wege finden, um das

Wachstumspotenzial zu nutzen, das die jüngeren Generationen und die älteren Mitbürger bieten. Der Beitrag aller Akteure ist zur Bewältigung [des demografischen] Wandels erforderlich: Es muss eine neue Solidarität zwischen den Generationen entwickelt werden, die aus gegenseitiger Unterstützung und dem Transfer von Kompetenzen und Erfahrung erwächst“ (EU-Kommission 2005).

Herausforderung für Kommunen und Gesellschaft

Der demografische Wandel kann als Chance und als Motor für gesellschaftliche Veränderung betrachtet werden. Es ist sowohl im Interesse der Kommunen als auch der Gesellschaft das solidarische Verhältnis zwischen Jung und Alt zu erhalten. Kommunen und Gesellschaft haben die Herausforderungen, die die Folgen des demografischen Wandels mit sich bringen, erkannt. Nun kommt es auf die Umsetzung der Nutzungsmöglichkeiten an, die die Ressourcen der älteren und jüngeren Generationen bieten.

Aus der Perspektive der Kommunen bedeuten Generationengerechtigkeit und der Dialog der Generationen vielfältige Leistungen, die bestimmte Infrastrukturleistungen u.a. in den Bereichen Bildung und Soziales quantitativ und qualitativ unterstützen und ergänzen. Konkrete Beispiele sind Hilfen wie Hausaufgabenbetreuung, Großelterndienste oder die Unterstützung älterer Menschen. Dabei handelt es sich in großer Mehrheit um ehrenamtlich erbrachte Leistungen.

Peter Ahlheit wies bereits darauf hin, dass ein Großteil der Initiativen für einen Generationendialog in Städten, Regionen und Ländern politisch eingebettet sind (Ahlheit 2011). Kommunalpolitisch Verantwortliche befassen sich mit dieser Thematik und sind sich der Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie bewusst, die alle relevanten Akteure einbezieht und die neben Impulsen auch einen Rahmen für gemeinsame Handlungsansätze setzt. Für Kommunen spitzt sich die Herausforderung vor allem auf die Anpassung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ermöglichung eines aktiven Miteinanders der Generationen auf hohem Qualitätsniveau zu. Außerdem weisen Experten sowie im freiwilligen Engagement aktive Bürger vielfach auf die Notwendigkeit der Vernetzung des Engagements hin.

In diesem Kontext sind bereits seit den Neunzigern Jahren des letzten Jahrhunderts von eigenständigen Netzwerkinitiativen Infrastrukturen entwickelt worden (Ahlheit 2011). In Bezug auf Infrastrukturen sollte ebenso über eine institutionelle Integration zu gegliederten, aber zusammengeführten Anlaufstellen oder Förderzentren nachgedacht werden.

Auch ist Vieles in die Wege geleitet und realisiert worden, das zur erhöhten Akzeptanz des Generationendialogs beiträgt. Die Vereinbarung von entsprechenden Leitbildern, die Sensibilisierung des Themas „Generationenübergreifendes Miteinander“ und die Entwicklung und Implementierung von Handlungskonzepten sind Bestandteile dieses Prozesses. Die Etablierung einer Anerkennungskultur, die Durchführung von Runden Tischen, Zukunftswerkstätten oder Stadtteilkonferenzen, um ein nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement anzustoßen, weisen auf weitere Anerkennung des Generationendialogs hin.

Als Ergebnis guter Rahmenbedingungen und eines hohen Bewusstseins der Generationengerechtigkeit, an der der Dialog der Generationen sich maßgeblich beteiligt, sollte die Stärkung

der sozialen Stabilität und des Gemeinwesens hervorgehen, die wiederum zur höheren Attraktivität der Kommunen beitragen können.

6.2 Ansätze und Projekte zur Förderung des Dialogs der Generationen

Beim Dialog der Generationen geht es darum, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Jung und Alt zu stärken und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung aufzubauen. Diese Ziele sind nur mit einem hohen Grad an generationenübergreifendem Engagement zu erreichen. Im Zentrum steht dabei die Nutzung der vorhandenen Potenziale an Alltagssolidarität. Projekte, die gezielt den Dialog zwischen den Generationen anregen, können dabei sehr vielfältig sein: Von Haushaltshilfen für Ältere und Betreuungshilfen für Jüngere über explizit altersgemischte Musikgruppen und Freizeitaktivitäten bis hin zu Zeitzeugenarbeit und Geschichtswerkstätten sowie Aktionswochen oder Veranstaltungsreihen. Die allermeisten dieser Projekte basieren auf ehrenamtlichem Engagement. Um den Dialog der Generationen voranzubringen ist es daher von zentraler Bedeutung, gute Rahmenbedingungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen. Zu diesen Bedingungen zählen u.a.:

- die Schaffung bzw. Stärkung von Institutionen, die bürgerschaftliches Engagement vernetzen und koordinieren;
- eine kooperativ gestaltete Schnittstelle zur Kommunalverwaltung, denn die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements braucht Partner in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, damit innovative institutionelle Formate gefunden werden können;
- der immer stärker werdende Wunsch nach Supervision, Qualifizierung und Weiterbildung auf Seiten derjenigen, die sich engagieren.

In dieser Hinsicht erfüllt das Projektbüro Dialog der Generationen in Berlin, dessen Arbeit unten beschrieben wird, einige der oben für den Generationendialog genannten Rahmenbedingungen.

Projektbüro Dialog der Generationen

Das 1997 gegründete Projektbüro „Dialog der Generationen“ versteht sich als Serviceeinrichtung für generationsverbindende Projekte und Programme. Über das Portal www.generationendialog.de werden vielfältige Informationen zu relevanten Veranstaltungen, Leitfäden, Schulungen oder Wettbewerben bekannt gegeben. Das Projektbüro betreibt darüber hinaus aktiv Öffentlichkeitsarbeit für Dialog-Projekte, bietet selbst Schulungen und Beratungen an und vernetzt die unterschiedlichen Projekte, die in der öffentlich zugänglichen Projektdatenbank präsentiert werden. Seit der Gründung des Projektbüros hat sich die Anzahl der veröffentlichten Projekte von 150 auf heute mehr als 10.000 erhöht.

Das Projektbüro hat sich seit seiner Gründung zu einem Wissens- bzw. Kompetenzzentrum entwickelt, das sich die Verbreitung der Idee des Dialogs der Generationen zum Ziel gesetzt hat. Zu seinen Aufgaben gehört neben den oben genannten auch die Vernetzung generationsübergreifender Projekte im Bundesgebiet, in Europa und international, die Förderung des Austausch und der Kommunikation zwischen Praxisprojekten und der Fachwelt und die Unterstützung lokaler und regionaler Bündnisse für generationsübergreifende Belange.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse des Projektbüros lehren, dass die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für den Dialog der Generationen in den Kommunen, die Strukturen bereitstellt, sich in diesem Bereich zu engagieren, aber auch die Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Generationen erfasst und bündelt, einen zentralen fördernden Faktor darstellt. Viele Projekte und Initiativen entstehen durch bottom up-Prozesse, kommen also „aus der Mitte der Gesellschaft“, und benötigen für ein effektives Arbeiten einen koordinierenden Rahmen. Zwar nehmen immer mehr Kommunen die Anregung, kommunale Anlaufstellen einzurichten auf, die hierzu getroffenen Maßnahmen reichen jedoch oft noch nicht aus.

Kontakt Daten

Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH

Projektbüro "Dialog der Generationen"

Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin

<http://www.generationendialog.de>

Im Folgenden soll das Handlungsfeld Dialog der Generationen näher beschrieben werden. Hierzu wurden im vorliegenden Forschungsprojekt Recherchen und vertiefende Untersuchungen einzelner beispielhafter Projekte und Initiativen („Good Practices“) durchgeführt. Dabei sind gute Ansätze und Initiativen mit Potenzialen für ein Miteinander von Jung und Alt identifiziert worden.

Es wurde ermittelt, wie Projekte im Rahmen des Dialogs der Generationen den gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen. Dazu wurden Ansätze, Initiativen und Maßnahmen in den folgenden unterschiedlichen Bereichen untersucht:

- Vermittlung von Wissen und Erfahrungen zwischen Jung und Alt
- Generationenbewusste Partizipationsverfahren
- Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement / gemeinsame Freizeitgestaltung.

Vermittlung von Wissen und Erfahrungen zwischen Jung und Alt

Das Weiterreichen von Wissen und Erfahrungen zwischen den Generationen ist ein typischer Bestandteil des Generationendialogs und wird in verschiedenen Projekten (beispielsweise mit Mentoren- und Patenschaftskonzepten) umgesetzt. Bei diesen Konzepten steht das Prinzip „Alt hilft Jung“ im Mittelpunkt. Sie zielen darauf, Fähigkeiten jüngerer Menschen durch Unterstützung und Förderung älterer Mentoren weiter zu entwickeln. Die Mentoren verfügen über einschlägige fachliche Erfahrungen und Kenntnisse sowie Lebenserfahrung, die sie an ihre Mentees weitergeben. Ein bedeutender Aspekt bei Mentoring- und Patenschaftsprojekten betrifft die Aufgabe, die richtigen Teams zusammenzubringen. Es erfordert ein hohes Maß an Menschenkenntnis zu erkennen, welcher Mentor zu welchem Schützling passt. Darüber hinaus müssen die ehrenamtlichen Mentoren auch begleitet und betreut werden, um Probleme und Konflikte frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Mentoring- und Patenschaftsprojekten sind in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen entstanden: So werden beispielsweise Kinder und Jugendliche mit Lese-, Sprach- und

Schreibschwierigkeiten gefördert oder junge Menschen werden von Mentoren beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt. In anderen Projekten geben Wirtschaftssenioren ihr Wissen und ihre Erfahrungen an junge Existenzgründer und kleinere Unternehmen weiter. Ein Beispiel hierfür ist der vor mehr als 25 Jahren gegründete Verein „Alt hilft Jung NRW e.V. – Die Wirtschaftssenioren.“

„Alt hilft Jung NRW e.V. – Die Wirtschaftssenioren“

Die Wirtschaftssenioren sind ein Zusammenschluss von aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedenen Experten und Führungskräften, die als Senior Coaches aus vielen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung ihr Wissen und ihre Erfahrungen für Existenzgründer und kleinere Unternehmen zur Verfügung stellen. Dabei setzen sie neben ihrem in vielen Berufsjahren erworbenen Wissen auch entstandene Netzwerke ein. Die Wirtschaftssenioren sehen sich als Brückenbauer zwischen den Generationen.

Zentrales Anliegen ist es, Existenzgründern Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine große Zahl von Menschen, die sich selbständig machen wollen, denen es aber an Geld und Know-How fehlt, darunter auch viele Hartz-IV Empfänger und Arbeitslose. Das Projekt setzt vor allem dort an, wo (betriebswirtschaftliches) Wissen (z.B. zur Erstellung eines Business- oder eines Investitionsplans) benötigt wird. Damit die Beratung erfolgreich sein kann, spielen Dialogfähigkeit, aber auch gegenseitige Empathie zwischen dem beratenden Senior Coach und seinem Mentee eine herausragende Rolle.

Die Unterstützung durch die Senior Coaches erfolgt ehrenamtlich und honorarfrei und betrifft Beratungen zu Themen, wie beispielsweise die Erstellung eines Businessplans, einer Businessstrategie oder eines Unternehmenskonzeptes. Angeboten wird darüber hinaus Beratung bei der Existenzsicherung oder einer Geschäftserweiterung. Kooperiert wird mit Kammern, Banken, Fördergesellschaften und öffentlichen Einrichtungen. Alt hilft Jung NRW e.V. ist anerkannter Partner des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Initiative "Go! Senior Coaching NRW".

Kontakt Daten

ALT HILFT JUNG NRW e.V.
Kennedyallee 62-70, 53175 Bonn

<http://www.althilftjung-nrw.de>

Darüber hinaus können in vielen Bereichen auch Ältere von Jüngeren lernen. Im Projekt „EULE“ bringen beispielsweise Schüler älteren Menschen den Umgang mit dem Internet, mit Digitalkameras und Handys bei.

Das Projekt EULE: Schülerlehrer unterrichten Seniorenschüler

Der Name des Generationen verbindenden Projektes EULE steht für Erleben, Unterrichten, Lernen und Experimentieren. Senioren wird die Möglichkeit geben, ihr Alter aktiv zu gestalten, Kontakte zur Jugend zu knüpfen und sich neue Wissensgebiete zu erschließen. Durch EULE wird es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, stärker mit der älteren Generation ins Gespräch zu kommen und andere Sichtweisen kennen zu lernen. Vehikel ist das Entwickeln bzw. das Stärken der Medien-(Computer, Navigationsgeräte, Handy, Kamera, etc.) und Fremdsprachenkompetenz älterer Menschen. Die Schüler, die hier als Lehrer der Senioren auftreten, lernen in dem Projekt Teamfähigkeit, Selbstbewusstsein und Organisation – Fähig-

keiten, die sonst im Unterrichtsalltag niemals so vermittelt werden könnten. Im Vordergrund soll für alle Beteiligten die Freude am Mitmachen und der Meinungs- und Informationsaustausch stehen. Daher wird großer Wert auf die Einhaltung der "Kaffeepause" gelegt. Bei EULE wird nicht auf einen Abschlusstest hingearbeitet und die Senioren können das Lerntempo mitbestimmen. Darüber hinaus ist die Teilnahme an den Kursen für alle Beteiligten kostenlos. Mitmachen können alle Interessierten.

Kontakt Daten

EULE, Projekt am Friedrich-Ebert-Gymnasium, Bonn

Ollenhauerstraße 5, 53113 Bonn

<http://www.feg-bonn.de/eule.html>

Aus den Beispielen geht hervor, dass aus Sicht der Gesellschaft der Generationendialog nicht nur die Bildung aktiver Gemeinschaften und bürgerschaftliche Kompetenzen fördert, sondern auch die Entwicklung und Erweiterung von Wissen und Fähigkeiten sowohl junger als auch älterer Menschen.

Generationenbewusste Partizipationsverfahren

Wie das Konzept Dialog der Generationen deutlich macht, spielt die in beiden Richtungen verlaufende Kommunikation zwischen den Generationen eine zentrale Rolle. Ein Generationendialog bedeutet aber auch, dass jüngere und ältere Generationen Rücksicht aufeinander nehmen müssen. Wenn beispielsweise in einer Kommune neue Einrichtungen oder im öffentlichen Raum Neues geplant werden, kann es durchaus zu Interessenkonflikten zwischen den Generationen kommen. Um solche Konflikte zu vermeiden, sollten generationenbewusste Partizipationsstrukturen, Partizipationsverfahren und generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Deshalb sollten bei der Umsetzung von Plänen beispielsweise zur Stadtentwicklung betroffene Parteien systematisch beteiligt und in die Planungsprozesse eingebunden werden. Alle Generationen sollten bei wichtigen Fragen beispielsweise über Jugend- aber auch Seniorenbeiräte aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Darüber hinaus gibt es gezielte Beteiligungsformen, die sich direkt an Senioren oder Kinder und Jugendliche richten. Ein gelungenes Beispiel ist die schweizerische Initiative „Jugend mit Wirkung“ (www.jugendmitwirkung.ch), bei der Jugendliche dazu angeregt werden eigene Projekte für ihre Gemeinde zu erarbeiten und zu realisieren. Auch die Stadt Mülheim hat gezielt Kinder und Jugendliche angesprochen, um diese an der Entwicklungsplanung zu beteiligen.

Projekt Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Teilraumentwicklungsplanung Mülheim-Broich/Speldorf

Bedeutendes Merkmal des Projektes war die Beteiligung vieler verschiedener Akteursgruppen und Akteure, u.a. Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen und Schülerinnen und Schüler sowie die relevanten Ämter der Stadt Mülheim. Innerhalb dieser generationenübergreifenden Konstellation spielten während der Vorbereitungen die Schüler der Jahrgangsstufe 12 der Willy-Brandt-Gesamtschule eine besondere Rolle, indem sie sich für die Dauer eines Schul-

halbjahres intensiv mit der Teilraumentwicklungsplanung Broich/Speldorf beschäftigten. Als geschulte „Planungsprofis“ nahmen sie an der Konzeptionsentwicklung teil und übernahmen Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, wie die Durchführung und Moderation der Auftaktveranstaltung. Darüber hinaus brachten sie ihr Wissen ein und begleiteten Kinder und Jugendliche bei der Durchführung der einzelnen Beteiligungsbausteine des Planungsprozesses und hatten auf dieser Weise eine Mentorenrolle inne.

Als Initiator war die Kommune verantwortlich für die Zusammenführung der für das Projekt in Betracht kommenden Ämter und ihre Kooperation. Die Rolle des Stadtentwicklungsamt und des Amtes für Statistik war in der Vorbereitungsphase sehr bedeutsam. Während das Amt für Statistik die relevanten statistischen Daten lieferte, bot das Stadtentwicklungsamt kartografisch-technische Unterstützung, insbesondere bei der Erstellung von thematischen Karten. Bereits in dieser Phase war die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erheblich. Einbezogen wurde auch die Jugendhilfeplanung, im Verlauf des Prozesses nahm auch das Planungsbüro Stadt-Kinder aus Dortmund teil. Beide Organisationen setzten die von Kindern und Jugendlichen artikulierten Wünschen und Vorstellungen planerisch um.

Während der Erkundungsgänge im Stadtteil zeigte sich die Bedeutung des direkten persönlichen Kontakts mit den Jugendlichen. Dies wurde vor allem von den beteiligten Erwachsenen hervorgehoben. Dies war auch in den übrigen Kommunikationsprozessen, wie der Vorstellung der Zwischenergebnisse in Ausschüssen, den Planungsgesprächen mit Jugendlichen und Eltern- und Trägerkonferenzen, der Fall.

Die aufwändigste Aufgabe des Projektes bestand darin, Planungsverfahren und -instrumente Kindern und Jugendlichen zugänglich zu machen, während zur gleichen Zeit Erfahrungen und Erkenntnisse von Kindern und Jugendlichen für Erwachsene verständlich und nachvollziehbar gemacht werden mussten.

Kontaktdaten

Jugendhilfeplanung

Amt für Kinder, Jugend und Schule der Stadt Mülheim

Stadt Mülheim an der Ruhr

Schloßstraße 22, 45466 Mülheim an der Ruhr

Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement/ gemeinsame Freizeitgestaltung

In vielen Bereichen können sich Jung und Alt durch ihre unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten im Alltag unterstützen und ergänzen. So verfügen Senioren oft über mehr Zeit als berufstätige Eltern. Umgekehrt benötigen viele Senioren ihrerseits aber auch Unterstützungsleistungen, z.B. beim Einkaufen oder bei der Hausarbeit. Daher sind in den letzten Jahren vielfältige bürgerschaftliche Initiativen entstanden, bei denen ältere Menschen Zeit mit Kindern verbringen, mit ihnen ins Theater gehen oder bei den Hausaufgaben helfen (z.B. www.zeitmitkindern.de) sowie Projekte, bei denen die Unterstützung in umgekehrter Richtung funktioniert („Jung hilft Alt“). So ist eine Vielzahl an Einrichtungen entstanden (z.B. Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser), die in allen Fragen des Älterwerdens Unterstützung

leisten. Dies wird in der Regel durch gemeinsames Engagement älterer und jüngerer Generationen realisiert. Die Unterstützung besteht meist aus Beratungen zum Altwerden, Wohn- und Vorsorgeberatung, Seniorenberatung und –begleitung sowie Besuchs- und Betreuungsdiensten. Eine besondere Form findet man im Stadtteilzentrum in Bochum-Dahlhausen, wo konzeptionell das Team multi-ethnisch zusammengesetzt ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben auf diese Weise täglich das vor, was die Initiative gesellschaftlich anstrebt.

Überdies greifen Projekte auch Initiativen für Aktivitäten im Bereich der gemeinsamen Freizeitgestaltung auf. Ein Beispiel hierfür ist das Bürgerinstitut in Frankfurt am Main, das eine ganze Reihe an Angeboten sowohl für ältere als auch für jüngere Menschen entwickelt und bereitstellt.

Bei dem seit über 110 Jahre existierenden **Bürgerinstitut** in Frankfurt am Main liegt seit mehr als 20 Jahren der Fokus der Arbeit auf Angeboten für älter werdende Menschen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben alle eine einschlägige Berufsausbildung und –erfahrung. Die in den Besuchs- und Betreuungsdiensten freiwillig tätigen Frauen und Männer werden intensiv auf ihr Einsatzgebiet vorbereitet und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrer Arbeit begleitet.

Das Bürgerinstitut hat viele Projekte in unterschiedlichen Bereichen durchgeführt, in denen das generationenübergreifende soziale Engagement von Bedeutung ist. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ vermittelt beispielsweise Wohnpartnerschaften zwischen jungen und alten Menschen. Der Kern des generationsübergreifenden Projekts besteht darin, dass ältere Menschen jungen Studierenden oder Auszubildenden ein Zimmer in ihrer Wohnung zur Verfügung stellen. Der Student zahlt keine Miete, sondern unterstützt seinen Vermieter als Gegenleistung durch Hilfe im Haushalt. Die steigenden Vermittlungszahlen widerspiegeln den erhöhten Bedarf an dieser Dienstleistungsform bei den jüngeren und älteren Generationen.

Ferner ist das Bürgerinstitut auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung aktiv. *Treffpunkt Rothschildpark* ist ein Projekt, das sich hauptsächlich der Freizeitgestaltung widmet. 25 Ehrenamtliche arbeiten unter der Leitung einer professionellen Mitarbeiterin an unterschiedlichen Angeboten für über 50-Jährige mit. Im Mittelpunkt stehen der Austausch und die Begegnung mit anderen, die ihren Interessen und Hobbys nachgehen wollen, ihr Wissen erweitern oder weitergeben möchten. Angeboten werden Lesungen, Cafeteria, Gestalten mit Speckstein, Vorträge, Ausflüge, Gymnastik, Spieletreff, Singgruppe, Folkloretanz, Informationsveranstaltungen und Feste. Das Bürgerinstitut führt weiterhin ein ehrenamtlich geleitetes kunstorientiertes Projekt durch. Das seit 2008 bestehende Angebot „Kunst nicht nur mit den Augen sehen“ lässt Nichtsehende und Sehende gemeinsam Kunst erleben, indem es mehrere Sinne in der Betrachtung und im Erleben der Kunst einbezieht. Mit der Erarbeitung eines Kriterienpapiers zu barrierefreien Führungen und Audioguides für Sehbehinderte schufen die TeilnehmerInnen eine Grundlage für ausführliche Bildbeschreibungen. Somit leistete das Projekt einen wichtigen Beitrag zu barrierefreien Museen und kulturellen Veranstaltungen.

Kontaktdaten

Bürgerinstitut e.V.

Oberlindau 20, 60323 Frankfurt am Main

<http://www.buergerinstitut-ffm.de>

6.3 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei Projekten zur Förderung des Generationendialogs

Um Hinweise zu erhalten, wie gute und erprobte Ansätze und Projekten im Rahmen des Dialogs der Generationen erfolgreich weiter verbreitet werden können, wurden im vorliegenden Projekt in verschiedenen Diskussionsformaten mit Fachexperten und Akteuren aus der Praxis Erfolgsfaktoren und Hemmnisse ermittelt. Die Ergebnisse sind im Folgenden zusammengefasst.

„Treiber“ bzw. Schlüsselfigur(en)

Ebenso wie in den anderen Handlungsfeldern des generationengerechten Wohnens und Lebens ist für den Dialog der Generationen das Auftreten und Handeln einer Person oder Gruppe von Personen maßgeblich, die die Verantwortung für die Initiierung und Umsetzung der Projekte übernimmt, entsprechend die Weichen stellt und sie vorantreibt. Es muss nicht unbedingt die Verwaltungsspitze sein, die hier initiierend auftritt, denn Initiativen werden oft durch bottom up-Prozesse ins Leben gerufen, z.B. von lokalen Verantwortungsgemeinschaften.

Stabiler Rahmen zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements

Ehrenamtliche Projekte brauchen einen professionellen Rahmen in dem sie arbeiten können. Dazu gehören verfügbare Räume, eine professionelle Organisationsstruktur und eine sachkundige Betreuung der ehrenamtlich Engagierten, die sie informiert und begleitet und bei Konflikten Hilfestellung bietet.

Qualifizierung der Ehrenamtlichen

Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Qualifizierung der Ehrenamtlichen, z.B. durch Schulungen und Kurse zu unterschiedlichen für die ehrenamtlichen Tätigkeiten relevanten Themen, wie beispielsweise Konfliktlösungsstrategien, Anwerbung von neuen Ehrenamtlichen, Öffentlichkeitsarbeit etc.

Gestalterische Freiräume und Gelegenheitsstrukturen für Ehrenamtliche

Das freiwillige Engagement befindet sich im Wandel: War das Engagement bisher von Werten „traditionsreicher sozialer und weltanschaulicher Milieus“ bestimmt, basiert es heute zunehmend auf Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung (Keup 2011). Vor diesem Hintergrund kommt den gestalterischen Freiräumen für Ehrenamtliche eine große Bedeutung zu. Diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, wollen selber Verantwortung übernehmen und eigene Projekte entwickeln. Dies erfordert einen institutionellen Rahmen, innerhalb dessen solches ermöglicht wird (Gelegenheitsstrukturen).

Ehrenamtliche und Hauptamtliche müssen sich „auf gleicher Augenhöhe begegnen“

Ein Hemmnis, das nicht unterschätzt werden sollte, sind potenzielle Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamt. Dieses Konfliktpotenzial früh zu erkennen und diesbezüglich gegenzusteuern ist eine wichtige Aufgabe. Hier können Seminare und Supervisionsangebote sowohl für Hauptamtliche als auch für Ehrenamtliche dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu stärken. Respekt, eine gegenseitige Anerkennung der Leistungen von Ehrenamtlichen und

Hauptamtlichen, die auf unterschiedliche Weise ausgedrückt werden kann, ist ein zentraler Erfolgsfaktor für das Gelingen der Projekte.

Beteiligung und Akzeptanz

Gerade bei Partizipationsprojekten in einem kommunalen institutionellen Rahmen trägt die Beteiligung aller Akteure zum Erfolg bei, denn sie steigert oft die Motivation und Akzeptanz. Sie erhöht die Bereitschaft zur Kooperation und die Chance einer ständigen Einbindung der politischen Entscheidungsgremien.

Vernetzung

Gut vernetzte Akteure gelten im Dialog der Generationen fast als Bedingung für den Erfolg der initiierten Projekte. Netzwerke ermöglichen den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Erkenntnissen und öffnen bzw. verstärken Möglichkeiten für neue Formen der Infrastrukturförderung. Gute Kommunikationsfähigkeiten und eine souveräne Beherrschung der gängigen Kommunikationstechniken zählen daher zu den Voraussetzungen erfolgreicher generationsübergreifender Projekte.

6.4 Hinweise und Empfehlungen zur Förderung des Generationendialogs

Kommunen und Gemeinden auf der einen und gesellschaftliche Gruppierungen und Initiativen auf der anderen Seite können die Qualität des Zusammenlebens der Generationen durch den Dialog stärken und erhöhen. Beide Akteursgruppen tragen hierfür Verantwortung. Gesellschaftliche Gruppierungen und Freiwillige verfügen über Wissen, Erfahrungen und Erkenntnisse die sie in den Generationendialog einbringen möchten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, eignen sie sich über Schulungen, Weiterbildung und spezifische Vorbereitungen neue Fähigkeiten und Vermittlungstechniken an, verbessern ihre Organisationen oder passen sie an veränderte Bedingungen an.

Für Kommunen liegt die Hauptaufgabe, den Dialog der Generationen zu fördern, in der Verbesserung, der Anpassung oder der Ergänzung der Rahmenbedingungen. Dabei sollten Kommunen stärker und erfindungsreicher als bisher Engagierte und Engagement zusammenbringen.

Für den Generationendialog gilt es Folgendes zu beachten:

- Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger brauchen professionelle Unterstützung wie fachliche Beratung, Räume und Infrastrukturen für die Verwirklichung ihrer Ideen sowie eine Plattform für die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch. Hier geht es darum, Ermöglichungsstrukturen für ehrenamtliches Engagement sowie für die Begegnung der Generationen zu schaffen. Wichtige Akteure für die Bereitstellung solcher Ehrenamtsstrukturen sind Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationshäuser und Freiwilligenagenturen. Ein Beispiel für die Bereitstellung von Räumen für das nachbarschaftliche Engagement im Quartier ist der „Striepensaal“ im Hamburger Stadtteil Neuwiedenthal. Im Erdgeschoss eines umgebauten Hochhauses, das heute Seniorenwohnungen in Form von betreutem Wohnen beherbergt, befindet sich ein großer Veranstaltungssaal, der als Aufenthaltsraum, Kommunikationszentrum des Stadtteils und als Theater genutzt und vom Quartiersmana-

gement verwaltet wird. Neben der Unterstützung solcher Einrichtungen können Kommunen auch selbst Prozesse anstoßen, um Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, eigene Lösungen und Projektideen zu entwickeln und umzusetzen, beispielsweise indem sie Stadtteilkonferenzen oder Zukunftswerkstätten veranstalten.

- Die Professionalität im Ehrenamt wird durch den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Erkenntnissen in Netzwerken, aber auch durch neue Formen der Infrastrukturförderung erhöht. Kommunen können die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern, indem sie zum einen Kompetenzen sowie zum anderen die Ressourcen (nicht nur finanzielle, sondern auch z.B. räumliche Infrastrukturen) sowohl für haupt- als auch ehrenamtlich Engagierte bereitstellen. Ein gutes Beispiel ist das Netzwerk „Älterwerdende Landeshauptstadt Potsdam“.
- Kommunen müssen „mehr Empathie“ für die Freiwilligen und Ehrenamtlichen aufbringen und diese als gleichberechtigte Partner anerkennen, denn ehrenamtlich organisierte Initiativen empfinden die Verwaltung und deren Verfahren und Regeln oft als unflexibel, was zu Frustrationserlebnissen führen kann. Engagement braucht daher stets eine „sensible Begleitung“, bei der eine Balance besteht, die Engagierten einerseits selbstständig agieren zu lassen und andererseits in bestimmten Situationen Unterstützung zu bieten, in denen eine „Frustration oder Abbruch“ der Initiative droht.
- Kommunen sollten an vorhandene Strukturen ansetzen, indem die Zusammenarbeit mit NGOs und freien Trägern sowie Initiativen „mit mehr Fantasie“ gestärkt wird. Insgesamt brauchen zentrale Intermediäre wie z.B. Freiwilligenagenturen eine langfristige Absicherung, damit ehrenamtliches Engagement nicht nur auf dem Wege gebracht, sondern auch langfristig begleitet werden kann.
- Die Wertschätzung und Förderung von ehrenamtlichem Engagement ist ein weiterer zentraler Faktor. Die Projekte erbringen Leistungen nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für das Gemeinwesen. Wenn beispielsweise ein Schüler durch die Betreuung über einen Ausbildungspaten doch noch seinen Schulabschluss schafft, so werden dadurch erhebliche soziale und damit auch monetäre Kosten eingespart. Ein starkes Generationennetzwerk mit einer Vielzahl an bürgerschaftlich getragenen Projekten stellt also durchaus einen wichtigen Standortfaktor für eine Kommune dar und sollte dementsprechend gewürdigt werden, z.B. durch Fördermittel oder Auszeichnungen.
- Insbesondere im nicht-professionellen Bereich ist eine „professionalisierende“ Netzwerkarbeit besonders effektiv, da hier die Akteure oft schon gut vernetzt sind sowie ein aktives Interesse am Wissensaustausch haben. So haben beispielsweise die „Senior-Paten“ in Berlin (Mentoringangebote an Schulen) eigenständig Fortbildungen organisiert. Die Kommune kann hier mit geringen Mitteln einen deutlichen Zuwachs an Knowhow erreichen und sich als Partner für die Ehrenamtlichen profilieren.
- In größeren Kommunen besteht in der Regel eine verwaltungstechnische Aufteilung der Zuständigkeiten für Senioren einerseits sowie für Jugendliche und Kinder andererseits. Für eine Stärkung des Dialogs der Generationen ist jedoch ein sektorübergreifender Ansatz erforderlich. In kleineren Gemeinden mit einer geringeren Ausdifferenzierung in der Verwaltung gelingt die Integration von jugend- und seniorenpezifischen Themen oft bes-

ser. Ein gutes Beispiel für einen strategisch verankerten Dialog der Generationen ist dabei die Stadt Arnsberg: Der Bürgermeister Hans-Josef Vogel hat bereits früh die Folgen des demografischen Wandels für die Stadt erkannt und eine Reihe von Maßnahmen (wie z.B. der Einrichtung einer Stabstelle sowie einer „Zukunftsagentur“, eine offensive Kampagne zu dem Thema u.a.) initiiert.

7 Zusammenfassung und Fazit

Generationengerechtes Leben stellt einen zentralen Stabilitätsfaktor für Kommunen dar. Die Attraktivität von Kommunen für ihre Bewohner wird u.a. darüber hergestellt, dass unterschiedliche Generationen ihre Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung umsetzen können – sei es beim sozialen Miteinander, bei der Arbeit oder in der Freizeit. Das Projekt hat gezeigt, dass es bereits in vielen Regionen und Kommunen gute Beispiele gibt, wie Konzepte, Projekte und Maßnahmen entwickelt werden können, um eine lebensbejahende, generationengerechte Zukunft der Kommune zu sichern. Im vorliegenden Projekt wurden in vielen Diskussionsrunden und Expertengesprächen Hinweise und Empfehlungen erarbeitet, die Kommunen dabei unterstützen können, die generationengerechte Entwicklung zu einem gemeinsamen demokratischen Prozess aller Akteure und Betroffenen zu machen.

Die Analyse bestehender Leitbilder in Kommunen und deren Strukturierung und Auswertung im Hinblick auf ihren Beitrag zur Generationengerechtigkeit ergab, dass das Thema generationengerechtes Wohnen und Leben in vier zentrale Handlungsfelder untergliedert werden kann:

- Generationenübergreifendes Zusammenleben
- Erhalt der Lebensqualität
- Erhalt der Ressourcen
- Dialog der Generationen.

In den Diskussionen zu den Handlungsfeldern zeigte sich, dass es eine Reihe von Erfolgsfaktoren gibt, die für alle vier Felder gleichermaßen von Bedeutung sind. Diese übergreifenden Faktoren und Empfehlungen, wie Kommunen generationenübergreifendes Wohnen und Leben umsetzen können, sollen im Folgenden zusammengefasst werden.

Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Generationengerechtigkeit in der Kommune

Zum generationengerechten Wohnen und Leben sind mittlerweile viele Projekte in die Wege geleitet und realisiert worden, die zum Erhalt der Lebensqualität und der Ressourcen wie auch zum generationenübergreifenden Zusammenleben und dem Dialog der Generationen beitragen. Zwischen diesen vier Handlungsfeldern für generationengerechte Kommunen gibt es vielfältige Schnittstellen und Synergien. So können beispielsweise Umweltbildungsprojekte sowohl zum Erhalt der Ressourcen als auch zum Dialog der Generationen beitragen. Um die Synergien zwischen den unterschiedlichen Initiativen gezielt nutzen zu können, brauchen kommunale Entscheidungsträger jedoch eine *langfristige, übergeordnete Strategie zur Generationengerechtigkeit*, die die Aktivitäten in allen vier Handlungsfeldern unter einem gemeinsamen Dach zusammenführt.

Dabei spielt die *Entwicklung von Leitbildern* eine wichtige Rolle. In jenen Kommunen, in denen eine Gesamtstrategie entwickelt wurde, die neben Impulsen auch einen Rahmen für gemeinsame Handlungsansätze setzt, zeigt sich, dass Leitbilder eine wichtige integrierende Funktion haben. Leitbilder können allerdings als solche wenig bewirken, wenn sie nicht umgesetzt werden. Hierfür bedarf es konkreter und nachvollziehbarer Maßnahmen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt bei der Entwicklung von Strategien ist es, *an vorhandene Stärken in einer Kommune anzuknüpfen*. Ein guter Weg, um schnell Handlungserfolge zu erzielen ist es, vorhandene Potenziale aufzugreifen und an bestehende gute Projekte anzuschließen und diese weiterzuentwickeln. Oftmals findet man hier einen Kreis von gut vernetzten Akteuren, mit deren Hilfe auch weitere innovative Ideen und Maßnahmen angegangen werden können.

Für die Umsetzung der Strategie können „*Zukunftsmanager*“ eine zentrale Rolle einnehmen. „*Zukunftsmanager*“ wirken dabei als „*Kümmerer*“ vor Ort, das heißt als feste Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und als Bindeglied zwischen Kommune und Bürgerschaft. Sie können je nach Ort und Aufgabe unterschiedlich institutionell verankert sein und sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich tätig sein. Der Vorteil bei hauptamtlichen und bezahlten „*Zukunftsmanagern*“ ist dabei, dass sie langfristig eine Strategie begleiten können und nicht nur projektweise beschäftigt werden. Als zentrale Ansprechpartner können sie zudem eine Vernetzungsfunktion für die Initiativen vor Ort einnehmen. Außerdem können sich die *Zukunftsmanager* aktiv in überregionale Netzwerke z.B. zu erneuerbaren Energien oder Mehrgenerationenhäusern einbringen, um Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu Förderinstitutionen oder auch anderen, wichtigen Partnern zu erhalten. Vor Ort können *Zukunftsmanager* das Thema Generationengerechtigkeit an die Bürgerinnen und Bürger vermitteln. So hat die Stadt Halle z.B. einen Demografiebeauftragten als zentrale Anlaufstelle für jüngere wie ältere Generationen eingesetzt.

Ein zentraler Aspekt jeglicher Aktivitäten, die ein generationengerechtes Wohnen und Leben fördern, ist, dass die Kommune ein *Bewusstsein für gemeinschaftliches Handeln* herstellen muss. Erst wenn der Kommunalrat von einem Bedarf überzeugt ist, können Strategien und Maßnahmen für eine generationengerechte Gestaltung der Kommune angegangen werden.

Unterstützung von Projekten und Initiativen vor Ort

Initiativen und Projekte zum generationenübergreifenden Wohnen und Leben (seien es Wohnprojekte, Bildungsprojekte, neue Versorgungskonzepte o.ä.) sind bei ihrer Umsetzung häufig mit hohen fachlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Aufgabe der Kommune sollte es daher sein, Beratungsleistungen für solche Projekte bereitzustellen oder zu vermitteln, beispielsweise *Beratung bei Fachfragen, Hilfe bei der Antragstellung, bei rechtlichen oder finanziellen Fragen*. Berlin hat beispielsweise mit der Agentur GenerationenWohnen eine solche Stelle geschaffen, um Informationen rund um das Thema generationenübergreifendes Zusammenleben zu bündeln und bereitzustellen.

Auch der *Vernetzung von Initiativen und Projekten* kommt eine große Bedeutung zu. Eine gute Vernetzung ermöglicht es den Akteuren, sich über Projekterfahrungen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse auszutauschen und sich über vorhandene Good Practice Beispiele, Ansätze und Konzepte zu informieren. Auf diese Weise kann vom Wissen und den Erfahrungen der Anderen gelernt werden. Besonders wichtig dabei ist es, sich nicht nur über Ziele und Erfolge auszutauschen sondern insbesondere auch über die Entstehungsprozesse der Projekte, über mögliche Schwierigkeiten und deren Überwindung. Kommunen können hier unterstützen, indem sie Vernetzungsplattformen bereitstellen.

Dem *ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger* kommt im Bereich der Generationengerechtigkeit eine besondere Bedeutung zu. Viele Projekte und Initiativen in allen vier betrachteten Handlungsfeldern wären ohne ehrenamtliches Engagement so nicht umsetzbar. Das bürgerschaftliche Engagement und die damit verbundenen lokal vorhandenen Erfahrungen und das Wissen um die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, stellen in kommunalen Strategien eine bedeutende Ressource dar. Mit dem Engagement für die Gemeinschaft übernehmen Ehrenamtliche eine wichtige Verantwortung für die Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds. Neben der klassischen Form des freiwilligen Engagements als festes Mitglied in einem Verein wird zunehmend auch zeitlich begrenztes, projektbasiertes Engagement wichtiger. Die Motivation von Freiwilligen steht und fällt dabei mit der expliziten Anerkennung und Wertschätzung des Engagements, aber auch mit der Qualität der Projektorganisation. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die *Bereitstellung von Unterstützungsstrukturen* für bürgerschaftliches Engagement. Dazu zählt sowohl die Schaffung von Räumen, sowohl im baulichen als auch im sozialen Sinne, damit Menschen sich ehrenamtlich engagieren können, als auch die professionelle Beratung und Koordination der Ehrenamtlichen. Solche Unterstützungsstrukturen werden vielerorts von Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäusern oder Agenturen für bürgerschaftliches Engagement getragen. Kommunen können bürgerschaftliches Engagement stärken, indem sie die Bereitstellung dieser Unterstützungsstrukturen fördern. Außerdem kann die Kommune auch selbst Prozesse anstoßen, um bürgerschaftliches Engagement anzuregen, beispielsweise durch *Stadtteilkonferenzen oder Zukunftswerkstätten*, auf denen Bürger ihre eigenen Projektideen entwickeln können.

Ein wichtiger Faktor bei der Initiierung und Umsetzung von Projekten zum generationengerechten Wohnen und Leben ist der *Rückhalt durch politische Schlüsselakteure vor Ort*, insbesondere den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin. Die Untersuchungen im vorliegenden Forschungsprojekt machen deutlich, dass es einen wesentlichen Erfolgsfaktor für Projekte und Initiativen darstellt, wenn sich die politische Spitze hinter ein Thema stellt und es konsequent und über einen längeren Zeitraum unterstützt.

Neben dem politischen Rückhalt können Kommunen Projekte aber auch ganz konkret durch die *Bereitstellung von Grundstücken* unterstützen. Eine Vielzahl von Projekten, sowohl Projekte zum generationenübergreifenden Wohnen als auch Dorfladeninitiativen oder Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien benötigen Grundstücke für ihre Realisierung. Hier können Kommunen durch ihre Liegenschaftspolitik ganz gezielt solche Projekte fördern.

Kooperation und Kommunikation

Ein wichtiges Instrument für Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zum generationengerechten Wohnen und Leben ist die *interkommunale Zusammenarbeit*. Good Practice Beispiele dazu gibt es im Bereich des kommunalen übergreifenden Flächenmanagements, aber auch bei der Zusammenarbeit bezüglich der Bereitstellung von Infrastrukturen. Solche Kooperationen zielen beispielsweise darauf ab, dass zumindest innerhalb der Region eine Vielfalt an Angeboten vorgehalten werden kann.

Strategien und Konzepte zum generationengerechten Wohnen und Leben sind am erfolgreichsten, wenn sie von Anfang an in einem *gemeinsamen kooperativen Prozess* zwischen

Bürgerschaft, lokalen Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft sowie den beteiligten Vertretern aus Politik und Verwaltung entwickelt werden. Hierfür bieten sich unterschiedliche Verfahren wie z.B. Runde Tische, Zukunftswerkstätten oder Stadtteilkonferenzen an. So wurde in Altena im Sauerland mit dem Prozess „Neues Altern in der Stadt“ explizit ein Leitbildprozess angestoßen, der den demographischen Wandel und entsprechende Zukunftsstrategien adressiert. Die Stadt Arnsberg setzt ebenfalls seit fast 20 Jahren „Generationengerechtigkeit“ strategisch über verschiedene Projekte um, wie z.B. Kooperationsprojekte zwischen Jung und Alt, der Weiterbildungsakademie „6 bis 99“, „Partnerschaften von Mensch zu Mensch“ oder die Bildungskoopeation der Fachstelle Zukunft Alter.

Eine Strategie zur Generationengerechtigkeit braucht für die Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen die Mitwirkung und den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger. Strategien und Projekte sind daher oftmals nur dann erfolgreich, wenn Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in einem *Prozess* „echter“ *Partizipation* eingebunden werden. Denn sie wissen am besten, welche Bedürfnisse vor Ort konkret bestehen und für welche Handlungsmöglichkeiten die Akzeptanz am größten ist. Dabei gilt es, auch Verantwortung an die Bürgerschaft abzugeben. Dabei ist es wichtig, alle Betroffenen vor Ort einzubinden – *auch Gegner und Widerständler*. Denn die Realisierung von generationengerechten Projekten trifft oft nicht nur auf Zustimmung sondern kann auch Widerstand hervorrufen, insbesondere wenn die Projekte mit Baumaßnahmen oder Flächenausweisungen verbunden sind (beispielsweise bei der Errichtung einer Windkraftanlage oder dem Bau eines Spielplatzes). Emotionen und Empfindlichkeiten der Betroffenen sollten rechtzeitig erkannt und ernst genommen werden, da es sonst zu heftigen Protesten kommen kann. Für den Erfolg ist es maßgeblich, dass auch Widerständler in die Kommunikations- und Beteiligungsprozesse eingebunden werden, z.B. über „Runde Tische“.

8 Anhang

8.1 Literaturquellen

Ahlheit, P. (2011): Dialog der Generationen - Notwendigkeit und Chance (Impulsreferat auf dem Aktionstag des Projektbüros „Dialog der Generationen“ am 29.4.2011 in Berlin)

Bambey, H. (2009): Standort- und Bedarfsanalyse „Wohnkonzept 55+“ – Neue Wohnformen für Senioren in 36211 Alheim; Knüllwald

BBR (2008): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel, Dokumentation der Fachtagung am 30. Oktober 2007 im Umweltforum Berlin, BBR-Online-Publikation, Nr. 11/2008, Berlin/ Bonn,

www.bbsr.bund.de/cln_032/nm_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2008/DL_ON112008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_ON112008.pdf.

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (o.J.): Leitbilder und Konzepte der Raumordnung,

http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nm_600826/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/LeitbilderKonzepte/leitbilderkonzepte_node.html?nnn=true.

Behrendorf, B. (2007): Kommunale Demografietypen: Typisierung der Städte und Gemeinden durch eine Clusteranalyse, Gütersloh.

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die Zukunft der Dörfer – Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang, Berlin.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg., 2006): Wegweiser Demografischer Wandel 2020, Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh.

Binner, U.; Ortmann, K.; Zimmermann, R.-B.; Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Alte Schule Karlshorst – integratives und generationsübergreifendes Wohnen“; Berlin o.J.

BMFSF – Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen (2010): Monitor Engagement, Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys, Berlin.

BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (2004): Wohnungsgenossenschaften - Potenziale und Perspektiven. Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (Kurzfassung), Berlin

Büscher, A., Emmert, S., Hurrelmann, K. (2009): Die Wohnvorstellungen von Menschen verschiedener Altersgruppen, Bielefeld

Destatis - Statistisches Bundesamt (2011): Ältere Menschen in Deutschland und der EU, Wiesbaden.

EU-Kommission (Hrsg., 2005): Mitteilung der Kommission vom 16.3.2005. Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, KOM(2005)94 endg.

FFG – Forschungsgesellschaft für Gerontologie an der Universität Dortmund (2005): Intergerenerative Projekte in NRW, Bestandsaufnahme, Bewertung, Vernetzungs- und Qualifizierungsbedarf, Studie durchgeführt im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Nordrhein-Westfalen, Dortmund, www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/alter/studie_intergenerative-projekte.pdf [18.04.2012].

Genter, W. (2008): Generationengerechtes Wohnen als Zukunftsaufgabe für eine Förderbank, Präsentation auf dem Symposium „Wohnen im Alter“ am 04.12.2008 in Berlin: http://www.deutscher-verband.org/cms/fileadmin/medias/Jahrestagung/WIA_10_Genter.pdf

Gerwin, M. (2005): Demografie – (k)ein Problem?! Eine Chance das Wissen und die Erfahrungen Älterer zu nutzen. In: Bischof, S.; Braun, J.; Olbermann, E. (Hrsg.) (2005): Leitfaden für die Nutzung des Erfahrungswissens der Älteren als *senior*Trainerin und in *senior*Kompetenzteams. ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 90. S. 10ff.

Grymer, H., Köster, D., Krauss, M., Ranga, M.-M., Zimmermann, J.C. (2005): Altengerechte Stadt – Das Handbuch Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte, hrsg. von der Landesseniorenvertretung NRW e. V., Wuppertal.

Jekel, G. (2007): Vorstudie zur Einrichtung einer „Netzwerkagentur Generationenübergreifendes Wohnen“, hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik.

Keup, Heiner (2011): Was hält plurale und komplexe Gesellschaften zusammen und was stärkt die Zivilgesellschaft? In: Sozialverband VdK Bayern e.V. (Hrsg.) (2011): Generationengerechtigkeit – Generationensolidarität, München.

Kiepe, F. (2007): Zur Bedeutung kommunaler Wohnungsunternehmen für Wohnraumversorgung und Stadtentwicklung; in: Steinert, J. (Hrsg.): Kommunale Wohnungsunternehmen - Tafelsilber oder Saatkartoffeln? Positionen des AK Stadtentwicklung, Bau und Wohnen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 41-53.

Kuhlicke, C., Petschow, U., Zorn, H. (2005): Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum, Studie für den Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Endbericht, http://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/versorgung_waren_l%C3%A4ndlicher_raum_lang.pdf [30.10.11].

Mascher, U. (2011): Generationensolidarität ist Trumpf! In: Sozialverband VdK Bayern e.V. (2011): Generationengerechtigkeit – Generationensolidarität. VdK-Forum am 23./24. Februar 2011 in der Evangelischen Akademie, Tutzing, S. 7-13, <http://vdk.de/cms/mime/2914D1313133441.pdf> [18.04.12].

Matuschek, K., Hurrelbrink, P. (2006): Das Themenmodul „Generationengerechtigkeit“ im Überblick, Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Mercer (2010): Quality of living, Measuring the difference and setting the allowance, London.

MWEBWV – Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Baugruppen und Wohngruppenprojekte. Ein Handbuch für Kommunen, Düsseldorf

REK Oberallgäu (2007):

Auswertung bestehender Leitbilder und Entwicklungskonzepte im Landkreis Oberallgäu durch Weizenegger, S./ LAG Regionalentwicklung Altusried-Oberallgäu,
http://www.regionalentwicklung-oberallgaeu.de/download/auswertung_leitbilder.pdf.

Rüdiger, A. (2011): Kommunale Ansätze und Leitbilder für klimagerechte und -angepasste Stadtentwicklung, http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/irpud/fileadmin/irpud/content/documents/Ruediger_4DoWoPoKoll2011.pdf.

Schüler, B. (o.J.): Dialog der Generationen - Wege des Miteinanders von Jung und Alt, Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=6&c=texte&id=91 [18.04.12].

Spiekermann, K. (1999): Leitbilder der räumlichen Stadtentwicklung in der kommunalen Planungspraxis, Teilbericht des von der Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Vergleich räumlicher Stadtstrukturen auf Sozial- und Umweltverträglichkeit“, Berichte aus dem Institut für Raumplanung der Universität Dortmund, Nr. 42/ 1999, Dortmund.

WHO (1996): WHOQOL-BREF, Introduction, Administration, Scoring and Generic Version of the Assessment, Field Trial Version December 1996, Programme on Mental Health, Genf, www.who.int/mental_health/media/en/76.pdf [10.10.11].

8.2 Weiterführende Links und Literatur zum Thema Generationengerechtes Wohnen und Leben

Im Folgenden sind die weiterführenden Informationen (Internetadressen, Broschüren, Handbücher, Leitfäden etc.), die für den LBS-Zukunftskompass zusammengestellt wurden, aufgeführt.

Generationenübergreifendes Zusammenleben

Mehrgenerationenhäuser (www.mehrgenerationenhaeuser.de): Die Website bietet Informationen zum Aktionsprogramm und eine Übersicht über die 500 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland.

Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. (www.fgw-ev.de): Die Website des Vereins zeigt die Vielfalt gemeinschaftlicher Wohnprojekte auf und vernetzt die verschiedenen Akteure.

Kompetenznetzwerk Wohnen (www.kompetenznetzwerk-wohnen.de): Das Portal stellt Informationen zu gemeinschaftlichen und anderen selbstbestimmten Wohnformen im Alter bereit.

Baugruppen und Wohngruppenprojekte. Ein Handbuch für Kommunen (hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, zu beziehen unter <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de>): Das Handbuch zeigt Strategien für Kommunen zur Förderung von Wohngruppenprojekten auf.

Zukunftsgerechte Wohnformen & Services (hrsg. von der BauWohnberatung Karlsruhe, www.kreis-germersheim.de/zukunftsgerechte-wohnformen-und-services.html): Am Beispiel des Landkreises Germersheim wird dargestellt, wie man generationenübergreifendes Wohnen im ländlichen Raum umsetzen kann.

Erhalt der Lebensqualität

Praxisbeispiele zur (inter-)kommunalen Zusammenarbeit werden zum einen in der Broschüre „Interkommunale Zusammenarbeit – Praxisbeispiele, Rechtsformen und Anwendung des Vergaberechts des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB- Dokumentation Nr. 51) sowie zum anderen auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren (www.stmi.bayern.de/buerger/kommunen/zusammenarbeit) vorgestellt.

Das Portal zur Breitbandversorgung des Bundeswirtschaftsministeriums www.zukunft-breitband.de stellt Praxisbeispiele vor und gibt Hinweise u.a. zu Fördermöglichkeiten und technischen Fragen.

ÖPNV: Planung für ältere Menschen. Ein Leitfaden für die Praxis (BMVBS-Online-Publikation Nr. 09/2010): In dem Leitfaden des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden Praxistipps zur Nahverkehrsplanung für ältere Menschen gegeben.

Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement fördern. Ein Handbuch für die Praxis. (hrsg. vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, www.bwstiftung.de): Das Handbuch erklärt anschaulich am Beispiel von Unterstützungsmög-

lichkeiten und Arbeitshilfen, wie unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement vor Ort mit Leben erfüllt werden kann

Erhalt der Ressourcen

Das **Portal der Agentur für Erneuerbare Energien** (www.kommunal-erneuerbar.de, hrsg. in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und dem BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) gibt einen Überblick über Leitfäden, Termine und Praxisbeispiele.

Klimaschutz in Kommunen (<http://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de>): Der Praxisleitfaden des Deutschen Instituts für Urbanistik befasst sich u.a. mit Themen wie Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe oder der Finanzierung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen.

Erneuerbare Energie in Kommunen – Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten (Jürgen Staab, Wiesbaden 2011): Das Buch gibt technische und organisatorische Tipps zur Planung und Umsetzung eigenständiger Energieerzeugung.

Erneuerbare Energien durch finanzielle Teilhabe fördern – Ansätze, Akteure, Aufgaben (hrsg. von Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, www.izt.de/projekte/laufende-projekte/projekt/akzeptanzfoerderungee/): Der Foliensatz mit Begleitpapier soll Hilfestellung bei der Erarbeitung von praxistauglichen finanziellen Beteiligungskonzepten für Erneuerbare Energien geben.

Das **Portal „Wege zum Bioenergiedorf“** (www.wege-zum-bioenergiedorf.de) stellt vielfältige Informationen für eine nachhaltige Energieversorgung in ländlichen Regionen zusammen.

Die Initiative „WasserInBürgerhand!“ (www.wasser-in-buergerhand.de) setzt sich für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein und stellt hierfür Informationen zur Verfügung.

Dialog der Generationen

Projektbüro „Dialog der Generationen“ (www.generationendialog.de): Die Website bietet mit vielfältigen Informationen und einer Projekte-Datenbank einen guten Überblick über die Bandbreite laufender generationsübergreifender Projekte in Deutschland.

Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit (hrsg. vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/bin/): Die Broschüre stellt die 40 Preisträger des Wettbewerbs „Generationendialog in der Praxis“ vor.

Kommunen gemeinsam gestalten. Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort (hrsg. vom BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Der Leitfaden befasst sich mit der Frage, wie Initiativen für ein aktives Alter entwickelt werden können, mit der Förderung örtlicher Vernetzung sowie mit Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte (zu beziehen unter: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen.html).

Beteiligen! Themenheft 1 für kindergerechte Kommunen (hrsg. vom BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Der Leitfaden zeigt auf, wie gute

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune gelingen kann und welche Chancen sich daraus für eine Kommune ergeben (zu beziehen unter: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen.html).

Leitfaden für die Nutzung des Erfahrungswissens der Älteren als seniorTrainerin und in seniorKompetenzteams

(hrsg. von Bischoff et al., www.efi-programm.de/dokumente/projektsteuerung/ISAB-Bericht_Nr90.pdf) Als seniorTrainerinnen können ältere Menschen ihr Wissen an Vereine und Initiativen weitergeben, eigene Projekte gründen oder Akteure vernetzen (siehe auch <http://www.seniortrainer.org>).

8.3 Übersicht über Fokusgruppen und Interviews

Fokusgruppen

FG „Generationenübergreifendes Zusammenleben“ am 20.10.2011 in Berlin	
Katrin Bastian	Planwerkstatt Generationengarten
Gregor Jekel	Difu – Deutsches Institut für Urbanistik
Theo Killewald	Netzwerkagentur GenerationenWohnen Berlin
Stefanie Klinkhart,	Geschäftsführung LUU– Living in Urban Units GbR
Dr. Uwe Krink	LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Abteilungsdirektor Unternehmenskommunikation
Dr. Gabriele Schlimper	Der Paritätische - Landesverband Berlin e.V.
Peter Weber	Mietergenossenschaft SelbstBau e.G.
Bettina Zey	Nachbarschaftsheim Mittelhof Berlin e.V.
FG „Erhalt der Lebensqualität“ am 3.11.2011 in Hamburg	
Klaus Karweik	Fachgebietsleiter Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) - Zentrale Steuerung und Koordinierung
Helga Klindt	Vorsitzende der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Christina Pfeiffer	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Referat für integrierte ländliche Entwicklung
Silke Schmidtman	Leiterin der Koordinierungsstelle Verkehrssicheres Nordrhein-Westfalen im Regierungsbezirk Münster sowie Gesellschafterin der KME GbR Kompetenzzentrum für Mobilität und Entwicklung im ländlichen Raum
Volker Skroblies	Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft eG., Mitglied des Vorstands
Hanna Waesermann	ProQuartier Hamburg
FG „Erhalt der Ressourcen“ am 10.11.2011 in Stuttgart	
Dieter Bareis	Ferdinand-Porsche-Gymnasium, Stuttgart/ Verein „Schule und Umwelt am fpgz“ e.V.
Thomas Dresel	Umweltschutzamt Stadt Freiburg
Kaj Mertens-Stickel	Solar-Bürger-Genossenschaft eG, Freiburg
Michael Sladek	Elektrizitätswerke Schönau – Netzkauf EWS eG

Nico Storz	fesa - Förderverein Energie – und Solaragentur Regio Freiburg e. V.
Dimitri Vedel	Clean Energy GmbH
Rolf Wetzell	Elektrizitätswerke Schönau – Netzkauf EWS eG
FG „Dialog der Generationen“ am 17.11.2011 in Bonn	
Martin Berner	Bürgerinstitut e.V., Frankfurt am Main
Ina Bisani	Mentoring Ratingen e.V.
Frau Dr. Grote	EULE: Schüler schulen Senioren
Gert Podszun	Alt hilft Jung NRW e.V.
Friederike Müller	Mehrgenerationenhaus im Stadtteilzentrum Dahlhausen
Petra Schlüter	Projektwerkstatt 50plus
Gabriele Wahlen	Ceno und Die Paten e.V.

Übersicht Interview-Partner

Name	Institution	Datum Interview
Maria Hensler	Hilfe von Haus zu Haus e.V. Gaienhofen	07.10.2011
Willi Wagner	Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG Darmstadt	14.10.2011
Kaj Mertens-Stickel	Solar-Bürger-Genossenschaft eG Freiburg	28.11.2011
Doreen Raschemann	Neue-Energien-Forum-Feldheim e.V.i.G.	03.11.2011
Dr. Swantje Eigner-Thiel	Institut für Bioenergiedörfer Göttingen e.V. Georg-August-Universität Göttingen	03.11.2011
Frau Haag	Kraftwerk Haag GbR	08.11.2011
Volker Amrhein	Projektbüro Dialog der Generationen	28.11.2011
Wolfgang Ellenberger-Braach	Seniortrainer, Umweltbildungszentrum Licherode e.V.	21.11.2011
Bernd Rose	Amt für Kinder, Jugend und Schule der Stadt Mülheim	09.11.2011
Frau Schopp, Frau Klee, Frau Wirtz, Herr Koller	Bürgerverein Generationendorf St. Paul e.V. Wittlich	31.10.2011
Karin Inama	Gesundheitszentrum Ottersberg	21.11.2011
Herr Spelthann	DORV-Initiative	31.10.2011

8.4 Teilnehmer des Werkstattgesprächs

Teilnehmerliste des Werkstattgesprächs „Generationengerechtes Wohnen und Leben – Strategien für Kommunen“ am 9.2.2012 in Berlin

Moderation	
Christine Henseling	IZT (AG „Generationenübergreifendes Zusammenleben“)
Helga Jonuschat	IZT (AG „Erhalt der Lebensqualität“)
Carolin Kahlisch	IZT (AG „Erhalt der Lebensqualität“)
Johannes Rupp	IZT (AG „Erhalt der Ressourcen“)
Sie Liong Thio	IZT (AG „Dialog der Generationen“)
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	
Volker Amrhein	Projektbüro Dialog der Generationen
Doreen Bading	Deka Kommunal Consult GmbH
Heinrich Bambey	Projekt 55+ der Stadt Alheim
Bernd-Rüdiger Beitzel	Regionaldirektion Verden
Andrea Brandt	Die Freiwilligenagentur Friedrichshain-Kreuzberg
Tillmann Bruns	Stadt Delitzsch
Dr. Josef Bura	Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V.
Klaus Büge	Solarverein Berlin-Brandenburg
Dr. Christine von Blanckenburg	nexus - Institut für Kooperationsmanagement und Interdisziplinäre Forschung GmbH
Thomas Herker	Bürgermeister von Pfaffenhofen
Brigitte Herkert	Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung
Dr. Andreas Hollstein	Bürgermeister der Stadt Altena
Dr. Bernd Hunger	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
Ute Hustig	Bürgermeisterin Nuthetal
Gregor Jekel	Deutsches Institut für Urbanistik
Michael Joost	Stadt Wolfhagen
Dr. Kerstin Kammerer	Institut für Gerontologische Forschung
Joachim Klein	LBS - Bayrische Landesbausparkasse
Dr. Uwe Krink	LBS - Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
Georg Lütke	Bürgermeister der Stadt Alheim
Norbert Metzger	Bauamt der Stadt Bielefeld
Doreen Raschemann	Neue-Energie-Forum Feldheim
Gregor Schneider	LBS - Westdeutsche Landesbausparkasse
Katja Trautwig	Landesverband Sachsen-Anhalt der Volkssolidarität
Dr. Ingrid Witzsche	Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte Brandenburg

8.5 Kommunen-Typologisierung und Handlungsempfehlungen

Auf Basis der Studie „Wegweiser demografischer Wandel 2020“ (Bertelsmann Stiftung 2006) sowie der Inhalte der Webseite www.wegweiser-kommune.de.

Cluster	Eckdaten	Charakteristische Probleme und Herausforderungen	Handlungsempfehlungen
<p>G1: Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil</p> <p>21 Kommunen: Kiel, Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Wiesbaden, Saarbrücken, Trier, Köln, Paderborn, Kassel, Göttingen, Braunschweig, Koblenz, Trier, Saarbrücken, Nürnberg, Augsburg, Oldenburg, Bremerhaven, Wiesbaden, Offenbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine ostdeutschen Städte • 12 Städte liegen in 7 europäischen Metropolregionen, 9 Großstädte hingegen abseits von Metropolregionen • Bisher positive demografische und ökonomische Entwicklung • stabile Bevölkerungsentwicklung in Zukunft • große Bedeutung als Arbeitsort • Wanderungsgewinne v.a. bei 18-bis 24-Jährigen • Im Vergleich zu anderen Clustern geringster Familienanteil 	<ul style="list-style-type: none"> • Position im Wettbewerb der Regionen in interkommunaler Kooperation weiter ausbauen • Weitere Steigerung der Attraktivität als Arbeitsort • Integrationsfähigkeit erhöhen • Vermeidung sozialer Segregationserscheinungen • Schaffung eines integrativen Bildungs-/ Ausbildungssystems • Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerschaftliche Verantwortung und Engagement fördern: Beteiligungsmöglichkeiten für Senioren schaffen, Engagement von Studierenden erhöhen • Kinder- und Familienfreundlichkeit: verlässliche flexible Betreuungsstrukturen schaffen sowie Beratungsangebote für Familien, bezahlbarer Wohnraum und sicheres Wohnumfeld wichtig • Soziale Integration: sozialer Segregation entgegenwirken (durch Bildung, Sprachförderung etc.), Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien
<p>G2: Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel</p> <p>19 Kommunen: Lübeck, Salzgitter, Hildesheim, Witten (seit 2010 unter 100.000 EW), Essen, Dortmund, Krefeld, Wuppertal, Mönchengladbach, Gelsenkirchen, Bochum, Duisburg, Mühlheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Hagen, Moers, Duisburg, Wuppertal</p>	<ul style="list-style-type: none"> • im Strukturwandel befindliche Städte • überwiegend in NRW (Ruhrgebiet) • von Schrumpfung geprägte Städte: wirtschaftliche und demografische Strukturprobleme typisch • besonders von Alterungsprozessen und Wanderungsverlusten (insbesondere von jungen Erwachsenen) betroffen • Geburtenrate ist in dieser Clustergruppe jedoch überdurchschnittlich gut 	<ul style="list-style-type: none"> • stark ausgeprägte Alterungsprozesse • Wanderungsverluste durch die wirtschaftliche Schwäche • Abwanderung von Familien jungen Erwachsenen • hohe Arbeitslosigkeit, geringe Attraktivität für gut ausgebildete Fachkräfte • Fachkräftemangel • Aktivierung und Weiterbildung der „jungen Alten“ • Kooperationen mit Hochschulen • geringe finanzielle Handlungsspielräume 	<ul style="list-style-type: none"> • regionale Wirtschaftsförderung: Intensivierung der regionalen Wirtschaftsförderung, Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiativen, Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen • Seniorenpolitik: zukunftsorientierte Seniorenpolitik in Praxis umsetzen, da Alterung bereits besonders weit fortgeschritten ist; ältere Arbeitnehmer qualifizieren und junge Senioren weiter beschäftigen, • Soziale Integration wie in Typ G1 • Kinder- und Familienfreundlichkeit: wie in Typ G1

<p>G3: Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte</p> <p>5 Kommunen: Gera, Cottbus, Chemnitz, Halle, Magdeburg</p>	<ul style="list-style-type: none"> • in besonderem Maße von demografischer und wirtschaftlicher Schrumpfung betroffen • starker Bevölkerungsrückgang • Wanderungsverluste in allen Altersgruppen • Hoher Anteil an älteren Menschen • Hohe Arbeitslosenquote und geringes Einkommensniveau • alle demografischen und ökonomischen Merkmale sind deutlich schlechter als der Durchschnitt aller Großstädte-Cluster 	<ul style="list-style-type: none"> • hoher und weiter stark wachsender Anteil älterer Menschen • sehr hohe Arbeitslosenquote • geringe finanzielle Spielräume der Kommunen • Handlungsfähigkeit der Städte hängt von externen Mitteln (Umlagen, Subventionen) ab • Entwicklung und Umsetzung von Strategien, die der Anpassung an die sich verändernden Strukturen dienen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtbau: bedarfsgerechter Stadtbau mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der älteren Bevölkerung, Stärkung der Innenstädte und randstädtischer Rückbau, Konzentration auf stabile Siedlungskerne, Stadtbau-Monitoring installieren • Regionale Clusterpolitik: regionale Branchenschwerpunkte und Potenziale des Mittelstandes fördern, regionale Vernetzung unterstützen, Netzwerkstrukturen weiterentwickeln
<p>G4: Prosperierende Wirtschaftszentren</p> <p>19 Kommunen: Hamburg, Stuttgart, München, Düsseldorf, Mainz, Erlangen, Ingolstadt, Regensburg, Ulm, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt/M., Mainz, Bonn, Aachen, Würzburg, Münster</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 19 Städte mit großer wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland • Keine ostdeutschen Städte in dieser Gruppe • Bevölkerungsreichste Städte sind München und Hamburg (> 1 Mio. EW) • Bevölkerungärmste Stadt ist Erlangen (knapp 100 000 EW) • zentralräumlich in Siedlungs- und Verkehrskorridoren gelegen (vgl. Mareczka 2005, S.1) • Wanderungsgewinne werden die Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflussen • Demografischer Wandel ist in dieser Gruppe kaum spürbar 	<ul style="list-style-type: none"> • Niedrige Geburtenrate • positive wirtschaftliche Ausgangslage stärken, um auch im internationalen Wettbewerb bestehen zu können • zunehmende Polarisierung von Lebenslagen und Lebensformen • Segregation durch zunehmende soziale Ungleichheiten -> soziale Stabilität stärken • Integration fördern und das Potenzial der Migranten nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsorientierte Seniorenpolitik betreiben • Wirtschaftszentren weiter etablieren, auch international • Kinder- und Familienfreundlichkeit: wie in Typ G1 • Soziale Integration fördern: wie in Typ G1, qualitativ hochwertiges Bildungsangebot an Schulen mit hohem Ausländeranteil schaffen

<p>G5: Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil</p> <p>11 Kommunen: Hamm, Pforzheim, Siegen, Heilbronn, Reutlingen, Neuss, Solingen, Remscheid, Leverkusen, Bergisch Gladbach, Moers</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Städte liegen ausschließlich in NRW und BW • kleinere Großstädte zwischen 100 000 und 200 000 EW • bis auf 2 Städte gehören alle zu den europäischen Metropolregionen Rhein-Ruhr und Stuttgart (Pforzheim und Siegen) • hohe Attraktivität als Wohnort für Familien (vgl. Heuwinkel 2005, S. 2) • überproportional hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen • leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung sowie Alterungsprozesse 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung und Ergänzung der Wohn- und Lebensbedingungen • Profil als familienfreundliche Stadt ausbauen • kontinuierliches Stadtteilmanagement • Erfahrungen und Know How der „jungen Alten“ nutzbar machen • Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten am Wohnort erhöhen • Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, junge Menschen an Kommunen binden 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnstadtteile generationenverbindend weiterentwickeln: Durchmischung der verschiedenen Wohnformen (Familienwohnungen, kleine Wohnungen für Paare und Singles, betreute Wohnungen etc.), Nachbarschaften fördern sowie Nachbarschafts- und Gemeinschaftshilfen, Dialog der Generationen befördern • Kinder- und Familienfreundlichkeit: wie in Typ G1 • Handelszentren und sichern und Satdtimage schärfen: mit Familienfreundlichkeit werben, Marketingstrategien entwickeln und um Investoren werben, auf günstiger Altersstruktur und Entwicklungsmöglichkeiten setzen, bewusste Ausrichtung auf Familien als Kunden • Soziale Integration: wie in Typ G1
<p>G6: Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzialen</p> <p>7 Kommunen: Berlin, Potsdam, Dresden, Erfurt, Jena, Potsdam, Leipzig</p>	<ul style="list-style-type: none"> • zentralräumlich gelegene Städte Ostdeutschlands • Erfurt, Jena und Rostock sind als regionale Wirtschaftszentren von großer Bedeutung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsentwicklung stabilisieren • bestehende wirtschaftliche Potenziale nutzen und ausbauen • Familien und junge Erwachsene halten und hinzugewinnen • Schaffung neuer Arbeitsplätze • Zusammenarbeit mit Hochtechnologie-Unternehmen und Hochschulen ausbauen • Angebote für Familien und junge Erwachsene bedarfsgerecht ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> • Regionale Clusterpolitik : vorhandene Stärken stärken, • regionale Branchenschwerpunkte fördern, regionale Netzwerke unterstützen und weiterentwickeln, Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft • Entwicklung zu einer europäischen Metropolregion: Internationalisierung der Stadtpolitik, Stärkung der Infrastruktur (Einbindung in das trans-europäische Schien- und Straßennetz) • Stadtbau: wie in Typ G3

<p>1: Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil</p> <p>514 Kommunen (z.B. Speyer, Landau, Rendsburg, Lüneburg, Goslar, Kempten)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • vorwiegend in alten Bundesländern • regionale Schwerpunkte: Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein • Mehrheit der Städte bis 25 000 EW, aber die meisten Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern gehören zu diesem Cluster • typisch: Mittelzentren, die zentralörtliche Funktionen für das Umland übernehmen • stabile Arbeitsplatzentwicklung, mittelfristig stabile Bevölkerungszahlen • Zuwanderung von Bildungswanderern und Berufseinsteigern 	<ul style="list-style-type: none"> • als (Wohn-)Zentrum profilieren, zentralörtliche Funktionen ausbauen • Initiator und Wegweiser bei der Gestaltung des demografischen Wandels sein • Arbeitsmarktsituation sichern und ausbauen • Wohnattraktivität für Familien steigern/ Wohnungsbestand aufwerten • technische und soziale Infrastruktur an Veränderung der Altersstrukturen anpassen • Potenziale älterer Menschen aktivieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Qualität weicher Standortfaktoren verbessern: Aufwertung des Zentrums durch Stadtplanung und bauliche Investitionen im Ortskern, Freiflächenkonzepte erstellen, Re-Urbanisierung voranbringen, Sport- und Freizeitangebote für alle Generationen ausbauen, Unterstützung seitens der Kommune für Vereine, Verbände, Wirtschaft und Bürger (Information, Beratung, Kooperation) • Ortsentwicklung gemeinsam mit Bürgern • Familiengerechte Wohnangebote ausbauen • Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern (ganztägige Betreuungsmaßnahmen, frühzeitige Förderung von Kindern) • Hochwertiges Schulangebot sichern: in Schulbestand investieren, Anpassung an demografische Veränderungen, Schulen in freier Trägerschaft • Familienfreundlichkeit und zukunftsorientierte Seniorenpolitik
<p>2: Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen</p> <p>90 Kommunen (z.B. Potsdam, Wandlitz, Freiberg)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend ostdeutsche Städte • suburbane Agglomerationsräume der Großstädte Berlin, Dresden, Leipzig • Hälfte der Kommunen um Berlin angesiedelt • in 90% der Städte leben weniger als 20.000 EW • im Vergleich höchstes Bevölkerungswachstum durch Wanderungsgewinne • niedrige Geburtenrate, Medianalter wird überdurchschnittlich steigen • Abwanderung der 18-24-jährigen • negative Arbeitsplatzentwicklung und unsichere Zukunftsperspektiven 	<ul style="list-style-type: none"> • zukunftsrobuste Strategien entwickeln • vorrausschauend auf demografischen Wandel reagieren • Siedlungs-, Flächen- und Infrastrukturmanagement überprüfen • Entwicklungskonzepte für das Leben und Wohnen im Alter erarbeiten • zukunftsorientierte Seniorenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung für die Herausforderungen des demografischen Wandels • Arbeit mit Szenarien in der Stadtentwicklung • Einführung von Frühwarn- und Kontrollsystemen aufgrund der Dynamik der demografischen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklung • Langfristige Folgekostenabschätzungen des demografischen Wandels erstellen • Bei Siedlungs- und Baustrukturen auf Nutzungsflexibilitäten achten • Auf- und Ausbau regionaler Kooperationsstrukturen (regionale Vertrauensbasis/ Organisationsstrukturen, gemeinsam Projekte) • Kinder- und Jugendfreundlichkeit

<p>3: Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen</p> <p>361 Kommunen (z.B. Wildau, Illmenau, Konstanz, Wolfenbüttel)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • bis auf 5 Städte liegen alle Städte in den alten Bundesländern Hessen, BW und Bayern • 10 000 bis 50 000 EW, 5 000 bis 1 000 EW unterrepräsentiert • 8 Städte zwischen 50 000 und 100 000 EW • bis 2020 wird die Bevölkerung von Wachstum und Stabilität gekennzeichnet sein, Wachstumsraten werden jedoch nicht mehr so hoch ausfallen wie bisher. • hohes Wohlstandsniveau • Anteil der über 80-Jährigen wird sich auf 7% verdoppeln 	<ul style="list-style-type: none"> • gegenwärtige Wachstumseffekte aktiv für die Zukunft nutzen • Attraktivität als Wohn- und Lebensort langfristig erhalten • Balance zwischen Familien und Beruf professionell ermöglichen • zukunftsorientierte Seniorenpolitik betreiben (bürgerschaftliches Engagement) • Identität der Einwohner mit der Stadtstärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerung der Siedlungsentwicklung (Zersiedelung vermeiden) • Kommunales Flächenmanagement etablieren • „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ • Flexible und langfristige bedarfsgerechte Infrastruktur schaffen • Altengerechter Umbau der Infrastruktur • Auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen (flexible und moderne Betreuungsangebote, Ganztagsbetreuung an Schulen) • Attraktiven Wohnraum für alle Generationen anbieten • Bildungsangebote schaffen, um vor allem 18-24 Jährige an den Ort zubinden
<p>4: Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung</p> <p>352 Kommunen (z.B. Dessau-Roßlau, Neubrandenburg, Görlitz, Bad Harzburg)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend in Ostdeutschland (332 Kommunen) • eher abgelegene Städte und Gemeinden • stark rückläufige deutlich älter werdende Bevölkerung (seit 89/90) • selektive Abwanderung der jungen Bevölkerung, insbesondere von Frauen • geringes wirtschaftliches Potenzial • starke passive Entdichtung, verstreute Siedlungsstrukturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Milderung der Auswirkungen der starken Wanderungsverluste • Stärkung der wirtschaftlichen Basis in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld • Ausrichtung der kommunalen Infrastruktur auf die absehbaren Schrumpfungsprozesse • Konzentration auf die Siedlungskerne 	<ul style="list-style-type: none"> • Langfristiger strategischer Stadtumbau • Anpassung der technischen Infrastruktur an veränderte Bedingungen • Kommunen müssen ihre Rolle in der regionalen Wirtschaft neu überdenken • Gestaltung einer funktional sinnvollen Siedlungsstruktur • Konzentration auf zentrale Orte und Siedlungskerne • Re-Urbanisierung • Die Aufmerksamkeit der lokalen Entscheider auf die komplexen Problemfelder lenken • Regional arbeitsteilig vorgehen: regionale Siedlungsstrukturen schaffen, regionale Verwaltungskooperationen schaffen

<p>5: Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil</p> <p>740 Kommunen (z.B. Lengede, Deuerling bei Regensburg, Isny im Allgäu, Kalbach bei Fulda)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend kleinere ländliche Gemeinden mit weniger als 25 000 EW • Kommunen befinden sich in verdichteten Räumen und verdichteten Kreisen von Agglomerationsräumen • 60% der Kommunen liegen in Hessen, BW und Bayern, ansonsten im Norden • wachsende Bevölkerung, Geburtenraten höher als in allen anderen Clustern • viele Familien mit Kindern, überproportional junge Bevölkerung • Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in diesem Cluster am höchsten • Wohnfunktion, als Arbeitsort weniger bedeutend • stabile Bevölkerungsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • frühzeitige Vorsorgepolitik einleiten • Stabilität nicht mit Sicherheit verwechseln • Profilierung als Familien-Wohnstandort • Regionale Partnerschaften fördern • Zukunftsrobuste Siedlungsentwicklung und Infrastrukturausstattung im regionalen Kontext • zukunftsorientierte Seniorenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Etablierung als kinder- und familienfreundlicher Wohnstandort (hochwertiges Schulangebot, Kinderbetreuung, Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige) • Flächen- und Infrastrukturmanagement • Zersiedlung vermeiden, neue Infrastrukturen an Auswirkungen des demografischen Wandels orientieren, auf Anpassungsfähigkeit an veränderte Altersstrukturen achten • Zusammenarbeit seitens der Kommunen mit gemeinnützigen Anbietern • Interkommunale Kooperationen fördern • Sensibilisierung der Kommune, Verwaltung und Bürger für demografische Veränderungen (Frühwarn- und Kontrollsysteme einführen)
<p>6: Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik</p> <p>579 Kommunen (z.B. Delmenhorst, Georgsmarienhütte, Lippstadt, Königslutter, Worpswede)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kleinzentren und dörfliche geprägte Gemeinden mit dezentralen Siedlungsstrukturen • 15 Städte mit 50.000 bis 100.000 EW, davon 13 in NRW • 90% der Kommunen haben weniger als 25.000 EW, mehr als 90% liegen in Westdeutschland • Schrumpfende und alternde Bevölkerung • verhältnismäßig niedriger Anteil an Kindern und Jugendlichen • Relativ hoher Anteil an älteren Menschen • Abwanderung der jungen Bevölkerung hin zu Wirtschaftszentren • Geringe Arbeitsplatzanzahl, rückläufige Arbeitsplatzentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale, wirtschaftliche und technische Anpassungsmaßnahmen • Langfristige Sicherung der Lebensqualität • Enger werdende finanzielle Spielräume der Kommune erfordern konsequente Schwerpunktsetzung • Bürgerschaftliches/ ehrenamtliches Engagement fördern • Kreative, zukunftsorientierte Seniorenpolitik fördern, „Potenziale des Alters“ nutzen • Intensive interkommunale, regionale Kooperation fördern, Bündelung von Potenzialen in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der sozialen und technischen Infrastruktur (Bündelung von Leistungsangeboten an einem Ort, Kooperation mit privaten und gemeinnützigen Anbietern) • Mobilität und medizinische Versorgung sichern • Förderung von Identität und bürgerschaftlichen Engagements • Kommune sollte eine das Engagement fördernde Infrastruktur aufbauen (Seniorenbüros, zentrale Vernetzungsstelle) • Potenziale des Alters nutzen (Erfahrungswissen, ehrenamtliche Tätigkeiten) • Dialog der Generationen befördern • Interkommunale und regionale Kooperation

<p>7: Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum</p> <p>165 Kommunen (z.B. Pfaffenhofen, Zeven, Bienenbüttel, Gerstungen in Thüringen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend ländliche Prägung • nicht in unmittelbarer Nähe der großen Städte • fast 70% der Kommunen mit weniger als 10.000 EW • ähnliche räumliche Lage wie Cluster 5 • Bevölkerungswachstum bis 2020 • Überproportionale Zuwanderung von Familien, hoher Anteil an Haushalten mit Kindern • verhältnismäßig niedriger Anteil der über 60- und 80-Jährigen • hohe ökologische und demografische Dynamik • Bedeutung als Wohn- und Arbeitsort • Berufseinsteiger wandern zu 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein akuter Handlungsdruck • Bevölkerungswandel kann frühzeitig erkannt und aktiv gestaltet werden • Familien und junge Arbeitnehmer stärker an den Standort binden • Kinder- und Familienfreundlichkeit weiter ausbauen • Attraktivität als Wohnstandort sichern 	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Kommune, Verwaltung und Bürger für demografische Veränderungen (Frühwarn- und Kontrollsysteme einführen) • Arbeit mit Szenarien in der Stadtentwicklung • Strategische Entwicklungsplanung einsetzen • Qualitativ hochwertige Bildungsangebote • Ausbildungskooperationen zwischen Schulen und lokaler Unternehmen • Innovationsmanagement in der Region einsetzen, um Wissen zu bündeln • Zersiedelung vermeiden/ entgegenwirken • Interkommunale Kooperationen fördern • Organisationsstruktur zwischen den Kommunen schaffen • Regionales Flächenmanagement: Ziele und Leitbilder der Siedlungsentwicklung abstimmen
<p>8: Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität</p> <p>71 Kommunen (z.B. Gießen, Marburg, Tübingen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 63 Kommune in Hessen, BW und Bayern • Vor allem um die süddeutschen Metropolregionen Rhein-Main, Stuttgart und München • Großer Anteil an Städten mit über 25 000 EW • wirtschaftsdynamische Orte im suburbanen raum • stabile Bevölkerungsentwicklung • Hohe Arbeitsplatzzentralität, hochwertige Arbeitsplätze, hoch qualifizierte Arbeitnehmer • Überproportionale kommunale Steuereinnahmen • hohe Zuwanderung von jungen Erwachsenen • hohe Wohnansprüche, hohe Anforderungen an die Flächenentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • außerordentlich gute Rahmenbedingungen • Möglichkeit nutzen, um sich gut auf die demografischen Prozesse vorzubereiten • Steuerung der Flächenausweitung • Einer langfristigen zersiedelten Flächenstruktur entgegenwirken • Positive Wirtschaftsentwicklung stabilisieren und fördern • Qualitativ hochwertiges Angebot an Wohnraum aufrechterhalten • Moderne, flexible und zielgruppenorientierte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • Interkommunale Kooperation • Regionales Flächenmanagement • Zersiedelung vermeiden • „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ • Regionale Wirtschaftsförderung und Entwicklung: Unternehmen für demografische Entwicklung sensibilisieren, auf Nachfrage ältere Menschen reagieren und sich profilieren, Wirtschaftsentwicklung regional denken, Bewusstsein für die Qualität des eigenen Wirtschaftsraum schaffen • Vereinbarkeit von Familien und Beruf: Kinder- und Familienfreundlichkeit als Chance nutzen (flexible Betreuungsstrukturen, Beratungsangebote für Familien, bezahlbarer Wohnraum und sicheres Wohnumfeld) • Hochwertiges Bildungsangebot sichern, auch ältere Arbeitnehmer weiter qualifizieren • Attraktiven Wohnraum für alle Generationen langfristig sichern und schaffen

<p>9: Exklusive Standorte</p> <p>5 Kommunen: Eschborn, Walldorf, Gemeinden Weissach (BW), Grünwald und Unterföhring (Bayern)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen in hoch verdichteten Kreisen von Agglomerationsräumen • Zwischen 5 000 und 20 000 EW • Sehr hohe durchschnittliche kommunale Steuereinnahmen • Sehr hohes Arbeitsplatzwachstum und sehr große Bedeutung als Wirtschafts- und Arbeitsort • Wachsende Einwohnerzahl, sehr große Wanderungsgewinne bei Berufseinsteigern • Sehr hohes Bildungs- und Wohlstandsniveau 	<ul style="list-style-type: none"> • Ressourcen nutzen, um positive wirtschaftliche Entwicklung weiter zu erhalten • Realisierung von modernen, flexiblen und zielgruppenorientierten Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
---	---	---	---